

# Geschäftsbericht 2023

Die LpB erschließt Räume



lpb

Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg





1

## Vorwort

**2023 ist für die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) ein forderndes Jahr. Es gilt, mit Angeboten auf Kriege und Krisen zu reagieren. Intern stehen die Zeichen weiterhin auf Veränderung. In Ludwigsburg geht die neue Außenstelle an den Start. Zum Jahresende hin wird Direktor Lothar Frick in den Ruhestand verabschiedet.**

Wieder ein Jahr, das mit Krisen und Katastrophen seine Kerben schlägt. Doch 2023 sind sie tiefer denn je. Das Erdbeben in der Türkei und in Syrien (6. Februar), ein Jahr russischer Angriffskrieg in der Ukraine (24. Februar), schließlich die Terrorattacken der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung (7. Oktober) – eine Flut unfassbarer Bilder konfrontiert uns mit den Schrecken eines Alltags, in dem es keine Gewissheiten mehr zu geben scheint. Die Folgen von Gewalt und Zerstörung nur wenige Flugstunden entfernt rücken auch uns in Deutschland nahe. Spürbar wirken sich die Ereignisse auf das Zusammenleben aus.

Krisenmodus – nicht von ungefähr hat die Gesellschaft für deutsche Sprache den Begriff zum Wort des Jahres 2023 gekürt. Die Politik muss Antworten finden auf die großen Fragen unserer Zeit, ausgelöst von Klimawandel, von Flucht und Vertreibung, von einer sich rapide beschleunigenden Digitalisierung, längst auch von Kriegen, die Aufrüstung und Militarisierung zur Folge haben. Die Herausforderungen setzen politisch Handelnde unter Druck, auch in Deutschland. Verlustängste und Veränderungserschöpfung greifen um sich, getriggert von steigenden Lebenshaltungskosten, nachlassender Kaufkraft, Sorge um Arbeit und Existenz. Immerhin, die Pandemie ist überstanden, doch die Isolationsmaßnahmen wirken nach. Vor allem Jugendliche fühlen sich im Stich gelassen.

In dieser Gemengelage ziehen sich viele Menschen zurück. Wie gelingt es, sie aus gefühlter Ohnmacht, aus Einsamkeit oder Echokammern zu holen? Wie lassen sich insbesondere

jene erreichen, die auf Distanz gehen zur Demokratie? Diesen Fragen muss sich politische Bildung stellen, auch die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) mit ihrem zeitlosen Auftrag, die freiheitlich-demokratische Grundordnung auf überparteilicher Basis zu fördern und zu vertiefen. Mehr denn je gilt es dabei, demokratische Räume anzubieten: Freiräume für Austausch und Begegnung in unserer heterogenen Gesellschaft, offene Räume zur kollektiven Selbstvergewisserung demokratischer Werte, Möglichkeitsräume zur Begründung gemeinsamen Handelns.

Unser Geschäftsbericht 2023 lädt zur Raumerkundung ein. Er führt allem voran an den neuen LpB-Standort in Ludwigsburg, der im Juni 2023 bezogen werden konnte. Damit ist die Landeszentrale nun auch im Regierungsbezirk Stuttgart mit einer eigenen Außenstelle präsent, um politische Bildung in die Schulen zu tragen und mit regiona-

len Partnern in der Erwachsenenbildung zu kooperieren. Die Räume im buchstäblichen Sinn des Wortes, zentral am Bahnhof gelegen, sind ein guter Ausgangspunkt für breit vernetzte Angebote. Auch die Servicestelle Friedensbildung, die jetzt neben Bad Urach ein zweites LpB-Standbein in Ludwigsburg hat, kann ihren Radius von hier aus in die nördlichen Landesteile erweitern. Im Oktober 2023 wurde die Eröffnung gemeinsam mit Gästen aus Politik und Gesellschaft gefeiert – ein Grund zur Freude, denn dank der Unterstützung des Landtags ist die LpB nun wieder wie zu ihrer Gründung 1972 in allen vier Regierungsbezirken mit einer Außenstelle vertreten. Zu Freiburg, Heidelberg und Ludwigsburg kommt Tübingen. Die Neueröffnung dieses Standorts steht 2024 bevor.

Politische Bildung braucht Räume, für Menschen von klein auf. Unser Geschäftsbericht zeigt, wo sich Räume mit Potenzial auftun – an den Grundschulen beispielsweise, wo die Nachfrage nach unseren politischen Bildungsangeboten wächst. 2023 konnten wir den neuen Fachbereich „Grundschule“ zur Erarbeitung von Unterrichtsangeboten begründen. Auch unser neues, von der Baden-Württemberg Stiftung gefördertes Projekt „Safe“ setzt in der Primarstufe an. Es verbindet Demokratiebildung auf kreative Weise mit politischer Medienbildung und nimmt Schritt für Schritt den Sekundarbereich in den Blick. Und noch ein Aufbruch zielt auf Freiräume: Die demokratische Schulentwicklung, aktiv unterstützt von unserem Fachbereich „Schule und Bildung“ unter neuer Leitung, fördert demokratisches Lernen aus gelebter Erfahrung an allen Schularten, ebenfalls von klein auf.

Viele weitere Beispiele, wie politische Bildung unterschiedliche Räume erschließt, finden sich in diesem Geschäftsbericht. Eines verbindet diese Räume bei aller Unterschiedlichkeit im Format, im Zuschnitt der Zielgruppenadressierung oder auch Themensetzung: In Zei-



Bei der Eröffnungsfeier der Außenstelle Ludwigsburg im Oktober 2023 im Scala in Ludwigsburg (v. l. n. r.): LpB-Direktor Lothar Frick, der Erste Landesbeamte des Landkreises Ludwigsburg Jürgen Vogt, der Ludwigsburger Oberbürgermeister Dr. Matthias Knecht, Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL, LpB-Direktorin Sibylle Thelen, Kuratoriumsvorsitzender Thomas Poreski MdL und der Leiter der Außenstelle Ludwigsburg Thomas Franke.

Foto: Andreas Essig

ten, in denen Hass und Hetze das Denken verengen, ermöglichen sie freies Denken und fairen Dialog. Dies gilt analog – und dies muss auch Ziel sein in der digitalen Sphäre, in der Künstliche Intelligenz (KI) neue Dimensionen schafft. Doch welche Folgen hat KI für die Demokratie? Soll die digitale Souveränität mehr als eine Vision sein, müssen demokratietheoretische Fragen diskutiert werden. Mit dieser Zielsetzung tastet sich die LpB in diesen neuen Möglichkeitsraum vor.

Andere Möglichkeitsräume lernen wir auf neue Weise kennen. Der Redaktionsschluss für diesen Geschäftsbericht im Februar 2024 fällt in eine bewegte Zeit, in der Bürgerinnen und Bürger den öffentlichen Raum für Bekenntnisse zu Demokratie, Freiheit und Pluralismus nutzen. Das stiftet Hoffnung. Demokratie lebt von Begegnung, von Bürgersinn, von Beteiligung – und nicht zuletzt von unerschrockener Auseinandersetzung mit der Realität. Dazu gehört auch die schreckliche Realität, dass wir – ausgerechnet nach den Terroranschlägen der Hamas mit mehr als tausend Toten, der höchsten Zahl jüdischer Opfer seit dem Holocaust – mehr denn je

in der Prävention von Antisemitismus gefordert sind. Gefragt sind Information und Einordnung – und die LpB reagiert mit Angeboten. Gefordert ist Klarheit im Eintreten gegen antisemitische wie auch ganz allgemein menschenfeindliche Einstellungen – dies richtet sich als Auftrag an uns alle.

Für die LpB selbst geht das Jahr mit dem Ausblick auf Veränderung zu Ende. Direktor Lothar Frick bereitet sich auf den Eintritt in den Ruhestand vor. Fast zwei Jahrzehnte, von Oktober 2004 bis Februar 2024, hat er die Institution durch wechselhafte Zeiten gesteuert – ausdauernd, mit politischem Gespür und wachem Blick für gesellschaftlichen Wandel. Die Landeszentrale schaut mit mehr als 130 Mitarbeitenden gestärkt in die Zukunft. Dies ist nicht zuletzt das Verdienst von Lothar Frick. Verbunden mit einem herzlichen Dankeschön wünschen wir unserem langjährigen Direktor alles Gute!

### **Sibylle Thelen**

Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

# In eigener Sache

**Fast zwei Jahrzehnte hat Lothar Frick als Direktor der Landeszentrale für politische Bildung amtiert. Ende 2023 übergibt er die Geschäfte an Sibylle Thelen, mit der zusammen er die LpB bereits seit 2020 gesteuert hat. Stellvertretender Direktor ist weiterhin Prof. Dr. Reinhold Weber. Der gleitende Wechsel bringt gleichwohl Neuerungen. So steht mit Sibylle Thelen erstmals eine Frau an der Spitze der Landeszentrale.**

In ihrer 52-jährigen Geschichte wurde die Landeszentrale für politische Bildung von vier Direktoren geleitet. Zwei folgten in kurzen Etappen aufeinander: Der Gründungsdirektor Herbert Schneider (1972 bis 1973) und sein Nachfolger Dr. Theo Götz (1973 bis 1976) legten Fundamente. Zwei kamen zur LpB, um die Institution über Jahrzehnte hinweg zu prägen: Dr. Siegfried Schiele (1976 bis 2004) und Lothar Frick (2004 bis 2024). Beide bringen es zusammen auf 48 Jahre LpB-Geschichte. Nicht viele Institutionen können – bei allem Wandel, der wesentlicher Teil dieser Geschichte ist – auf eine solche Stabilität in der Leitung verweisen.

Der Stabwechsel dieser langjährigen LpB-Chefs fand im Oktober 2004 statt. Der Politikwissenschaftler Lothar Frick brachte damals Erfahrungen aus Politik und politischer Bildung zur LpB mit. Nach dem Studium an der Universität Heidelberg und an der University of Southern California in Los Angeles, USA, hatte er seinen beruflichen Werdegang bei der Konrad-Adenauer-Stiftung begonnen. Von 1991 bis 1995 leitete er das Büro des Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heiner Geißler. Dann wechselte Frick von Bonn nach Stuttgart in das Staatsministerium Baden-Württemberg. Dort war er zuletzt stellvertretender Leiter der Abteilung „Grund-

satz und Planung“. Jahre später, Frick war längst Direktor, organisierte er noch einmal Geißlers Büro: in dessen Zeit 2010 und 2011 als Schlichter in den Gesprächen über das Städtebauprojekt Stuttgart 21.

Lothar Frick hat die LpB in ereignisreichen Jahren geleitet. In seine Zeit fielen vier Landtags- und fünf Bundestagswahlen, die mit Bildungsangeboten begleitet wurden. In seine Zeit fiel zudem der gezielte Ausbau der LpB-Homepage, vorangetrieben vom langjährigen Stellvertretenden Direktor Karl-Ulrich Templ. Es galt – auch aufgrund des Spardrucks im Land – magere Jahre zu bewältigen. Und es galt Chancen zu gestalten.

So hat die LpB als regelmäßiger Projektpartner der Baden-Württemberg Stiftung längst auch Angebote der Extremismusprävention und Demokratiebildung etabliert. Und auch darüber hinaus ist unter Lothar Frick in vielen Bereichen ein Ausbau ermöglicht worden – zuletzt der Aufbau von zwei neuen Außenstellen. Bei Lothar Fricks Eintritt in den Ruhestand im Februar 2024 ist das Kollegium mit mehr als 130 Mitarbeitenden so breit aufgestellt wie nie zuvor in der LpB-Geschichte.

Vom 1. März 2024 an leitet Sibylle Thelen die Landeszentrale in alleiniger Verantwortung. Das Kuratorium der LpB war in seiner Sitzung



Das Direktionsteam der Landeszentrale für politische Bildung: Lothar Frick in der Mitte, flankiert von Sibylle Thelen und Reinhold Weber. Foto: LpB/die arge lola

vom 27. Juni 2023 dem Vorschlag von Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL gefolgt und hatte für den gleitenden Wechsel an der Spitze der LpB sein Benehmen hergestellt. Sibylle Thelen war zuvor bereits Co-Direktorin der LpB. Von Januar 2020 an führte sie gemeinsam mit Lothar Frick die Geschäfte. Vier Jahre lang wurde die Position der Direktorin bzw. des Direktors je zur Hälfte von ihr und Lothar Frick wahrgenommen, der seine Arbeitszeit entsprechend reduziert hatte.

Sibylle Thelen kam 2011 als Leiterin der Abteilung „Demokratisches Engagement“ zur Landeszentrale. Bis zu ihrem Wechsel in die Direktion leitete sie zugleich den Fachbereich Gedenkstättenarbeit in Zeiten dynamischen Ausbaus der Landesfördermittel und der historisch-politischen Bildungsarbeit an den Gedenkstätten im Land.

Zuvor hatte Sibylle Thelen 22 Jahre bei der Stuttgarter Zeitung gearbeitet – als Redakteurin im Ressort Innenpolitik, später als Leitende Redakteurin der Wochenendbeilage „Die Brücke zur Welt“. Ihren journalistischen Werdegang hatte sie als Nachrichtenredakteurin beim Süddeutschen Rundfunk (SDR) begonnen. Zur LpB brachte Sibylle Thelen zudem Erfahrungen als Autorin und Moderatorin sowie aus der Zusammenarbeit mit Stiftungen bei Projekten und Bildungsangeboten in Deutschland und in der Türkei mit. Sie studierte Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft und Kultur des Nahen Orients sowie Turkologie an der Ludwig-Maximilians-



Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL und LpB-Direktor Lothar Frick bei der offiziellen Verabschiedung im Landtag.

Foto: Landtag Baden-Württemberg

Universität München und absolvierte die Deutsche Journalistenschule (DJS).

Im Jahr 2020, als die LpB mit der Doppelspitze neue Wege ging, wurde Prof. Dr. Reinhold Weber, Leiter der Abteilung „Medien“, zum Stellvertretenden Direktor ernannt. Der Historiker, der zugleich Honorarprofessor am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen ist, ist seit 2003 für die LpB tätig – lange Zeit in enger Zusammenarbeit mit dem Tübinger Politikwissenschaftler Prof. Dr. Hans-Georg Wehling, einem der Grundsteinleger der baden-württembergischen Landeszentrale.

Die Corona-Zeit und der seither anhaltende tiefgreifende personelle, strukturelle und personelle Wandel der LpB sind von Lothar Frick, Sibylle Thelen und Reinhold Weber

gemeinsam mit dem Kollegium bewältigt worden. Nach bewegten vier Jahren näherte sich diese Zeit zu dritt dem Ende. Im November 2023 wurde Lothar Frick im Rahmen einer Veranstaltung im Landtag in den Ruhestand verabschiedet – mit einer Würdigung durch Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL. Im Dezember folgte eine Feier im Kreis der Kolleginnen und Kollegen im „Haus auf der Alb“ in Bad Urach. Anerkennende Worte sprachen zwei Kuratoriumsvorsitzende: der aktuell amtierende Vorsitzende Thomas Poreski MdL und der einstige Vorsitzende Winfried Mack MdL. Lothar Frick selbst bilanzierte seine fast zwanzig Jahre als LpB-Direktor unter der schönen Überschrift „Blick zurück im Dank“. Dem schließen sich die Kolleginnen und Kollegen der Landeszentrale für politische Bildung gerne an.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	1	<b>Die Türkei und Deutschland – eine spannungsreiche Beziehung</b> Prof. Dr. Burak Çopur über Wahlen in der Türkei und die türkeistämmige Wählerschaft in Deutschland .....	29
<b>Die Landeszentrale erschließt neue Räume</b> .....	6	<b>Engagement in der Extremismusprävention</b> Stabsstelle „Demokratie stärken!“ .....	31
<b>Geglückter Start am neuen Standort</b> Die LpB eröffnet die Außenstelle Ludwigsburg .....	7	<b>Konflikte in der Vielvölkerregion</b> Das Online-Portal der LpB zu Osteuropa.....	33
<b>Der Geist aus der Flasche</b> Generative KI verändert unsere Demokratie.....	9	<b>Handlungsfelder der politischen Bildung</b> .....	34
<b>Demokratie, Deepfakes und Desinformation</b> Dr. Jutta Jähnel über Chancen und Risiken von Künstlicher Intelligenz für unsere Gesellschaft.....	11	<b>Politik verständlich erklärt</b> Die LpB-Außenstellen veranstalten Politische Tage an den Schulen .....	35
<b>Das Land erkunden</b> Die neue digitale Lernplattform BW-entdecken.de.....	12	<b>Selbstwirksamkeit erleben</b> Franziska Deuschle über politische Bildungsangebote an Schulen .....	36
<b>Politische Bildung, Kinder!</b> Angebote der LpB für die Grundschule.....	13	<b>Stärkung von Ehrenamt und Vernetzung</b> Gedenkstättenarbeit im Land .....	38
<b>Produktive Schnittmengen</b> Die LpB kooperiert mit Kultureinrichtungen.....	14	<b>Zwischen Bestandsaufnahme und Neustart</b> Außerschulische Jugendbildung .....	40
<b>Demokratiebildung als ständiger Auftrag</b> .....	16	<b>Bewährtes neu gedacht</b> Der Schülerwettbewerb im Wandel.....	42
<b>Mehr Demokratie wagen!</b> Ziele der demokratischen Schulentwicklung.....	17	<b>Frauen verändern ihre Stadt</b> Planungsprozesse geschlechtergerecht gestalten .....	43
<b>Mitbestimmung an Schulen stärken</b> Berat Gürbüz über die Zielsetzung demokratischer Schulentwicklung, Demokratie für junge Menschen erfahrbar zu machen.....	19	<b>Kommunalpolitik so bunt wie das Leben</b> Dr. Ulrike Baumgärtner über Frauen in der Kommunalpolitik.....	44
<b>„Läuft bei Dir!“ läuft und läuft ...</b> Demokratiebildung am Übergang von Schule zu Beruf.....	20	<b>Beständigkeit im Wandel</b> Das „Haus auf der Alb“ nach der Pandemie .....	45
<b>70 Jahre Landesverfassung</b> Über die Grundlagen unserer Demokratie.....	22	<b>Schlaglichter</b> .....	48
<b>Themenfelder der politischen Bildung</b> Angebote zu den Fragen unserer Zeit.....	24	<b>Die LpB in Zahlen</b> .....	60
<b>Politische Bildung in Kriegszeiten</b> Die Eskalation des Nahostkonflikts .....	25	<b>Anhang</b> .....	64
<b>Krieg und Frieden verstehen – sich für Frieden engagieren</b> Servicestelle Friedensbildung .....	26	<b>Organigramm der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg</b> .....	65
<b>Von Atatürk zu Erdoğan</b> 100 Jahre Republik Türkei und aktuelle Wahlen .....	28	<b>Mitglieder des Kuratoriums</b> .....	66
		<b>Weitere Gremien der Landeszentrale</b> .....	67
		<b>Adressen der Zentralen für politische Bildung</b> .....	71

# 2

## Die Landeszentrale erschließt neue Räume

Politische Bildung braucht Räume für Austausch und Begegnung, für die Auseinandersetzung mit demokratischen Werten und zur Begründung gemeinsamen Handelns. Unser Geschäftsbericht zeigt, wo sich unterschiedliche Räume mit Potenzial auftun – analog und digital.

# Geglückter Start am neuen Standort

## Die LpB eröffnet die Außenstelle Ludwigsburg

**Die vier Außenstellen der Landeszentrale haben den Auftrag, die politische Bildung in den Regierungsbezirken zu stärken. Wie in Freiburg und Heidelberg ist die LpB nun auch im württembergischen Landesteil mit eigenen Standorten vertreten. 2023 ist die Außenstelle Ludwigsburg eröffnet worden, 2024 folgt Tübingen. Wie zu ihrer Gründung vor mehr als 50 Jahren ist die LpB damit wieder dezentral aufgestellt – und bereit, sich Räume zu erschließen.**

„Die LpB und Ludwigsburg, das passt schon auf den ersten Blick ganz wunderbar zusammen.“ Mit diesen Worten brachte die Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg Muhterem Aras MdL die Bedeutung der frisch geknüpften Bande zwischen beiden Partnern auf den Punkt. Auf der einen Seite die Bildungseinrichtung, die sich die Förderung der politischen Bildung auf die Fahnen geschrieben hat, auf der anderen Seite die Residenz- und Garnisonstadt mit ihrer besonderen Geschichte der Aufklärung, der Völkerverständigung und des Dialogs – die Landtagspräsidentin zeigte in ihrem Grußwort zur Eröffnung der neuen Außenstelle Ludwigsburg am 4. Oktober 2023 die inspirierenden Potenziale dieser neuen Verbindung auf.

In der Stadt, in der Charles de Gaulle 1962 seine berühmte Rede an die deutsche Jugend hielt, in der die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen seit 1958 an der Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen arbeitet, in der Einrichtungen wie die Pädagogische Hochschule, die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, die Evangelische Hochschule, die Film-

akademie und das Staatsarchiv beheimatet sind – in dieser Stadt ist nun auch die LpB vertreten, um ihre Angebote im Regierungsbezirk Stuttgart auszubauen. Die neue Außenstelle schräg gegenüber vom Bahnhof wurde im Juni 2023 bezogen. Ein guter Ausgangspunkt, um politische Bildung in die Schulen zu tragen und mit regionalen Partnern zu kooperieren.

Die räumliche Erweiterung ermöglicht hat der Landtag von Baden-Württemberg. Mit dem Beschluss des Doppelhaushalts 2020/2021 beauftragte er die LpB, auch im württembergischen Landesteil eigene Außenstellen zu errichten. Der personelle Aufbau erfolgte sowohl im Regierungsbezirk Stuttgart als auch im Regierungsbezirk Tübingen zügig. Doch wo sollten die Standorte geschaffen werden? Eine der ersten Aufgaben der neuen Außenstellenleitungen Thomas Franke und Anja Meitner war es, mögliche Szenarien zu erarbeiten. Im Entscheidungs-

prozess der Landeszentrale unter Einbindung ihres Kuratoriums fiel die Wahl auf Ludwigsburg und Tübingen – gefolgt von einer intensiven Suche vor Ort, tatkräftig unterstützt vom Amt Vermögen und Bau in beiden Städten.

Zuerst am Ziel ist die Landeszentrale in Ludwigsburg. Sie wird, das zeigte die Eröffnungsveranstaltung im vollbesetzten Scala Ludwigsburg am 4. Oktober 2023, durchaus mit Erwartungen empfangen. Rund 300 Gäste aus Politik und Gesellschaft, Kultur- und Bildungswesen waren der Einladung gefolgt. Die Vertreter vor Ort, Ludwigsburgs Oberbürgermeister Dr. Matthias Knecht und in Vertretung von Landrat Dietmar Allgaier der Erste Landesbeamte des Landkreises Ludwigsburg Jürgen Vogt, bekräftigten die vielfältigen Möglichkeiten künftiger Kooperationen. Diese große Bandbreite wurde im anschließenden Podiumsgespräch deutlich, an dem neben Praktikerinnen und Praktikern der



Rund 300 Gäste aus Politik und Gesellschaft, Kultur- und Bildungswesen waren der Einladung ins Scala Ludwigsburg gefolgt, um die Eröffnung der Außenstelle zu feiern.

Foto: Andreas Essig

politischen Bildung auch der Vorsitzende des Kuratoriums der LpB Thomas Poreski MdL teilnahm.

Das Angebot, mit dem sich die LpB gezielt die Regierungsbezirke erschließt, ist vielfältig. Als Ergänzung zum Unterricht haben die Außenstellen sogenannte Politische Tage entwickelt. Junge Teams aus freien Mitarbeitenden gehen an die Schulen oder an außerschulische Lernorte, um gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen ausgewählte politische Themen zu bearbeiten. Das Format richtet sich an Grund- und weiterführende Schulen sowie an Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ). 2023 führte die Außenstelle Ludwigsburg 232 Politische Tage in allen elf Landkreisen des Regierungsbezirks sowie den beiden Stadtkreisen Heilbronn und Stuttgart durch.

Anschauliches Beispiel für dieses Angebot ist der kommunalpolitische Aktionstag „Schule trifft Rathaus“. Schülerinnen und Schüler sammeln dabei Ideen zur Gestaltung ihrer Gemeinde, um diese dann im Rathaus mit Entscheidungsträgern zu diskutieren. Oft nehmen sich die (Ober-)Bürgermeister:innen selbst die Zeit für das Gespräch. Die jungen Menschen lernen Möglichkeiten zur Beteiligung vor ihrer Haustür kennen – 2023 bei 46 Terminen allein im Regierungsbezirk Stuttgart.

Ein anderes, für die Außenstelle Ludwigsburg charakteristisches Beispiel sind die Schülermedientage rund um den Internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai. Journalistinnen und Journalisten verschiedener Tageszeitungen und Medienunternehmen führen Workshops zur Medienbildung an Schulen durch. Auch Filme eignen sich bestens, um mit jungen Menschen über politische und gesellschaftliche Fragen ins Gespräch zu kommen. Die Außenstelle Ludwigsburg kooperiert mit dem Internationalen Trickfilmfestival Stuttgart sowie dem Indischen Filmfestival und beteiligte sich 2023 an zwei Kinopreviews für Schülerinnen und Schüler

zu den Spielfilmen „Der vermessene Mensch“ und „Elaha“, jeweils mit anschließendem Gespräch im Atelier am Bollwerk in Stuttgart.

Neue Räume erschließt sich die Außenstelle Ludwigsburg auch in der Erwachsenenbildung, so etwa mit Workshops zur Demokratiebildung für Freiwillige im Rahmen von FSJ und BFD oder auch mit einem Pubquiz für Kneipen, um spielerisch landeskundliche Themen zu setzen: Was wissen die Leute über Baden-Württemberg? 45 Mal wurden diese gemeinschaftsstiftenden Formate 2023 durchgeführt.

Der neue Standort Ludwigsburg erweitert den Radius der Bildungsangebote auf vielfältige Weise. Davon profitiert auch die Servicestelle Friedensbildung, die nun neben Bad Urach ein zweites LpB-Standbein in Ludwigsburg hat. Ihrem Auftrag, friedenspädagogische Bildungsangebote an den Schulen im ganzen Land zu machen, kann sie nun noch wirkungsvoller gerecht werden. Zudem nutzt die Redaktion „Unterrichtsmedien“ mit einem hauptamtlichen Mitarbeiter den Standort, der auch Seminar- und Gruppenräume in Schulklassengröße bietet. Auch einen Shop für LpB-Publikationen wird es bald geben.

Nach Ludwigsburg steht 2024 auch in Tübingen eine Eröffnungsfeier bevor. Wie zu ihrer Gründung 1972 ist die Landeszentrale dann wieder in allen vier Regierungsbezirken mit einer Außenstelle vertreten, gebündelt in der Abteilung „Regionale Arbeit“ unter Leitung von Prof. Dr. Michael Wehner. Dezentralität und Vernetzung sind eingeschrieben in das Selbstverständnis der baden-württembergischen LpB – Ergebnis einer Besonderheit im deutschen Südwesten, wo sich nach 1945 Vereine zur Förderung von Demokratie an den Universitätsstädten gründeten. Diese schlossen sich zur Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat e. V.“ zusammen. 1972 ging dieser Verein in der neu errichteten Landeszentrale auf – mit Außenstellen in Freiburg, Heidelberg, Stuttgart und Tübingen.

Die Gründer der LpB wussten sehr genau, wie wichtig es ist, mit Bildungsangeboten in allen Regierungsbezirken so präsent zu sein wie in der Hauptstadt. Die Sparmaßnahmen Anfang der 2000er-Jahre, die zur Schließung von zwei Außenstellen geführt hatten, erweisen sich nun als Episode. Der Viererbund der LpB-Außenstellen ist wieder komplett – ein Glücksfall, so besonders wie ein vierblättriger Glücksklee.



LpB-Kuratoriumsvorsitzender Thomas Poreski MdL (2. v. l.) mit Engagierten aus der politischen Bildungsarbeit beim Podiumsgespräch.

Foto: Andreas Essig



KI-generiertes Foto

## Der Geist aus der Flasche Generative KI verändert unsere Demokratie

**Spätestens seit ChatGPT ist Künstliche Intelligenz (KI) am heimischen Schreibtisch angekommen. Texte, Bilder und Videos lassen sich mithilfe von KI-Generatoren schnell erzeugen und erleichtern die Arbeit. Sie eröffnen den Menschen neue digitale Räume. Doch die Grenzen zwischen KI-Realität und realer Welt verwischen. Was ist echt, was ist gefälscht? Hier ist politische Medienbildung gefragt, um Orientierung zu geben und für digitale Mündigkeit zu sorgen, damit sich KI risikofrei nutzen lässt.**

Zumindest für die Öffentlichkeit mag die Freischaltung von ChatGPT Ende 2022 gewirkt haben, als sei ein Geist aus der Flasche entflohen. Keine digitale Technologie hat sich je zuvor in solcher Windeseile und in diesem globalen Ausmaß verbreitet wie der Textgenerator des kalifornischen Unternehmens OpenAI. Obwohl zahlreiche Anwendungen der Künstlichen Intelligenz (KI) schon viele Jahre im Einsatz sind, war die Überraschung groß, wie menschlich das kostenlose und frei zugängliche Sprachmodell in Se-

kundenschnelle formulieren und wie individuell es auf Anfragen reagieren kann. Zum Erstaunen gesellte sich Skepsis, wenn nicht gar Erschrecken: Welcher Geist breitet sich da aus? Wie mischt er sich in unser Leben ein? Wo lassen sich mit KI neue digitale Räume erschließen? Wo aber braucht es auch Regularien, um möglichen Risiken zu begegnen?

Politische Akteure und Akteurinnen erkannten diesmal sehr schnell, dass dieser Geist gesteuert werden muss, um sich in Einklang mit unseren demokratischen Werten zu entfalten. Denn gefüttert mit unseren Vorurteilen erzeugen generative Tools auch Desinformationen und Verzerrungen, die dann in Algorithmen eingeschrieben skalieren und sehr schnell breite Bevölkerungsgruppen beeinflussen können. Mittlerweile hat das Europäische Parlament das weltweit erste Gesetz zur Regulierung von Künstlicher Intelligenz initiiert, die neuen Technologien in Risikoklassen eingeteilt und mit entsprechenden Auflagen versehen. Das KI-Gesetz fordert: „Die Nutzer sollten darauf aufmerksam

gemacht werden, wenn sie mit KI interagieren. Dies gilt auch für KI-Systeme, die Bild-, Audio- oder Videoinhalte erzeugen oder manipulieren (zum Beispiel Deepfakes).“

Ein Aufkleber á la „Achtung KI!“ wird zur Einhaltung der Transparenzforderungen nicht reichen. Markierung macht nur Sinn, wenn klar ist, was der Einsatz von KI überhaupt bedeutet und welche Auswirkungen er auf unsere Gesellschaft hat. Erst dann können Menschen Manipulationsgefahren einschätzen und ihnen begegnen – digital mündig werden – und so eben auch die vielen Vorteile von KI risikofrei nutzen. Das ist eine originäre Aufgabe der politischen Medienbildung.

Um entsprechendes Orientierungswissen zu vermitteln, hat die LpB bereits im Februar 2023 Bildungsveranstaltungen über die Auswirkungen von Textgeneratoren durchgeführt. Im ersten Workshop „Das KI-Alltagshelferlein!“ mit jungen Menschen des Bundesfreiwilligendienstes zeigte sich, dass die Jugendlichen höchst heterogene Vor-

kennnisse mitbrachten. Einige hatten noch nie von ChatGPT gehört, andere hatten bereits eigene Accounts angelegt und erstellten im Workshop ganze KI-generierte Präsentationen. Eine aus Großbritannien zugezogene Teilnehmerin entdeckte ChatGPT begeistert für sich, um deutschsprachige Texte fehlerfrei zu formulieren. Und alle diskutierten mit, welche Aufgaben wir KI-Anwendungen überlassen bzw. wo Menschen weiterhin Verantwortung tragen sollten.

Zum Einsatz kam auch der offene E-Learning-Kurs „Cyber Storys“, der grundlegende Aspekte von KI an konkreten Beispielen aufzeigt und vermittelt, wie menschliche Vorannahmen in Technik eingeschrieben werden. Der Online-Kurs ist bereits 2022 zusammen mit dem Cyber Valley und dem Stuttgarter Research Focus Interchange Forum for Reflecting on Intelligent Systems (SRF IRIS) erstellt worden; Interessierte können ihn jederzeit nutzen ([www.elearning-politik.de/cyberstory](http://www.elearning-politik.de/cyberstory)).

Und das Interesse ist anhaltend groß. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Hintergrundinformationen führte der Fachbereich E-Learning wiederholt Webtalks mit dem Titel „ChatGPT & Co – Freund und Helferin?“ durch und kooperierte mit Volkshochschulen, so dass in mehreren Städten Workshops in Präsenz sowie hybrid stattfanden. Bei der Informationsvermittlung ging es darum, Risiken realistisch einschätzen zu können und Lust auf eigenes Experimentieren zu machen. Wie so häufig erzielt auch hier das eigene Erleben und die Reflexion desselben den besten Lerneffekt. Wer selbst ein Bild mit KI erstellt hat, kennt die schier unbegrenzten Möglichkeiten der Bildgeneratoren und kann Deepfakes besser entlarven. Und wer sich mit Textgeneratoren unterhält, hat die Überzeugungskraft und Wirkmächtigkeit der Tools erlebt, vielleicht den einen oder anderen halluzinierten Fehler entdeckt und kann so den Informationsgehalt der KI-produzierten Texte besser einordnen.

## Künstliche Intelligenz – Chance oder Risiko?

**Mach's klar! 53-2023:  
Politik – einfach erklärt**

Mit dem Begriff der „Künstlichen Intelligenz“, kurz KI, setzt sich diese Ausgabe von „Mach's klar! Politik – einfach erklärt“ auseinander. Chancen und Risiken, die sich mit Künstlicher Intelligenz verbinden, lassen sich anhand von Zuordnungsaufgaben erarbeiten. Als Anwendungsbeispiel stellt das Heft das autonome Fahren vor. Schülerinnen und Schüler können sich bei diesem Thema sehr konkret mit den Folgen von KI auseinandersetzen und werden angeregt, sich ihr eigenes Urteil zu bilden. Auch ethische Leitlinien für Künstliche Intelligenz kommen zur Sprache. Ein abschließender Abschnitt behandelt das textbasierte Dialogsystem „ChatGPT“, das Künstliche Intelligenz nutzt.

Die LpB-Reihe „Mach's klar!“ erläutert politische Themen in vereinfachter Form. Weitere Ausgaben und zusätzliche Materialien gibt es unter [www.machsklar-lpb.de](http://www.machsklar-lpb.de).



So überrascht auch nicht, dass die beliebteste Aufgabe des 2023 durchgeführten Schülerwettbewerbs des Landtags eine Recherche über die Auswirkungen der generativen KI auf den Schulalltag war. Allein durch die Aufgabenstellung wurden viele junge Menschen motiviert, neue KI-Anwendungen auszuprobieren und vor allem kritisch zu hinterfragen.

Auch ein von der LpB herausgegebenes Unterrichtsmaterial der Reihe „Mach's klar“ zum Thema Künstliche Intelligenz ist sehr nachgefragt und eignet sich für die Behandlung des Themas im Unterricht. Schließlich nimmt das Don@u Online-Projekt 2024 mit dem Titel „Schöne neue Welt – wie Künstliche Intelligenz Europa verändert“ ebenfalls die neuen Technologien in den Blick, so dass sich 30 Schulklassen aus dem Donau-Raum länderübergreifend zu den Chancen und Herausforderungen austauschen werden.

Doch die neuen technologischen Entwicklungen sind nicht nur Thema politischer Bildung, sondern werden zunehmend auch ihr Instru-

ment sein. Um die Weichen dahingehend zu stellen, befasste sich die Belegschaft der Landeszentrale in einer LpB-Besprechung intensiv mit den Möglichkeiten und Herausforderungen der generativen KI für die eigene Einrichtung. Als Vorteil wurde beispielsweise erkannt, dass mit wenigen „Prompts“ bzw. Texteingaben komplexe Inhalte vereinfacht und an jeweilige Zielgruppen angepasst werden können.

Lernen wird individualisierter, adaptiver und inklusiver – z. B. durch die Entwicklung thematisch abgestimmter Chatbots. Diese neuen methodischen Formate werden Räume für weitere Zielgruppen eröffnen. Die technische Entwicklung der „Generative Pre-trained Transformer“- (GPT)-Modelle verläuft höchst dynamisch, so dass es eine Daueraufgabe der LpB sein wird, die Einsatzmöglichkeiten experimentell auszuloten. Eine dafür eingerichtete Arbeitsgruppe begleitet diesen Prozess – und sorgt hoffentlich dafür, dass der Geist aus der Flasche der politischen Bildung dient.

# Demokratie, Deepfakes und Desinformation

Dr. Jutta Jahnel über Chancen und Risiken von Künstlicher Intelligenz für unsere Gesellschaft



Dr. Jutta Jahnel  
Foto: Markus Breig (KIT)

**Dr. Jutta Jahnel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Dort ist sie Mitglied in der Forschungsgruppe „Digitale Technologien und gesellschaftlicher Wandel“ und hat in einem EU-Projekt die Folgen von „Deepfakes“ untersucht. Deepfakes sind mittels Künstlicher Intelligenz erstellte Bilder, Tonaufnahmen oder Videos, die Realitäten täuschend echt verfälschen.**

**Frau Dr. Jahnel, verfälschte Realitäten mittels Künstlicher Intelligenz: Wie können wir Manipulationen entlarven und haben Sie dafür ein konkretes Beispiel?**

**Jutta Jahnel** | Bei Gesichtsmanipulationen durch die Methode des sogenannten „Face Swapping“ verbleiben oftmals sichtbare Übergänge, unscharfe Konturen oder Brüche zwischen dem Vorder- und dem Hintergrund. Bei Bildgeneratoren werden beispielsweise die Finger nicht vollständig abgebildet,

wie im Fall des generierten Fotos mit dem Papst in der Daunenjacke. Diese und weitere Kriterien sind jedoch bei der hohen Anzahl an audio-visuellen Inhalten in den sozialen Medien mit bloßem Auge oft nicht zu erkennen. Deshalb werden automatisierte Detektionsverfahren eingesetzt, die wiederum auch auf KI-Methoden basieren. Die Leistungsfähigkeit kommt jedoch auch hier an ihre Grenzen, wenn generierte Inhalte vor der Verbreitung komprimiert wurden.

**Wenn Deepfakes und Desinformationen zunehmen – was bedeutet das für unsere Demokratie und mit welchen technischen und politischen Instrumenten können wir uns dagegen wappnen?**

**Jutta Jahnel** | Wenn nicht mehr erkennbar ist, ob Fotos, Videos oder Texte authentisch sind, dann verwischt die Grenze zwischen Fakt und Fiktion. Diese Unsicherheit bedingt einen Glaubwürdigkeitsverlust und letztlich einen Vertrauensverlust in Informationen und Institutionen. Die Gefahr für die Demokratie liegt somit nicht nur in der möglichen Manipulation oder Polarisierung, sondern in der langfristigen Erosion grundlegender Bedingungen demokratischer Prozesse und damit in der Destabilisierung des politischen Systems.

Notwendige politische Maßnahmen sollten die Voraussetzungen für pluralistische und integrative öffentliche Debatten stärken. In einem informierten Diskurs müssen generierte Inhalte klar erkennbar sein

und entsprechend gekennzeichnet werden. Dazu ist die Anwendung technischer Möglichkeiten der Kennzeichnung durch digitale Wasserzeichen zu überprüfen. Mit der KI-VO und dem Gesetz über Digitale Dienste wurden außerdem Vorgaben zur Transparenz und Verbreitung von Deepfakes ausgearbeitet.

**Welche Chancen halten neue digitale Technologien wie KI für unsere Demokratie aber auch bereit?**

**Jutta Jahnel** | Generell können KI-Technologien den Zugang zu Informationen vereinfachen und dadurch auch die politische Meinungsbildung fördern. Außerdem werden diese Technologien in der Moderation von Inhalten auf Online-Plattformen genutzt, um unrechtmäßiges oder unangemessenes Verhalten im Netz aufzudecken. Neue Impulse für die politische Teilhabe von Bürger:innen durch KI-Technologien werden ebenfalls diskutiert. Voraussetzung einer demokratiefreundlichen KI ist in jedem Fall die Überprüfbarkeit der Modelle sowie die Vertrauenswürdigkeit der Trainingsdaten. Weiterhin sollen diese neuen Verfahren keine steuernde Dominanz entfalten und die letzte Entscheidung dem Menschen überlassen.

**Wo sehen Sie bei diesen Themen den Stellenwert der politischen Bildung?**

**Jutta Jahnel** | Neben der Kennzeichnung und Detektion bleibt die Vermeidung von Deepfakes eine der wichtigsten Gegenmaßnahmen. Deshalb spielt die Verbesserung der Resilienz von Betroffenen eine wichtige Rolle. Das schließt sowohl eine Sensibilisierung für die Risiken und Grenzen derartiger Technologien als auch die Fähigkeit zur Bewertung problematischer Inhalte und möglicher Handlungsoptionen ein. Gezielte Bildungsmaßnahmen können hier die Medienkompetenz erhöhen und zu einem reflektierten und aktiven Umgang mit Desinformation beitragen.

# Das Land erkunden

## Die neue digitale Lernplattform

### BW-entdecken.de

**Die neue Plattform „BW-entdecken.de“ bietet Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie weiteren Interessierten die Möglichkeit, Baden-Württemberg in all seinen Facetten auf interaktive Weise zu erkunden. Das Online-Angebot stellt das Land in seiner ganzen Vielfalt vor und enthält Informationen und Aufgaben in zahlreichen Kategorien. Damit kann BW-entdecken.de sowohl im Unterricht als auch individuell vielfältig genutzt werden und lädt dazu ein, das Land virtuell zu bereisen.**



Baden-Württemberg ist ein Land von vielfältiger Schönheit und reicher Geschichte. Um das insbesondere jungen Menschen näher zu bringen, hat die Landeszentrale eine Plattform geschaffen, mit der auf innovative und interaktive Weise gezeigt wird, wie lebenswert und vielseitig unser Land ist. Diese einzigartige Bildungsplattform ermöglicht es Schülerinnen und Schülern, das Land in all seinen Facetten zu erkunden – von Geschichte über Geografie bis hin zu Wirtschaft und Kultur.

BW-entdecken.de präsentiert eine breite Palette von Kategorien, die darauf abzielen, nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern auch eine unterhaltsame und abwechslungsreiche digitale Erfahrung zu bieten. Die Themen erstrecken sich von Geschichte, Geografie und Topografie über Werte, Politik und Verwaltung bis hin zu Infrastruktur, Wirtschaft,

Innovationen, Kulinarik, Kuriositäten, Persönlichkeiten, Sehenswürdigkeiten und Sport.

Ein besonderes Merkmal von „BW-entdecken.de“ ist die Integration von Google Earth, die es den Nutzenden ermöglicht, virtuell zu den verschiedensten Orten Baden-Württembergs zu reisen. Historische Stätten, atemberaubende Landschaften und lebendige Städte können so hautnah erlebt werden. Diese Verbindung von Bildungsinhalten mit interaktiven Erlebnissen schafft eine intensive Lernerfahrung.

Nach dem Vorbild der Reihe „Mach's klar!“ legt die Plattform Wert auf klare und einfache Sprache, um die Inhalte auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zuzuschneiden. So sollen die Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer Bildung oder Herkunft und ihres Vorwissens angesprochen werden. Die Aufgaben sind visuali-

siert und elementarisiert, um den Lernprozess zu erleichtern und sicher zu stellen, dass Schülerinnen und Schüler auch ein tiefes Verständnis für die Vielfalt und Schönheit ihres Heimatlandes entwickeln.

Ein weiteres Highlight sind die direkten Verlinkungen zu vertiefenden Informationen. Nutzende können digitale Museen besuchen, auf Stadthomepages stöbern oder sich tiefergehendes Wissen zu einem spezifischen Thema aneignen. Dadurch kann die Plattform den individuellen Interessen und Lehranforderungen der Lernenden gerecht werden.

„BW-entdecken.de“ ist nicht nur als Ergänzung zum aktuellen Bildungsplan konzipiert, sondern bietet auch Anpassungsmöglichkeiten für verschiedene Niveaustufen. Die Aufgaben sind so gestaltet, dass sie den unterschiedlichen Kenntnissständen der Schülerinnen und Schüler gerecht werden. Die Ergebnisse können als PDF heruntergeladen werden, um den Fortschritt zu dokumentieren, aufzubewahren und gegebenenfalls zu präsentieren. Darüber hinaus wird die Plattform stetig mit neuen Aufgaben und Kategorien erweitert, um in Zukunft ein noch ausführlicheres Erlebnis zu ermöglichen.

Die Macher von „BW-entdecken.de“ laden Schülerinnen und Schüler sowie ihre Lehrkräfte dazu ein, die Plattform unter [www.bw-entdecken.de](http://www.bw-entdecken.de) zu besuchen und das Land auf neuartige und unterhaltsame Weise zu erkunden. Die Website verspricht eine innovative, interaktive Reise durch Baden-Württemberg, die Wissen und Spaß spielerisch miteinander verbindet.



## Politische Bildung, Kinder! Angebote der LpB für die Grundschule

**Politische Bildung in der Grundschule? Können sich Grundschul-kinder mit politischen Fragestellungen auseinandersetzen? Haben Grundschulen überhaupt Interesse an solchen Angeboten? All diese Fragen sind eindeutig mit „Ja!“ zu beantworten. Seit einigen Jahren baut die Landeszentrale deshalb ihre Angebote für die Grundschule aus und erschließt so neue Zielgruppen und Bildungsräume.**

Drittklässler:innen diskutieren in der Rolle von Minister:innen verschiedener EU-Staaten über die Einführung einer Lebensmittelampel. Zweiklässler:innen lernen die Geografie und Politik Baden-Württembergs spielerisch kennen. Viertklässler:innen überlegen, was ihren Wohnort lebenswert macht und gestalten gemeinsam ihre Traumkommune. Das alles können Grundschul-kinder erleben, wenn sie an einem Politischen Tag der Landeszentrale für die Grundschule teilnehmen.

Neuere Erkenntnisse aus der Politikdidaktik zeigen, dass Kinder unter zehn Jahren bereits sehr gut in der Lage sind, politische Machtverhältnisse, Entscheidungsstrukturen und Regeln zu erkennen. An diese alltagsbasierten Vorstellungen von Politik können schulische Angebote politischer Bildung anknüpfen, um Konzepte von Demokratie, politischem Handeln und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu verankern und zu konkretisieren. Kinder in der Primarstufe sind in ihren Familien, in der Schule und in ihrer Freizeit in vielfältiger Weise von politischen Entscheidungen betroffen und sollten daher auch das Recht haben, über das politische System und die Wege der Einflussnahme zu lernen.

Dies sehen auch immer mehr Grundschullehrkräfte so. So nahm parallel zum wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn die Zahl der Anfragen in diesem Bereich in den vergangenen Jahren kontinuierlich zu. Die Landeszentrale reagierte darauf

einerseits mit einem Ausbau ihrer Angebotspalette sowie andererseits mit einer wachsenden Anzahl von Veranstaltungen in den Klassenstufen drei und vier. Dies ist insbesondere deshalb so erfreulich, weil politische Bildung im Bildungsplan der Grundschule keinen hervorgehobenen Platz hat. Anschlussfähig sind die Angebote jedoch bei zahlreichen Themen aus dem Sachunterricht. Auch die Einführung des „Leitfadens Demokratiebildung“ hat der politischen Bildung in der Grundschule zusätzliche Relevanz verschafft.

Zu den Vorreitern der Entwicklung politischer Bildungsangebote der Landeszentrale in den Grundschulen gehören die Außenstellen. Die „Spielwiese Baden-Württemberg“ der Außenstelle Freiburg verknüpft Wissenserwerb über unser Bundesland mit Aktivitäten in der Turnhalle. Das spielerische Erlernen der Politik und Geografie Baden-Württembergs, Deutschlands und Europas steht bei den Workshops

„BWPoly“, „Deutschlandspiel“ und „Europoly“ im Mittelpunkt, die von der Außenstelle Heidelberg entwickelt wurden. In den letzten Jahren kamen längere und komplexere Angebote wie ein Planspiel zur Europäischen Union („PEP – Planspiel zur handlungsorientierten EU-Vermittlung in der Primarstufe“) oder interaktive Workshops mit methodischer Vielfalt zu den Grundrechten („Voll in Ordnung – unsere Grundrechte“) und zur Kommunalpolitik („Traumkommune“) hinzu.

Darüber hinaus widmet sich ein Baustein des neuen Projektes „Safe!

Streiten und anerkennen: Freiheit erleben.“, das von der Baden-Württemberg Stiftung gefördert wird, der Grundschule. Ziel des Projekts ist es, mit altersgerechten Methoden Demokratie- und Medienbildung zu vermitteln. Das mehrtägige Format „Nicht ohne uns! Weil wir die Zukunft sind“ animiert Kinder der Klassenstufen drei und vier dazu, ihre Ideen für ein gerechtes Zusammenleben in unserer Gesellschaft zu formulieren. Diese präsentieren die Teilnehmenden dann in einem Podcast einem ausgewählten Publikum. Die „Servicestelle Friedensbildung“ wird – auch aufgrund der großen

Nachfrage – ihr Angebot an Workshops, Lernmaterial und Lehrkräftefortbildungen ebenfalls zeitnah in die Grundschule erweitern, wofür im Jahr 2023 eigens eine Stelle geschaffen wurde. Und in Zukunft wird es von der Landeszentrale auch neue Impulse zur politischen Bildung in der Grundschule in analoger und digitaler Form geben. In der Abteilung „Medien“ wurde dazu jüngst der Fachbereich „Grundschule“ eingerichtet, der Publikationen und Unterrichtsmaterialien für die Primarstufe entwickeln wird.

## Produktive Schnittmengen Die LpB kooperiert mit Kultureinrichtungen

**Museen, Theater, Netzwerke der Kulturvermittlung – die Landeszentrale für politische Bildung knüpft Beziehungen und erschließt sich Kooperationsräume im Kulturbereich. Es gilt Schnittmengen auszuloten. Kulturelle und politische Bildung verbindet die Zielsetzung, unterschiedliche Perspektiven zu vermitteln, zu kritischer Reflexion anzuregen und Teilhabe zu fördern.**

Die Ausstellung „Sieh dir die Menschen an!“ im Kunstmuseum Stuttgart richtet den Blick auf das „neusachliche Typenporträt“. Darin stellten Künstler:innen in der Zeit der Weimarer Republik das vermeintlich Typische in den Vordergrund. Wie lesen Menschen von

heute die Botschaften dieser Bilder? Die Frage ist eine von vielen, denen das Kunstmuseum und die Landeszentrale in ihrem gemeinsamen Begleitangebot zur Ausstellung (2. Dezember 2023 bis 14. April 2024) nachgegangen sind. Pädagogische Vermittlungsteams beider Einrichtungen boten gut zwanzigmal einen Workshop unter dem Titel „Schubladendenken“ an.

Das dreistündige Format der LpB ist von den Partnern eigens auf die Ausstellung zugeschnitten worden. Der Workshop bezieht auf diese Weise nicht nur die Exponate ein, sondern auch den gemeinsam erstellten „Diversity Room“, der über Diskriminierung aufklärt und Handlungsmöglichkeiten veranschau-

licht. Jugendliche ab der Klassenstufe sieben setzen sich mit gängigen Vorstellungen von (Menschen-)Typen in der Weimarer Zeit auseinander. Daran anknüpfend erkunden sie Grundlagen zur Funktion von Vorurteilsbildung und Stereotypisierung sowie der Mechanismen und Folgen von Diskriminierung. Schließlich setzen sich die Jugendlichen in der Diskussion mit Fragen zum Thema auseinander: Wie gestaltet sich Solidarität mit Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind?

Auch mit anderen Kultureinrichtungen haben sich 2023 produktive Kooperationen angebahnt – so etwa mit dem Württembergischen Landesmuseum, das seit einiger Zeit die



Blick in den „Diversity Room“ im Kunstmuseum Stuttgart | Foto: Kunstmuseum Stuttgart

Große Landesausstellung anlässlich des Bauernkriegs von 1524 bis 1525 an zwei Standorten, in Stuttgart und in Bad Schussenried, vorbereitet. Die Landeszentrale konnte sich in Stuttgart in die Konzeptionsphase einbringen: Im Alten Schloss soll die interaktiv gestaltete Ausstellung „Protest! Von der Wut zu Bewegung“ (ab 26. Oktober 2024) ausgehend vom Bauernkrieg Strukturen und Abläufe von Protestbewegungen aufzeigen – ein Thema mit aktuellen Anknüpfungspunkten. Geplant sind gemeinsame Vermittlungsangebote für Jugendliche.

**„Kulturelle und politische Bildung ergänzen sich und bereichern einander. Beiden Ansätzen geht es um Teilhabe. Und beide bieten auf jeweils ihre Weise – mal ästhetisch, mal politisch kontextualisiert – Raum zur Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen.“**

Im Rahmen der Ausstellung „Die 80er – Sie sind wieder da!“ im Badischen Landesmuseum Karlsruhe beriet die LpB das Museumsteam und gab Impulse, wie politische Bildung und Kulturvermittlung konkret zusammengedacht werden könnte. Die Ausstellung konzentriert sich auf die politischen Konflikte und die gesellschaftlichen Umbrüche der 1980er-Jahre.

Während der sechs Monate, in denen das StadtPalais Stuttgart 2023 in das „FemPalais – Festival der Frauen\*“ umfunktioniert wurde, fanden ein intensiver Impulsaustausch, gemeinsame Ausstellungen und Formate sowie Veranstaltungen mit der LpB statt – mit dem gemeinsamen Ziel, Frauen sichtbar zu machen, die prägend für die Geschichte der Stadt Stuttgart und darüber hinaus waren und sind.

Auch zu Theatern im Land konnten im Jahr 2023 Beziehungen geknüpft werden. Die Badische Landesbühne Bruchsal kooperiert für das Theaterstück „Der Reichsbürger“ mit der Landeszentrale. Die Inszenierung

thematisiert Gefährdungen der Demokratie durch Rechtspopulismus sowie die Mechanismen von Propaganda und Radikalisierung. Im Anschluss an die mehr als 20 Vorstellungen bietet die LpB Nachgespräche zur politischen Einordnung von sogenannten Reichsbürger:innen und Selbstverwalter:innen an.

Kooperationen wie diese zeigen, wie sich kulturelle und politische Bildung ergänzen und einander bereichern. Beiden Ansätzen geht es um Teilhabe – und beide bieten auf jeweils ihre Weise – mal ästhetisch, mal politisch kontextualisiert – Raum zur Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen. Verhandelt werden Themen wie Demokratie, Diversität, Digitalisierung oder auch Nachhaltigkeit. Die Landeszentrale für politische Bildung ist denn auch im Fachbeirat des vom baden-württembergischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst 2021 initiierten Zentrums für Kulturelle Teilhabe vertreten.

# 3

## Demokratiebildung als ständiger Auftrag

Demokratie will gelernt sein. Die LpB zeigt Möglichkeiten auf: Demokratische Schulentwicklung macht politische Prozesse erfahrbar für Schülerinnen und Schüler. Angebote der Demokratiebildung wie etwa das Projekt „Läuft bei Dir!“ fördern Mitsprache.

## Mehr Demokratie wagen! Ziele der demokratischen Schulentwicklung

**Demokratie gerät zunehmend unter Druck – mehr denn je kommt es jetzt auf die demokratische Schulentwicklung an. Sie geht von den einzelnen Schulen als „pädagogischen Handlungseinheiten“ (Helmut Fend) aus und hat zum Ziel, dass sich alle am Schulleben Beteiligten als eingebunden, wertgeschätzt und selbstwirksam erfahren. Der Fachbereich „Schule und Bildung“ knüpft hier an und hat dazu einen vielfach nachgefragten, landesweiten Arbeitsschwerpunkt entwickelt.**

Demokratie steht unter Druck! Von innen durch eine Legitimations- und Vertrauenskrise, die viele Bürgerinnen und Bürger immer weiter von den Regierenden entfremdet, sowie durch antidemokratische und menschenfeindliche Strukturen, Politikstile und Ideologien, von denen die zahlreichen Verschwörungserzählungen nur ein besonders markantes Beispiel sind; darüber hinaus von außen durch Krieg, Klimawandel und Migration. Manche sprechen davon, dass sich unsere Demokratie in einer großen, vielleicht sogar existenzbedrohenden Notlage befindet und sehen ein „Sterben der Demokratien“ am Horizont (Levitsky/Ziblatt), andere sprechen von einer „Krise der Demokratie“ (Wolfgang Merkel), in der sich die Demokratie gleichwohl von Anfang an befindet. Der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker sieht demgegenüber nicht die Demokratie selbst in Gefahr, sondern durch Entwicklungen herausgefordert, deren Folgen sich unzweifelhaft als krisenhaft beschreiben lassen und sich zu handfesten Krisenereignissen verdichten – Folgen, die sich als „Polarisierung“, „Spaltung“ und „Aus-

einanderdriften“ umschreiben lassen. Diese Folgen lassen sich empirisch vielfach belegen, wie z. B. die Mitte-Studie oder die Vertrauensstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zeigen.

In allen gesellschaftlichen Bereichen gilt es, diesen Entwicklungen mit demokratischem Engagement entgegenzuwirken; das betrifft besonders auch den Bereich Schule und Bildung. Alle heranwachsenden Generationen besuchen unsere Schulen für viele Jahre und sollten hier achtungsvollen und aufgeklärten Umgang miteinander sowie Wertschätzung und Respekt für die Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens und Zusammenlebens lernen. Die Beteiligung an internationalen Vergleichsuntersuchungen zur Qualität unseres Bildungssystems (PISA, IGLU, TIMSS u. a.) hat für Deutschland viele Aufschlüsse zu den Wirkungen und Ergebnissen schulischen Lernens und Lehrens ergeben. Das betrifft sowohl die fachlichen Leistungen von Schüler:innen als auch den Erwerb von Haltungen und Einstellungen.

Politische Bildung, Demokratiepädagogik und Demokratiebildung gehören generell und vor allem bei demokratischer Grundbildung zu den Kernaufgaben von Schule und Unterricht und müssen sich mehr als bisher ihrer Wirksamkeit durch Evaluation vergewissern. Mit der „empirischen Wende“ genügt es nicht mehr, allein Konzepte zu entwerfen und Ziele zu proklamieren, deren Umsetzung und Ergebnisse zweifelhaft sind. Zudem gilt es, von den einzelnen Schulen auszugehen und diese dabei als „pädagogische Handlungseinheiten“ (Helmut Fend)

ernst zu nehmen und sie bei der Entwicklung ihrer Lern- und Lehrqualität sowie ihrer pädagogischen Leistungen insgesamt zu unterstützen. Hier knüpft das moderne Konzept der Schulentwicklung an.

Eine in den gegenwärtigen Zeiten besonders wichtige „Spielart“ ist die demokratische Schulentwicklung: Sie impliziert nicht nur die Schaffung möglichst vielfältiger Partizipationsmöglichkeiten im Kontext von Lehren und Lernen, sondern strebt – im Sinne des o.a. Ansatzes („Schule als Handlungseinheit“) – an, dass sich alle an einer Schule beteiligten Akteur:innen, angefangen von der Schulleitung über das

**„Demokratiebildung ist nicht das Lernen über Demokratie, sondern das Erleben der Selbstwirksamkeit in demokratischen Räumen.“**

Andreas Zick,  
FES-„Mitte-Studie“ 2022/23

Lehrerkollegium bis hin zu den Schülerinnen und Schülern und den Eltern sowie den externen Partnern, anerkannt, eingebunden und selbstwirksam erfahren. Wie zentrale Befunde und Empfehlungen der empirischen Demokratie- und Konfliktforschung zeigen, ist das von besonderer Bedeutung, denn: „Demokratiebildung ist nicht das Lernen über Demokratie, sondern das Erleben der Selbstwirksamkeit in demokratischen Räumen“ (Andreas Zick, Mitte-Studie). Demokratiebildung und Demokratiepädagogik sind in diesem Sinne alternativlos



Demokratische Schulentwicklung als gemeinsame Zielsetzung: Teilnehmende der Moderationsausbildung für Lehrkräfte vor dem LpB-Tagungszentrum „Haus auf der Alb“.

mit demokratischer Schulentwicklung verbunden und wechselseitig aufeinander angewiesen. Auf diesen Zusammenhang richtet der Fachbereich „Schule und Bildung“ gegenwärtig sein besonderes Augenmerk und hat dazu mit seinem Team den Arbeitsschwerpunkt „Demokratische Schulentwicklung“ aufgebaut.

Im Mittelpunkt dieses Arbeitsschwerpunktes steht die Qualifizierung von Moderator:innen zur demokratischen Schulentwicklung aus ganz Baden-Württemberg. An dieser Qualifizierung nahmen im Schuljahr 2023/24 rund 80 Schulleitungen und Lehrkräfte zumeist mit Funktionsstellen aus allen Schulformen teil. Sie fand in zwei Parallelkursen im „Haus auf der Alb“ statt und wird im kommenden Schuljahr 2024/25 fortgesetzt. Im Mittelpunkt stehen Rollen, Aufgaben und Kompetenzen der Moderator:innen. Im besonderen Maße geht es darum, die Moderator:innen dazu zu befähigen, (zunächst) an ihren je eigenen Schu-

len demokratische Schulentwicklungsprozesse zu initiieren und zu begleiten. Das passiert auf Basis entsprechend mandatiertes Steuergruppen, unter Einbeziehung aller für die eigene Schule relevanten Akteur:innen. Ziel ist insbesondere die kollegiale/gesamtschulische Erarbeitung von demokratischen Schulleitbildern auf Basis demokratischer Werte bzw. Haltungen und die Entwicklung von nachhaltigen Umsetzungsprogrammen (Schulprogrammen). Hierbei spielt die Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern und ihrer Vertretungen eine besondere Rolle, dabei besonders des Landeschülerbeirates, dessen bisheriger Vorsitzender, Berat Gürbüz, schon mehrmals als Referent zu Gast war (siehe Interview Seite 19).

Diese Qualifizierungen werden durch zahlreiche Formate ergänzt, die für alle an der demokratischen Schulentwicklung Interessierten offen sind. Zu nennen sind in diesem

Zusammenhang das sehr gut nachgefragte Demokratieforum „Haus auf der Alb“, eine Online-Reihe mit Abendveranstaltungen, bei der regelmäßig namhafte Politik- und Sozialwissenschaftler:innen, Pädagog:innen und Schulentwickler:innen referieren. Außerdem bietet der Fachbereich Online-Tagungen an, bei denen schon mehrmals Preisträgerschulen im Bereich demokratische Schulentwicklung und Demokratiepädagogik teilgenommen haben, sowie Vernetzungstreffen und Formate zur partizipativen Schulentwicklung mit Schüler:innen. Im Sinne der „empirischen Wende“ werden alle Veranstaltungen evaluiert und auf dieser Basis (weiter-)entwickelt. Gegenwärtig sind wir im Fachbereichsteam dabei, eine Publikation mit Grundlagenbeiträgen und einem umfangreichen Materialteil zu erarbeiten, dessen Kernbestand in den Qualifizierungsseminaren erprobt wird. Diese Publikation wird voraussichtlich 2025 erscheinen.

# Mitbestimmung an Schulen stärken

Berat Gürbüz über die Zielsetzung demokratischer Schulentwicklung, Demokratie für junge Menschen erfahrbar zu machen



Berat Gürbüz  
Foto: Bernd Weißbrod

**Berat Gürbüz hat 2019 die Realschule abgeschlossen und danach sein Abitur gemacht. Seit 2022 studiert er Politikwissenschaft. Während seiner Schulzeit engagierte er sich im Landesschülerbeirat von Baden-Württemberg (LSBR), von Oktober 2022 bis April 2024 war er dessen Vorsitzender. Mit dem Fachbereich „Schule und Bildung“ hat er darüber gesprochen, wie wichtig es ist, Schülerinnen und Schüler an Prozessen der demokratischen Schulentwicklung zu beteiligen.**

Herr Gürbüz, welche Rolle spielt aus Ihrer Sicht Demokratiebildung gegenwärtig an den Schulen in Baden-Württemberg, vor allem mit Blick auf die Partizipation der Schülerinnen und Schüler?

**Berat Gürbüz |** Demokratiebildung sollte eine entscheidende Rolle an Schulen spielen, insbesondere bei demokratischen Prozessen wie der Wahl zum Klassensprecher oder Schülersprecher. Schulen müssen diese aktiven Mitbestimmungsmöglichkeiten stärker beleuchten und

Prozesse wie Wahlen sollten mehr als nur ein jährlich notwendiges Prozedere sein, wie ich es aktuell an vielen Schulen beobachte. Durch eine frühe Demokratiebildung werden Schülerinnen und Schüler dazu ermutigt, ihre Meinungen zu äußern, Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv für ihre Interessen einzusetzen, was letztendlich zu einer lebendigen und engagierten Schülerschaft führt.

**Was sind Kernanliegen des LSBR, wenn es um Demokratiebildung an Schulen geht – sowohl gegenwärtig als auch mit Blick auf die Zukunft?**

**Berat Gürbüz |** Aus Sicht des LSBR müssen die Bildungspläne angepasst werden, sodass die Kommunalpolitik eine bedeutendere Rolle einnimmt. Bislang sind Themen wie der Gemeinderat und öffentliche Sitzungen nur bei den Wenigsten bekannt. Es ist wichtig, dass die Möglichkeit besteht, über aktuelle

**„Politik und Demokratie sollten nicht nur aus Büchern auswendig gelernt werden, sondern auch praktisch erfahrbar für Schülerinnen und Schüler sein.“**

Themen im Unterricht zu sprechen. Diese Zeit sollte unbedingt genutzt und auch in den Bildungsplänen beibehalten werden. Mehr Exkursionen in den Landtag oder ins EU-Parlament bieten Möglichkeiten, praktische Einblicke zu bekommen. Auch ein Besuch bei einer Gemeinderatssitzung ermöglicht es, Verständnis für kommunale Prozesse

zu entwickeln. Politik und Demokratie sollten nicht nur aus Büchern auswendig gelernt werden, sondern auch praktisch erfahrbar für Schülerinnen und Schüler sein.

**Sie haben schon mehrmals an der LpB-Qualifizierung der Moderator:innen für demokratische Schulentwicklung teilgenommen. Welche Perspektiven sehen Sie im Zusammenhang mit dieser Qualifizierung für die Partizipation von Schülerinnen und Schülern und wo sehen Sie Möglichkeiten für die weitere Zusammenarbeit?**

**Berat Gürbüz |** Die Qualifizierung der Moderatorinnen und Moderatoren für demokratische Schulentwicklung hat einen positiven Einfluss auf die Partizipation der Schülerinnen und Schüler. Durch strukturierte Diskussionsprozesse werden sie ermutigt, sich aktiv einzubringen. Ich sehe viele Möglichkeiten für eine weitere Zusammenarbeit, z. B. durch regelmäßige partizipative Veranstaltungen oder die Nutzung der Moderatorinnen und Moderatoren als Mentoren zur Stärkung demokratischer Fähigkeiten bei Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern.





## „Läuft bei Dir!“ läuft und läuft ... Demokratiebildung am Übergang von Schule zu Beruf

**„Läuft bei Dir!“ ist ein Projekt der Baden-Württemberg Stiftung, das Angebote zur Demokratiebildung und Medienbildung für Jugendliche am Übergang von Schule zu Beruf umsetzt. Es wird von der Landeszentrale für politische Bildung umgesetzt – und erlebt seit seinem Start 2017 große Nachfrage. 2024 geht das Projekt, das auch Fortbildungen für Fachkräfte und Publikationen anbietet, in eine dreijährige Verlängerung.**

Wie bereits seit Projektbeginn 2017 erfreute sich das Projekt „Läuft bei Dir!“ auch im Jahr 2023 dauerhaft hoher Nachfrage. Das ist wenig verwunderlich, da es für die Zielgruppe des Projekts, die sich vorwiegend aus Menschen in Berufsschulen sowie aus Maßnahmen zur Berufs-

begleitung und Berufsvorbereitung zusammensetzt, bisher wenige Angebote politischer Bildung gibt. Diesem Bedarf begegnet „Läuft bei Dir!“ mit zahlreichen Bildungsformaten.

In 2023 wurden zwei Varianten eines Projekttags angeboten, in deren Zentrum der Escape Room „Hacker Attack“ steht – einerseits in einer digitalen, hybriden Variante und andererseits in einer analogen Präsenzvariante. Beide Versionen des Escape Rooms bearbeiten medienpädagogische Themen wie z. B. Hate Speech, Fake News und Big Data. Vertieft werden die im Spiel aufgegriffenen Themen durch flankierende Workshopmodule, die Teil des jeweiligen Projekttags sind. Zudem wurde bis zum Schuljahresende 2022/2023 das (sechstägige) „Demo-

kratietraining“ angeboten, das inhaltlich und methodisch ein großes Themenspektrum der Demokratiebildung abdecken konnte.

Neben den Formaten der Jugendbildung wurde im Projekt auch ein breites Fortbildungsangebot für Fachkräfte umgesetzt, in dem Themen wie politische Medienbildung, Selbstwirksamkeit und der Umgang mit Diskriminierungen bearbeitet, aber auch Methoden der Demokratiebildung für die praxisorientierte Umsetzung vermittelt wurden.

Ein besonderes Highlight stellte der Fachtag „Demokratiebildung“ dar, den „Läuft bei Dir!“ gemeinsam mit dem ebenfalls von der LpB umgesetzten Projekt der Baden-Württemberg Stiftung „Safe!“ im März 2023 in

Stuttgart durchgeführt hat. Neben Vorträgen von Prof. Dr. Katrin Schlör und Prof. Dr. Alexander Wohnig, die in ihren Vorträgen Themen der Demokratiebildung und Medienbildung beleuchteten und diese in einer anschließenden Diskussionsrunde vertieften, wurden viele weitere Workshops angeboten. Dort konnten sich die 140 Teilnehmenden intensiver mit den Themen auseinandersetzen und erhielten darüber hinaus einen Einblick in die unterschiedlichen Angebote der beiden Projekte. Daneben bot ein „Markt der Möglichkeiten“ mit zahlreichen Akteur:innen der Demokratiebildung Gelegenheit, inhaltliche Impulse für die eigene Arbeit mitzunehmen und das persönliche Netzwerk auszubauen.

Beim Fachtag konnte auch eine neue Publikation vorgestellt werden: „Leicht gemacht – 10 niedrighschwellige Methoden zur Demokratiebildung“. Die Publikation bietet Lehr-



und Fachkräften Unterstützung und Ideen für die Umsetzung von Methoden der Demokratiebildung im eigenen Arbeitsalltag. Neben dieser Publikation gibt es das Lerntagebuch „Du bist dran“, das sich weiterhin hoher Nachfrage erfreut. „Du bist

dran“ richtet sich an Jugendliche am Übergang zwischen Schule und Beruf. Die Publikation lädt zielgruppengerecht und lebensweltnah zum kreativen Mitmachen ein.

Eine erfreuliche Nachricht erreichte die LpB zum Ende des Jahres: Im Dezember 2023 beschloss der Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung, das Projekt „Läuft bei Dir!“ um weitere drei Jahre bis Ende 2026 zu verlängern. Dank dieser Entscheidung kann die erfolgreiche Arbeit des Projekts nun im Sinne dieser wichtigen Zielgruppe fortgesetzt werden und Angebote der politischen Bildung am Übergang zwischen Schule und Beruf können weiterentwickelt und neu konzipiert werden.



Teilnehmende des Fachtags „Demokratiebildung“ testen den Escape Room „Hacker Attack“.

Foto: Roberto Bulgrin

# 70 Jahre Landesverfassung Über die Grundlagen unserer Demokratie

**Am 19. November 1953 trat die Verfassung des Landes Baden-Württemberg in Kraft. Sich mit ihr zu befassen heißt an die Grundlagen unserer Demokratie zu erinnern – mit lebendigen Bezügen der historisch-politischen Demokratiebildung. Dies zeigte eine Ausstellung der Landeszentrale für politische Bildung.**

Die Verfassung Baden-Württembergs trat erst mehr als vier Jahre nach dem Grundgesetz in Kraft. Deshalb verzichtet sie auf einen eigenen Grundrechtsteil und verweist auf das Grundgesetz. Kernelemente der Landesverfassung sind die Artikel zu „Erziehung und Unterricht“. Hier wird das Recht eines jeden jun-

gen Menschen auf eine „seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung“ (Art. 11) verbrieft, „ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage“. In Art. 12 heißt es zudem: „Die Jugend ist in Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen.“ Zusammen mit Art. 21 („In allen Schulen ist Gemeinschaftskunde ordentliches Lehrfach.“) sind hier Daueraufgaben der schulischen und außerschulischen politischen Bildung verbrieft.

## Vorbilder für das Grundgesetz

Zwischen 1945 und 1952 bestanden im Südwesten die drei Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, die sich bereits 1946/47 Verfassungen gaben. Sie verankerten darin die Menschen- und Grundrechte und hatten damit Vorbildfunktion für das Grundgesetz. In allen drei Verfassungen wurden auch soziale Grundrechte sowie Leitlinien für eine Sozial- und Wirtschaftsordnung formuliert, worauf der Parlamentarische Rat in Bonn 1948/49 verzichtete. Die Verfassung für Württemberg-Baden vom 28. November 1946 war gar die erste Verfassung eines westdeutschen Landes nach 1945. Die hier formulierten Grundrechte sowie Regelungen wie z.B. das konstruktive Misstrauensvotum wurden zur Vorlage für andere Landesverfassungen und für das Grundgesetz.

## Verfassungsänderungen

Verfassungen sind auf Dauer angelegt, aber sie müssen auch für Veränderungen offen sein. Seit 1953 wurde die Landesverfassung 25 Mal geändert, z.B. beim Wahlalter (2022 auf 16 Jahre), bei der Stärkung der Bürgerbeteiligung (zuletzt 2015), beim Verbot der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen (1995) oder beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen „in Verantwortung für die künftigen Generationen“ (1995). Damit sind nur wenige der zahlreichen Anknüpfungspunkte politischer Bildung mit höchst aktuellem Bezug genannt.



Gespräch über die Aktualität der Landesverfassung (v. l. n. r.): Moderatorin Gigi Deppe (SWR), Prof. Dr. Daniela Winkler (Universität Stuttgart), Berat Gürbüz (Vorsitzender des Landesschülerbeirats) und Prof. Dr. Heike Springhart (Landesbischofin der Evangelischen Landeskirche in Baden).

Foto: Landtag Baden-Württemberg



Blick in die Verfassunggebende Landesversammlung von Baden-Württemberg.  
Foto: LMZ Baden-Württemberg

## Angebote der LpB

Höhepunkte der Verfassungsfeierlichkeiten war der Festakt des Landtags am 28. November 2023 mit einem Vortrag von Prof. Dr. Philipp Gassert (Universität Mannheim) und einem Gespräch über aktuelle Bezüge zur Landesverfassung. Die LpB hat dazu eine Ausstellung erarbeitet, die auch im Haus auf der Alb gezeigt wurde und die auch als Flyer erschienen ist.



Hier geht's  
zum Flyer.

Darüber hinaus ist die Landesverfassung als Mini-Ausgabe erschienen. In einem weiteren Projekt zusammen mit dem Landtag und der Landes-Behindertenbeauftragten Simone Fischer wurde eine Erklärung der Landesverfassung in Leichter Sprache erarbeitet.



Hier geht's  
zur  
Erklärung.

## Demokratie erinnern

### Historisch politische Identitätsbildung im deutschen Südwesten

Das neue Buch der LpB zeigt, dass auf dem Weg zum liberalen und demokratischen Verfassungsstaat an die Freiheits- und Demokratiebewegungen des 19. Jahrhunderts angeknüpft werden konnte. Deutlich wird: Die Demokratie wurde den Deutschen nicht in die Wiege gelegt. Sie musste in einem langwierigen Prozess erstritten und erkämpft werden. Die Erinnerung an diese Entwicklung, an die Demokratie und ihre Errungenschaften haben ihre eigene Geschichte. Sie darzustellen heißt auch, die hart umkämpfte, aber letztlich erfolgreiche Etablierung einer demokratischen Verfassungsordnung zu würdigen. Darüber hinaus erwächst aus den widerstreitenden Entwicklungen ein Lernpotenzial, das zeigt, wie verletzlich Demokratie ist.



# 4

## **Themenfelder der politischen Bildung Angebote zu den Fragen unserer Zeit**

Ukraine, Nahost, Jemen oder Südsudan – zahlreiche Kriege und Konflikte erschüttern die Welt und haben Auswirkungen auf unser Zusammenleben in Deutschland. Auf diese Herausforderungen stellt sich die LpB mit ihrem Angebot ein.

# Politische Bildung in Kriegszeiten

## Die Eskalation des Nahostkonflikts

**Die eskalierende Gewalt im Nahen Osten treibt auch die deutsche Gesellschaft um. Die Auseinandersetzung mit den menschenverachtenden Terrorangriffen der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung und der daraus resultierende Krieg stellt die politische Bildung vor Herausforderungen. Gefragt sind Information, Einordnung, Raum für Betroffenheit und Gespräch. Gefordert ist zudem Klarheit im Eintreten gegen Antisemitismus.**

Der Oktober 2023 ist für die Landeszentrale für politische Bildung kein Monat wie jeder andere. Die Zahl der Zugriffe auf die Internetseiten der LpB schnellte nach den Angriffen der Hamas am 7. Oktober nach oben. Das Hauptportal [www.lpb-bw.de](http://www.lpb-bw.de) erreicht mit 1,6 Millionen Besuchen bei 3,9 Millionen Seitenaufrufen die bisher höchsten Messwerte in einem Monat. Mit insgesamt 2,4 Millionen Zugriffen werden die Dossiers zum Nahostkonflikt, zur Geschichte Israels und zur Geschichte Palästinas besonders stark nachgefragt. In Reaktion auf den 7. Oktober bündelt die LpB zudem weitere Angebote zum Themenspektrum auf der Startseite im Internet.

Nicht nur der Informationsbedarf, auch die emotionale Betroffenheit ist groß. Dazu trägt die Flut an verstörenden Bildern aus dem Nahen Osten bei. In den Sozialen Medien bricht sie über Kinder und Jugendliche herein. Fragen, Unsicherheiten und Ängste kommen auf, auch in vielen Klassenzimmern. Die Auseinandersetzung mit dem Krieg im Gazastreifen stellt Lehrerinnen und Lehrer vor große Herausforderungen. Viele suchen Unterstützung. Die Nachfrage nach politischen sowie historisch-politischen Angeboten, aber auch nach präventiven

Angeboten gegen Antisemitismus und Verschwörungstheorien ist auch bei der LpB seit dem 7. Oktober deutlich zu spüren.

Viele Anfragen gehen insbesondere bei der Servicestelle Friedensbildung ein. Die zentrale Beratungsstelle, deren Ziel die fächerübergreifende Stärkung von Friedensbildung an den Schulen im Land ist, hat zahlreiche Konfliktanalysen aus friedenspädagogischer Sicht mit Materialien zum Download erarbeitet, darunter eine Konfliktanalyse zum Nahen Osten. Auch die Außenstellen und die Abteilung „Medien“ reagieren auf die Nachfrage. Die Außenstelle Freiburg arbeitet an der Aktualisierung ihres Planspiels „Israel und Palästina. Ein nicht zu lösender Konflikt?“ für weiterführende Schulen.

---

**„Nicht nur der Informationsbedarf, auch die emotionale Betroffenheit ist groß. Dazu trägt die Flut an verstörenden Bildern aus dem Nahen Osten bei. In den sozialen Medien bricht sie über Kinder und Jugendliche herein.“**

---

Und auch dieser schockierenden Entwicklung muss sich politische Bildung stellen: Seit dem 7. Oktober hat sich die Zahl antisemitischer Vorfälle in Deutschland vervielfacht, auch in Baden-Württemberg. Ressentiments, Hass und Hetze, gelebte Gewalt – Antisemitismus zeigt sich unverbrämt. Der Fachbereich „Team meX“ ist mit seinen Angeboten gefordert – mit seinen rasch ausgebuchten Projekttagen zur Prävention von Antisemitismus und zur Wirkungsweise von Verschwö-

rungstheorien, aber auch mit Fachvorträgen und Fortbildungen zu unterschiedlichen Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Ergänzt wird das Angebot durch ein umfangreiches Internetdossier zu Antisemitismus. Zudem steht eine Handreichung zur Prävention von Antisemitismus für Lehrkräfte zum Download zur Verfügung.

Wie lässt sich Antisemitismus, aber auch Muslimfeindlichkeit in der Folge des eskalierenden Konflikts begegnen? Wie gelingt eine Gesellschaft der gelebten Diversität? Fragen wie diese sind für die Landeszentrale für politische Bildung in den Folgewochen des 7. Oktober zentrales Thema in vielen Gesprächskonstellationen: im Kuratorium, bei der Besprechung der Referentinnen und Referenten, im Austausch mit den Mitgliedern des Landesnetzwerks Politische Bildung Baden-Württemberg, mit den jüdischen Gemeinden und mit dem Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus Dr. Michael Blume.

Ein Ergebnis ist das erklärte Ziel, denjenigen den Rücken zu stärken, die in diesen schwierigen Zeiten aktiv in der Bildungsarbeit stehen. Für die Landeszentrale sind das vor allem freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wenige Wochen nach dem 7. Oktober entwickeln die Stabsstelle „Demokratie stärken“ und die Außenstelle Ludwigsburg gemeinsam eine Online-Fortbildung zum professionellen Umgang mit Antisemitismus. Eine wichtige pädagogische Kompetenz liegt darin, antisemitische Erklärungen für den Konflikt zu erkennen, zu benennen und dagegen handeln zu können. Die Nachfrage nach Austausch und Reflexion erweist sich als groß.

# Krieg und Frieden verstehen – sich für Frieden engagieren Servicestelle Friedensbildung

**Die Servicestelle Friedensbildung in Baden-Württemberg ist die zentrale Beratungs-, Vernetzungs- und Kontaktstelle für alle Schulen des Landes sowie alle staatlichen, halb- und nichtstaatlichen Akteur:innen aus dem Bereich der Friedensbildung. Ihr Auftrag ist es, Friedensbildung an den Schulen des Landes zu stärken. Dafür bietet sie unter anderem Schulworkshops, Seminare und Veranstaltungen in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften sowie analoge und digitale Lernmedien. Gemeinsame Träger sind die Landeszentrale für politische Bildung, die Berghof Foundation und das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport.**

Im Jahr 2023 haben sich in über 75 Workshops an Schulen in ganz Baden-Württemberg Schüler:innen mit verschiedenen Themen rund um Frieden und Konflikt auseinandergesetzt, unter anderem im Rahmen folgender neuer Formate:

QUARARO – entscheide mit! – ist ein Demokratielernspiel für Gruppen, mit dem sich demokratische Entscheidungsformen anhand von Praxisbeispielen spielerisch lernen und üben lassen. Die Servicestelle Friedensbildung hat dafür das Modul „Frieden und Konflikt“ in Zusammenarbeit mit RAA Berlin, Zweigstelle Heilbronn e.V., entwickelt.

Im Szenarioworkshop zur Zukunft der Ukraine erarbeiten Schüler:innen ausgehend von der Gegenwart verschiedene Zukunftsszenarien für das Jahr 2035 in Bezug auf den Verlauf des Krieges gegen die Ukraine. Entlang der Einflussfaktoren Friedenslogik vs. Sicherheitslogik sowie militärische vs. nichtmilitärische

Konfliktbearbeitung werden unterschiedliche Szenarien entworfen und kritisch diskutiert. Buchbar ist das Format über die Außenstellen der LpB in Freiburg, Heidelberg, Ludwigsburg und Tübingen.

In der Veranstaltungsreihe learn@lunch in Kooperation mit Engagement Global wurden in Online-Diskussionsrunden Menschen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft unterschiedlicher Länder digital zusammengeschaltet – niedrigschwellig zugänglich für alle Interessierten während der Mittagspausezeit. Themen waren der Versöhnungsprozess in Ruanda, der Friedensprozess in Kolumbien oder

die Militärregierung in Myanmar als einige von vielen sogenannten vergessenen Konflikten.

In zahlreichen Lehrkräftefortbildungen haben Lehrkräfte unterschiedlicher Fächer und Schulformen online und in Präsenz gelernt, diskutiert, sich eingebracht und vieles an ihre Schulen mitgenommen. Besonders hervorzuheben ist hier die dreitägige Lehrkräftefortbildung in Kooperation mit dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) auf der Comburg zum Thema „Menschliche Sicherheit“. Im Netzwerk „Forum Lehrkräfte für Friedensbildung“ kommen inzwischen fast 100 am Schulleben beteiligte

## Zeitenwende in der Friedens- und Sicherheitspolitik?

Deutschland & Europa 85/2023

Heft 85 der Zeitschrift „Deutschland & Europa“ analysiert die Frage „Zeitenwende in der Friedens- und Sicherheitspolitik?“.

Acht wissenschaftliche Beiträge konzentrieren sich auf kontrovers diskutierte Fragen hinsichtlich der zukünftigen Weltordnung angesichts der neuen Kriegsgefahr in Europa. Dabei werden wichtige Akteure wie die USA, China, Deutschland und Europa einbezogen. Das Heft bietet auch eine Perspektive des globalen Südens, die zeigt, dass Kriege weltweit verbreitet sind und der militärische Konflikt in der Ukraine eher Ausdruck von Kontinuität als von einer Wende ist. Julia Hagen von der Servicestelle Friedensbildung setzt in ihrem Beitrag „Friedensbildung in Zeiten von Krieg in Europa“ einen wichtigen Kontrapunkt: Sie stellt eine Vision für eine friedlichere Welt vor, die auf einem positiven Friedensbegriff basiert.

Weitere Ausgaben der Zeitschrift „Deutschland & Europa“ gibt es unter [www.deutschlandundeuropa.de](http://www.deutschlandundeuropa.de).





Das Martin-Gerbert-Gymnasium in Horb wird als Modellschule Friedensbildung zertifiziert.

Fachkräfte von Lehrkräften und Referendar:innen über Schulsozialarbeiter:innen bis hin zu Schulleitungen regelmäßig zusammen.

Mit der Walter-Groz-Schule in Albstadt, dem Martin-Gerbert-Gymnasium in Horb und dem Kepler-Gymnasium in Tübingen wurden im Jahr 2023 drei Modellschulen Friedensbildung zertifiziert – gemeinsam durch die Landeszentrale für politische Bildung, die Berghof Foundation und das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Neue Schulen können sich seitdem bewerben, um sich dauerhaft dem

Lernen über, durch und für Frieden zu widmen. Ein 14-seitiger Leitfaden informiert unter anderem über Grundlagen und Referenzdokumente der Friedensbildung und umfasst auch die „Roadmap“ von einer Bewerbung bis hin zur Zertifizierung als Modellschule.

Schließlich stand im Herbst 2023 ein Umzug an: Seither hat die Servicestelle Friedensbildung neben Bad Urach und Tübingen einen dritten Standort in den Räumlichkeiten der neu eröffneten Außenstelle der LpB in Ludwigsburg.

## Neue analoge und digitale Lernmedien

### FB-AKTUELL 01/2023 dem Thema „Frieden und Menschenrechte“

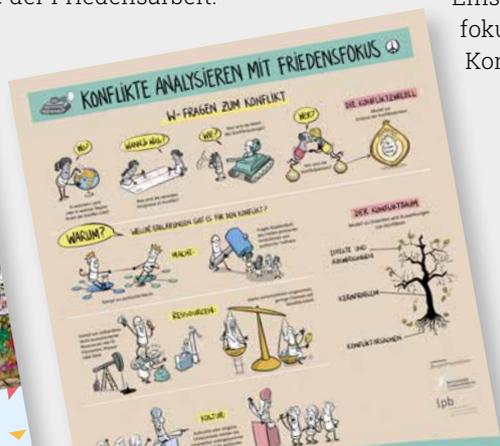
Angesichts der Repressionen im Iran und in Afghanistan, der Kriegsgräuere in der Ukraine und zunehmender Einschränkungen von Meinungs- und Pressefreiheit in Russland ist die Ausgabe FB-AKTUELL 01/2023 dem Thema „Frieden und Menschenrechte“ gewidmet. Schüler:innen lernen die Konzepte von Friedensmacher:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen kennen, sich mit Dilemmata der Vergangenheitsaufarbeitung zu befassen und die damit verbundenen Zielkonflikte kritisch zu erörtern.

### Peace Guide

Das 80-seitige Minibuch „Peace Guide“ bietet Inspiration für alle, die selbst für Frieden aktiv werden wollen. Es enthält eine bunte Mischung aus 26 Aktionsideen von A bis Z – von A wie „Aufmerksamkeit wecken“ über E wie „Empathie stärken“ bis Z wie „Zivilcourage zeigen“. Ergänzend eröffnen sechs Wissensseinheiten unter anderem zu Frieden, gewaltfreiem Protest oder Kinderrechten im Krieg spannende Einblicke in Modelle und Informationen über Begriffe der Friedensarbeit.

### Konfliktanalysen mit Friedensfokus

Die Konfliktanalysen mit Friedensfokus, ein Handwerkszeug an der Schnittstelle von (Friedens-)Wissenschaft, (Friedens-)Bildung und (Friedens-)Engagement, wurden unter anderem um Analysen zum Sudan, Iran und zum Nahostkonflikt sowie um ein umfangreiches Lernmedienpaket erweitert. Ziel ist es, komplexe Zusammenhänge sichtbar zu machen, unterschiedliche Erklärungsansätze aufzuzeigen sowie die Positionen, Interessen und Bedürfnisse unterschiedlicher Konfliktparteien zu vermitteln. Dies folgt dem Bestreben, Orientierung zu fördern, den Diskurs über Kriege und bewaffnete Konflikte zugänglich zu machen und Anknüpfungspunkte zu finden, um Friedensstrategien diskutieren und weiterentwickeln zu können. Zahlreiche Konfliktanalysen liegen für den Einsatz im Fremdsprachenunterricht in Übersetzungen vor, etwa in Englisch, Französisch oder Spanisch. Weitere Konfliktanalysen wurden in Einfacher oder Leichter Sprache verfügbar gemacht, um sie möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen und so die Teilhabe an Politik und Gesellschaft zu erleichtern. Das Lernposter „Konflikte analysieren mit Friedensfokus“ unterstützt dabei, das Analyseschema zu verstehen und eine eigene Konfliktanalyse mit Friedensfokus erstellen zu können. Zudem bieten online verfügbare Arbeitsanregungen in verschiedenen Schwierigkeitsstufen Impulse für den Einsatz der Konfliktanalysen mit Friedensfokus im Schulunterricht sowie in anderen Kontexten.



Hier geht's zu den Konfliktanalysen mit Friedensfokus.

## Von Atatürk zu Erdoğan 100 Jahre Republik Türkei und aktuelle Wahlen

**Im Jahr 2023 standen in der Türkei gleich zwei große Ereignisse an: Zum einen feierte das Land seinen 100. Geburtstag – am 29. Oktober 1923 war die türkische Republik gegründet worden. Zum anderen fanden am 14. Mai 2023 die türkischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Die Zusammenschau aus der Geschichte, Gegenwart und Zukunft eines dynamischen und vielfältigen Landes, das auf vielen Ebenen mit Deutschland und Baden-Württemberg verbunden ist, bot Anlass für verschiedene Angebote der LpB.**

Gerade die historische Beschäftigung mit der Türkei erlaubt ein Eintauchen in unterschiedliche Welten. Das Land hatte sich in den Nachwehen des Ersten Weltkriegs aus den Trümmern des Osmanischen Reiches rapide in einen eigenständigen Staat entwickelt. Es ist dem konsequent auf Modernisierung setzenden Kurs Mustafa Kemal Atatürks zu verdanken, dass die Türkei bis heute verschiedene Elemente von Laizismus, Nationalismus, Konservatismus und Autoritarismus in sich trägt. Gleichzeitig hat das Land aufgrund seiner geopolitischen Lage bis

in die Gegenwart hinein den Anspruch, sich als Regionalmacht auf der Weltbühne zu etablieren.

Der wechselvollen Entwicklung der Türkei und seiner derzeitigen Stellung im Nahen Osten und der Welt ging eine Veranstaltung zur türkischen Außenpolitik am 25. September 2023 nach. Bei dem von den Fachbereichen „Europa“ und „Bürger & Staat“ gemeinsam konzipierten Podiumsgespräch diskutierte die Politologin PD Dr. Gülistan Gürbey von der Freien Universität Berlin mit dem Türkeiexperten Dr. Yaşar Aydın von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Türkei im letzten Jahr wurden von der Hoffnung begleitet, dass das Wahlergebnis der zunehmenden Autokratisierung des Landes entgegenwirken könnte. Recep Tayyip Erdoğan, seit 2014 Präsident der Türkei, hatte durch ein Referendum 2017 eine Verfassungsänderung erwirkt, die eine Umstellung des parlamentarischen Systems in ein Präsidialsystem ermöglicht hatte. Seitdem wurden parlamentarischen Kontrollinstanzen, aber auch Ministerinnen und Ministern weitreichend politische Einflussmöglichkeiten entzogen und viele politische Entscheidungen in die Hand des Präsidenten gelegt. Erdoğans politischer Kurs wurde nicht zuletzt auch durch einen Stimmungswandel ermöglicht, der auf den Putschversuch 2016 und die anschließende Zurückdrängung und Verfolgung zivilgesellschaftlicher Akteure folgte. Nach dem verheerenden Erdbeben im Südosten der Türkei im Februar 2023 mehrten sich jedoch Stimmen, die unter dem



Eindruck einer verpatzten (Bau-) Politik und schleppenden Katastrophenhilfe einen Politik- und Führungswechsel prognostizierten.

Doch es kam anders: Bei den Parlamentswahlen am 14. Mai erhielt die AKP von Erdoğan 35,6 Prozent der Sitze; bei der Präsidentschaftswahl gewann Recep Tayyip Erdoğan am Ende mit 52 Prozent der Stimmen. Immerhin werten es seine Kritiker als Etappensieg, dass Erdoğan gegen

seinen Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu in die Stichwahl musste.

In Deutschland genießt Erdoğan indes eine starke Unterstützung unter den Deutsch-Türkinnen und -Türken. Was treibt hierzulande die Menschen in die Arme von Erdoğan und was veranlasst die zum großen Teil hier geborenen und aufgewachsenen Menschen dazu, einem autokratischen Herrscher ihre Stimme zu geben? Unter anderem diese Frage

griff der Politologe Prof. Dr. Burak Çopur in seinem Vortrag „Erdoğan-Wähler in Deutschland: Die Wahl in der Türkei und ihre Bedeutung“ am 23. Oktober 2023 in der Ulmer Volkshochschule auf (siehe folgendes Interview). Wahlen in der Türkei und 100-jähriges Republikjubiläum – zu beiden Themenkomplexen bot die Landeszentrale darüber hinaus ein umfangreiches Online-Dossier an, das im Jahr 2023 über 50.000 Mal aufgerufen wurde.

## Die Türkei und Deutschland – eine spannungsreiche Beziehung

Prof. Dr. Burak Çopur über Wahlen in der Türkei und die türkeistämmige Wählerschaft in Deutschland



Professor Dr. Burak Çopur  
Foto: Privat

**Professor Dr. Burak Çopur ist Politikwissenschaftler, Türkeiforscher und Leiter des Zentrums für Radikalisierungsforschung und Prävention an der IU Internationalen Hochschule in Essen ([www.burak-copur.de](http://www.burak-copur.de)). Mit uns hat er über die Rolle der Türkei für Deutschland und Europa, die Faszination vieler Deutsch-Türken für Präsident Erdoğan und die Wichtigkeit von politischer Bildung in migrantischen Communities zur Extremismusprävention und Demokratievermittlung gesprochen.**

**Herr Prof. Dr. Çopur, warum ist die Türkei für Europa und Deutschland wichtig?**

**Burak Çopur |** Erstens leben in Deutschland circa drei Millionen türkeistämmige Menschen. Sie pflegen ihre Kontakte zur Türkei, reisen dorthin und bringen ihre Eindrücke mit nach Deutschland. Daher ist es für das friedliche Zusammenleben und das gesellschaftliche Klima insgesamt wichtig, dass Europa und Deutschland mit der Türkei kooperieren. Zweitens ist Deutschland der wichtigste Handelspartner der Türkei mit einem bilateralen Handelsvolumen von 55 Milliarden Euro im letzten Jahr und Investitionen in Milliardenhöhe. Beide Länder profitieren von diesen engen wirtschaftlichen Verflechtungen. Drittens sind Deutschland und die Türkei NATO-Partner. Es ist wichtig, die Türkei weiterhin in die westliche Sicherheitsarchitektur der NATO zu integrieren und nicht an Russland zu verlieren. Viertens beherbergt die Türkei fast vier Millionen Flüchtlinge im Land und ist Scharnier zwischen vielen Flüchtlingsrouten aus

dem Nahen und Mittleren Osten sowie Asien nach Europa. Zur Klärung der Flüchtlingsfrage braucht die Europäische Union die Türkei. Dies sind alles wichtige Gründe, die Türkei aus deutscher und europäischer Sicht im Blick zu behalten. Wie allerdings diese Zusammenarbeit in den unterschiedlichen politischen Feldern mit einem autokratischen Präsidenten in der Türkei gelingen soll, ist die entscheidende Frage.

**Im letzten Jahr fanden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei statt. Hat Sie das Wahlergebnis in der Türkei überrascht?**

**Burak Çopur |** Überrascht war ich davon, dass der Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu von der CHP trotz großer Hoffnungen in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 14. Mai 2023 nicht so gut abgeschnitten hat, wie sich das viele Demokrat:innen gewünscht hätten. Auch bei den parallel stattfindenden Parlamentswahlen lag die AKP von Recep Tayyip Erdoğan deutlich vor der Oppositionspartei CHP. Daher kam das Ergebnis der Stichwahl

bei der Präsidentschaftswahl am 28. Mai 2023 dann wenig überraschend, aber ich war enttäuscht, dass die Opposition wieder einmal, wie seit 20 Jahren, eine Wahl gegen Präsident Erdoğan verloren hat.

### **Warum haben so viele Deutschtürken Erdoğan gewählt? Wie passt das zu unserer westlich-liberalen Vorstellung von Demokratie?**

**Burak Çopur** | Es mag für uns Europäer:innen nicht nachvollziehbar sein, warum rund eine halbe Million Deutschtürken ein autokratisch-präsidentiales System unter Präsident Erdoğan unterstützen, jedoch gleichzeitig in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat wie Deutschland leben. Das hat zum einen mit einem entsprechenden Weltbild zu tun, das von Generation zu Generation weitergegeben wird: Viele Deutschtürken sind in einem islamisch-konservativen Umfeld aufgewachsen, ihre Eltern oder Großeltern kommen ursprünglich aus ländlichen bildungsfernen Regionen der Türkei. Das prägt diese Menschen. Außerdem darf man Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen nicht vergessen,

die viele türkeistämmige Menschen in Deutschland erleben. Präsident Erdoğan gelingt es, diesen Menschen Halt, Stabilität, Wärme und ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit in der Fremde zu geben. Das ist das, was deutsche Politiker:innen nicht schaffen. Sie gewinnen nicht die Herzen vieler Deutschtürken und treiben damit viele in die Arme von Erdoğan.

### **Warum ist es wichtig, die Türkei und die damit verbundenen Themen als Gegenstand der politischen Bildung in Deutschland zu berücksichtigen?**

**Burak Çopur** | Fragen von Antisemitismus unter Türkeistämmigen – auch vor dem Hintergrund des Nahostkonflikts – die Leugnung des Armenier-Völkermordes oder die Kurdenfeindlichkeit spielen in der türkeistämmigen Community eine Rolle. Diese Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellt im Zusammenleben in Deutschland eine Gefahr dar und ist eine Hürde, sich erfolgreich zu integrieren. Der türkische Nationalismus verbreitet sich zunehmend auch unter jungen Menschen und ist ein integrations-

hemmender Faktor, weil er einer Identifikation mit Deutschland, seinen Werten und dem politischen System im Wege steht. Deshalb ist es umso wichtiger, dass politische Bildung sich diesen Herausforderungen in den migrantischen Communities mit sinnvollen Projekten und Maßnahmen annimmt. Ich sehe das als einen wichtigen Beitrag zur Extremismusprävention und Demokratievermittlung.

**„Der türkische Nationalismus verbreitet sich zunehmend auch unter jungen Menschen und ist ein integrationshemmender Faktor. Deshalb ist politische Bildung als Beitrag zur Extremismusprävention und Demokratievermittlung umso wichtiger.“**

## **100 Jahre Türkei. Die Republik zwischen Tradition und Erneuerung**

### **Bürger & Staat 1-2/2023**

Mit einer Doppelausgabe widmet sich die Zeitschrift „Bürger & Staat“ dem historischen Jubiläum der türkischen Republik und den Wahlen in der Türkei. Verschiedene Beiträge und Interviews gehen sowohl der historischen Entwicklung des Staates – mit besonderem Augenmerk auf Politik, Außenpolitik und Wirtschaft – als auch aktuellen Fragen zu Minderheiten- und Nationsverständnis, politischen Bewegungen, Geschlechterbeziehungen sowie Kultur und Jugend nach. Auch die deutsch-türkischen Beziehungen und das Wechselverhältnis beider Länder werden in den Blick genommen. Ein besonderes Highlight des Heftes ist das Interview mit dem türkischen Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk, dessen neuestes Werk „Die Nächte der Pest“ ein Gespräch zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Türkei ermöglichte.

Weitere Ausgaben der Zeitschrift „Bürger & Staat“ gibt es unter [www.buergerundstaat.de](http://www.buergerundstaat.de).





## Engagement in der Extremismusprävention Stabsstelle „Demokratie stärken!“

**Ist jede Form politischer Bildung automatisch auch Extremismusprävention, oder bezeichnen diese Begriffe grundsätzlich sehr verschiedene Handlungsfelder? Zielt Prävention auf die Verhinderung unerwünschter Ereignisse, und will Bildung helfen, die Subjekte aus ihren Zwängen zu befreien? Wie auch immer man diese fachdidaktischen und fachpolitischen Fragen der Zunft der politischen Bildung für sich beantwortet: Die LpB engagiert sich seit Jahren in beiden Feldern.**

Extremismusprävention, die über Ziele und Strategien verfassungsfeindlicher Akteure aufklärt, die es der demokratischen Mitte der Gesellschaft ermöglicht, sich zu engagieren und zu praktischer Solidarität mit Minderheiten ermutigt, ist notwendig, wie nur zwei Schlaglichter zeigen:

■ Rechtsextreme Einstellungen gewinnen in der Bevölkerung an Zustimmung. Die aktuelle Mitte-Studie, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, zeigt, dass sich Rechtsextremismus besonders unter jungen Erwachsenen normalisiert. Auch die Zustimmungen zu Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind in allen gesellschaftlichen Teilen der Gesellschaft mess- und spürbar.

■ Antisemitismus ist ein massives Problem in Deutschland: Der menschenverachtende Überfall der Ha-

mas auf Israel am 7. Oktober 2023 und die Folgen führen auch in Baden-Württemberg zu einer extremen Verunsicherung bei Jüdinnen und Juden bis ins Alltagsleben hinein. Zudem erreichen die Zahlen der antisemitischen, politisch motivierten Straftaten einen neuen besorgniserregenden Höchststand.

Die Stabsstelle „Demokratie stärken!“ der LpB bietet Formate zur Extremismusprävention an. Der Fachbereich „Team meX (Mit Zivilcourage gegen Extremismus)“ startete mit politischem Rückenwind ins Jahr: Der Landtag von Baden-Württemberg hatte eine zusätzliche Stelle und weitere Sachmittel beschlossen. So kann das Team meX die Extremismusprävention in der Fläche des Landes absichern. Das Planspiel „Soundcheck“ zur Prävention von Rechtsextremismus sowie der Projekttag „Nie wieder!“ zur Prävention von Antisemitismus stehen

Schulen in Baden-Württemberg als „Grundversorgung“ der Extremismusprävention aktualisiert und kostenfrei zur Verfügung.

Die Nachfrage nach Unterstützung ist enorm. In Beratungsgesprächen und während der Veranstaltungen selbst zeigt sich: Die Verunsicherung von Lehrkräften sowie Kindern und Jugendlichen ist vor dem Hintergrund medial unmittelbar vermittelter globaler und nationaler krisenhafter Ereignisse groß. Groß ist allerdings auch die Bereitschaft, sich für den demokratischen Staat und für ein solidarisches Miteinander einzusetzen.

Die Stabsstelle „Demokratie stärken!“ ist in der LpB gut vernetzt und beteiligt sich an diversen Angeboten der LpB zur Extremismusprävention, wie einige Schlaglichter in diesem Geschäftsbericht zeigen. Die Stabsstelle ist auch mit externen Partnereinrichtungen in Kontakt und führte in 2023 eine Reihe von Veranstaltungen zu unterschiedlichen Fragestellungen der Extremismusprävention durch:

Mit der Fachstelle Extremismusdistanzierung, dem Landeskriminalamt



Die ehemalige Leistungsturnerin Kim Bui sprach beim Fachtag „Sport meets politische Bildung“ am 28. Oktober 2023 ein Grußwort.  
Foto: Württembergischer Landessportbund

und der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart veranstaltete die Stabsstelle im Juli 2023 eine Fachtagung zu Antisemitismus in Weingarten in Oberschwaben. Marina Chernivski, Leiterin des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment, und Dr. Michael Blume, Beauftragter der Landesregierung gegen Antisemitismus, teilten dabei ihre Erkenntnisse.

Antisemitismus im Schulkontext begegnen zu können – darauf zielte eine Veranstaltung im „Hotel Silber“ in Stuttgart im November ab, die gemeinsam mit dem Haus der Geschichte und der Landeshauptstadt durchgeführt wurde. Die Fachveranstaltung „Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland“ mit dem Politik- und Sozialwissenschaftler Kemal Bozay bildete den Auftakt von „Hadi, wir müssen reden!“. Hauptverantwortlich für dieses Projekt über Ultrationalismus in der Einwanderungsgesellschaft ist der LAKA, Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen in Baden-Württemberg.

Gemeinsam mit dem „Forum Männer und Väter in Baden-Württemberg“ veranstaltete die Stabsstelle im Oktober ein Fachgespräch zu „Rechter Männlichkeit“. Die Journalistin Susanne Kaiser sprach über Allianzen von extremen Rechten, religiösen Hardlinern und Maskulinisten. Diese Netzwerke verbreiten

ein reaktionäres Bild von Männern und Frauen, Frauenhass und Antisemitismus über die sozialen Medien und versuchen so, an den gesellschaftlichen Mainstream Anschluss zu finden. Männerforscher Markus Theunert sprach über männlichkeitsbezogene Radikalisierung und Erziehungswissenschaftler Fabian Lamp ergänzte diese

Überlegungen um Handlungsstrategien für Pädagogik und soziale Arbeit.

„Sport meets politische Bildung“, so lautete der Titel eines Fachtags in Kooperation mit dem Württembergischen Landessportbund (WLSB). Der Fachtag brachte etwa einhundert Ehrenamtliche aus Sportverbänden und Aktive der politischen Bildung im SpOrt in Stuttgart-Bad Cannstatt zusammen und bildete einen der vorläufigen Höhepunkte in der Kooperation der LpB mit dem WLSB.

Klein, aber fein und ein „Export-schlager“: Der E-Learning Kurs „Gemeinsam gegen Extremismus“ fand 2023 erneut statt und die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung führte diesen Kurs ebenfalls durch. Die Teilnehmenden lernen dabei verschiedene extremistische Phänomenbereiche sowie Radikalisierungsmodelle kennen und erproben konkrete Handlungsstrategien gegen Extremismus für den eigenen Alltag.

## Radikale Milieus – Dimensionen politischer Gewalt im 21. Jahrhundert

Bürger & Staat 3/2023



Forschung und Präventionsarbeit im Feld Extremismus beobachtet in den letzten Jahren eine Veränderung: Immer wieder finden über gemeinsame Themen, Proteste und Räume radikale und extremistische Gruppen und Akteure zusammen, die politisch und gesellschaftlich durchaus unterschiedlich zu verorten sind. Gerade Demokratie- und Verfassungsfeindlichkeit, Misstrauen in politische Strukturen sowie Verschwörungstheorien führen zu neuerlichen Allianzen zwischen links- und rechtsextremen Gruppen und solchen, die sich in die klassischen Schemata nicht einordnen lassen. Anhand verschiedener Phänomene und Felder von Extremismus bis Terrorismus untersuchen die Beiträge in dieser Ausgabe der Zeitschrift „Bürger & Staat“ diese neuen Erscheinungsformen von Radikalisierung und politischer Gewalt.

Weitere Ausgaben der Zeitschrift „Bürger & Staat“ gibt es unter [www.buergerundstaat.de](http://www.buergerundstaat.de)



## Konflikte in der Vielvölkerregion Das Online-Portal der LpB zu Osteuropa

**Das seit über zehn Jahren existierende „Informationsportal östliches Europa“ ist das derzeit am meisten besuchte Themenportal der LpB. Die informative Aufbereitung der aktuellen Entwicklungen in der Region beschert dem Portal kontinuierliche Zuwächse. Im Jahr 2023 verzeichnete es 1,7 Millionen Besuche bei 3,7 Millionen Seitenzugriffen. Damit liegt es gleich hinter dem LpB-Hauptportal, das im selben Jahr 6,9 Millionen Besuche verzeichnen konnte. Mittlerweile haben sich die Besuchszahlen bei rund 150.000 pro Monat eingependelt. Zum Vergleich: Noch im Jahr 2020 lag dieser Wert bei rund 1.000 bis 2.000 Besuchen pro Monat – ein enormer Zuwachs also in nur drei Jahren. Dies zeigt: Es lohnt sich, in der politischen Bildung neben der Bereitstellung von Grundwissen auch auf Aktualität zu setzen.**

Das Interesse im Internet ist groß, sich insbesondere über die Region Osteuropa und die dort bestehenden Herausforderungen und Konfliktpotenziale zu informieren. Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen politischen Systeme brachen im östlichen Europa zahlreiche Separationskonflikte aus. Manche Ablösungen erfolgten friedlich, andere wurden in Kriegen ausgetragen. Separationsbestrebungen nationaler Minderheiten haben in einigen Ländern Osteuropas zwar nicht zur Auflösung des Staates, aber doch zur politischen Destabilisierung geführt. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks wurden die Grenzverläufe nicht revidiert. Ungelöste Probleme ethnischer Minderheiten sind daher nach wie vor vorhanden und provo-

zieren immer neue Konflikte. Die von Krisen und der wirtschaftlich prekären Lage angeheizten ethnischen Spannungen eskalierten in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder in gewaltvollen Auseinandersetzungen. Einige schwelen bis heute als „verschleppte Konflikte“ und brechen wieder auf, teils in ungeahntem Ausmaß, wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt.

Das Osteuropa-Portal der LpB hatte es sich zu Anfang seines Bestehens zur Aufgabe gemacht, landeskundliche Informationen zu rund zwanzig Ländern der Regionen Baltikum, Ostmitteleuropa, Südosteuropa sowie den Staaten der Östlichen Partnerschaft bereitzustellen. Verstärkt

trägt das Portal seit einigen Jahren den aktuellen Entwicklungen in Osteuropa Rechnung, indem es vermehrt aktuelle Konflikte und Herausforderungen in den Blick nimmt. So informiert es etwa ausführlich und teils tagesaktuell über den Verlauf des Krieges in der Ukraine, aber auch über damit einhergehende Konfliktherde beispielsweise in Moldawien. Auch aktuell wieder aufflammende Auseinandersetzungen auf dem westlichen Balkan, etwa zwischen dem Kosovo und Serbien, oder der Konflikt um Bergkarabach in der Kaukasusregion werden in Dossiers intensiv thematisiert.

Die massive Schwächung rechtsstaatlicher Prinzipien insbesondere in Polen und Ungarn gaben und geben Anlass zur Sorge und werden auf dem Portal ebenso verfolgt wie die EU-Beitrittsbemühungen der Ukraine, Moldaus und Georgiens, die sich eine möglichst rasche Integration in die Europäische Union wünschen. Die Beispiele zeigen: Auch in Zukunft wird es für die politische Bildung wichtig sein, sich intensiv mit dem östlichen Europa zu beschäftigen.

# 5

## Handlungsfelder der politischen Bildung

Schülerinnen und Schüler, Jugendliche, Frauen, Ehrenamtliche an den Gedenkstätten und ganz allgemein politisch Interessierte – die LpB möchte die Menschen im Land erreichen. Sie macht Angebote für viele Zielgruppen.

## Politik verständlich erklärt Die LpB-Außenstellen veranstalten Politische Tage an den Schulen

**Politische Tage sind Veranstaltungen an Grundschulen, weiterführenden Schulen sowie Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, die sich durch eine Vielfalt an Methoden auszeichnen und dauerhaft wie aktuelle politische und gesellschaftliche Themen aufgreifen. Lehrkräfte haben die Möglichkeit, als Ergänzung zum Unterricht ein junges LpB-Team anzufragen, das ausgewählte Themen mit Schüler:innen altersgemäß bearbeitet.**

Die Bearbeitung erfolgt beispielsweise über Planspiele, Aktionstage, Workshops, Lernspiele oder Tablet-Rallyes. Die LpB möchte Schüler:innen zur Auseinandersetzung mit politischen Fragen anregen und ihnen altersgemäße Impulse für gesellschaftliches und politisches Engagement geben. Politische Tage ermöglichen kontroverse Diskussionen in einem geschützten Rahmen und machen so Demokratie für die Schüler:innen erlebbar. Außerdem sollen methodische Kompetenzen vermittelt werden.

Im Jahr 2023 führten die vier Außenstellen in Freiburg, Heidelberg, Ludwigsburg und Tübingen über 1.000 schulische Veranstaltungen in allen Teilen des Landes durch. Die bereits während der Corona-Pandemie angestoßene Digitalisierung kommt dabei mittlerweile vielen Formaten zugute. So gehört eine hybride Durchführung mit aufbereiteten Lernspielen und Lektionen auf dem Tablet bei einigen Aktionen mittlerweile zum Standard. Das spart Papier und erleichtert das Planen von Parallelveranstaltungen. Dennoch werden die sorgfältig aus-

gearbeiteten Materialien bei Bedarf auch analog zur Verfügung gestellt. Dabei werden neben politischen Kompetenzen auch multimediale Arbeitsweisen vermittelt. Konkret können sich Schüler:innen mit Hilfe einer interaktiven Karte beispielsweise mit dem Nahostkonflikt vertraut machen oder ihre eigene Rolle bei einem Planspiel besser verinnerlichen.

Ein besonderes Augenmerk bei ihrer Arbeit legen die vier Außenstellen auf Angebote zu aktuellen Ereignissen. Der Aktionstag „Proteste im Iran“ nahm beispielweise die aktuellen Entwicklungen des Aufstandes der iranischen und weiblichen Zivilbevölkerung gegen das Regime in den Blick. Ziel dieses Aktionstags war es, den Schüler:innen mit vielseitigen Methoden grundlegende Kenntnisse über die Proteste im Iran zu vermitteln. Insbesondere wurde dabei auf die Rolle von sozialen Medien in der iranischen Gesellschaft sowie im Widerstand gegen die Islamische Republik eingegangen. Die freie Mitarbeiterin Katja Lang aus Freiburg beschreibt den Aktionstag

wie folgt: „Der Workshop war für mich vor allem eins: authentisch. Gemeinsam mit einem Islamwissenschaftler konzipiert haben wir uns viele Bilder und Videos aus Social Media angeschaut, Stimmen aus dem Iran gehört und konnten so immer wieder die Verbindung zu den Menschen an einem (scheinbar) fernen Ort spüren. Die Offenheit, das Interesse und auch das Teilen von eigenen Erfahrungen seitens der Schüler:innen hat mir gezeigt, wie wichtig es ist, über unseren eigenen Tellerrand hinwegzublicken und die Lebenswelt der Schüler:innen mitzunehmen. So können soziale Netzwerke uns zeigen: Irgendwie sind wir alle miteinander verbunden.“

Doch nicht nur aktuelle Ereignisse spielten im Jahr 2023 eine Rolle. Im Format „Mittelpunkt ist überall“ setzten sich Teilnehmende beispielsweise damit auseinander, was Kolonialismus historisch war, und lernten heutige Folgen kennen. Sie erfuhren, warum manche Perspektiven auf die Welt einseitig geprägt sind. Sie lernten Zusammenhänge zwischen Kolonialismus und heuti-

**„Der Workshop war für mich vor allem eins: authentisch. Gemeinsam mit einem Islamwissenschaftler konzipiert haben wir uns viele Bilder und Videos aus Social Media angeschaut, Stimmen aus dem Iran gehört und konnten so immer wieder die Verbindung zu den Menschen an einem (scheinbar) fernen Ort spüren. Die Offenheit, das Interesse und auch das Teilen von eigenen Erfahrungen seitens der Schüler:innen hat mir gezeigt, wie wichtig es ist, über unseren eigenen Tellerrand hinwegzublicken und die Lebenswelt der Schüler:innen mitzunehmen. So können soziale Netzwerke uns zeigen: Irgendwie sind wir alle miteinander verbunden.“**

Katja Lang, freie Mitarbeiterin, über den Workshop „Proteste im Iran“

gem Rassismus kennen und reflektierten unterschiedliche Formen von Rassismus. Auch die Rallye zu Postkolonialismus bot einen spielerischen und erlebbaren Zugang zu (post-)kolonialen Orten und Themen.

Neben kürzeren Formaten direkt an der Schule bietet die Abteilung „Regionale Arbeit“ auch mehrtägige Veranstaltungen im LpB-eigenen Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ an. 2023 standen der bevorstehende 75. Geburtstag des Grundgesetzes oder die Flucht- und Asylpolitik der EU unter dem Stichwort „Festung Europa?“ im Fokus. Die Schulklassen hatten dabei die Möglichkeit, sich intensiv mit einem ausgewählten Thema auseinanderzusetzen. Nach einer inhaltlichen Einarbeitung tauchte die Klasse in ein interakti-



## Selbstwirksamkeit erleben

Franziska Deuschle über politische Bildungsangebote an Schulen



Franziska Deuschle  
Foto: Privat

**Franziska Deuschle studierte an der Universität Tübingen Lehramt für Gymnasien mit den Fächern Politikwissenschaft/Wirtschaftswissenschaft, Geschichte und Englisch. Während ihres Studiums arbeitete sie als Teamerin bei der Außenstelle Ludwigsburg und konzipierte das Planspiel „Fokus Bundestag“. Ihr Referendariat absolvierte sie am Carlo-Schmid-Gymnasium in Tübingen. Inzwischen arbeitet sie am Schönbuch-Gymnasium Holzgerlingen. Zudem war sie als Bearbeiterin für ein Gemeinschaftskundeschulbuch tätig.**

**Frau Deuschle, früher Teamerin, jetzt Lehrkraft: Wie haben Sie diesen Perspektivwechsel erlebt?**

**Franziska Deuschle** | Für mich war das nicht wirklich ein Perspektivwechsel. Ich mache immer noch Bildungsarbeit. Aber die Rolle ist natürlich eine andere und vor allem nehmen die Schüler:innen einen anders wahr. Auf Augenhöhe gemeinsam lernen war mit dem Peer-to-Peer-Ansatz der LpB leichter als jetzt als Lehrkraft, die ihre Schüler:innen auch bewertet.

**War Ihre frühere Tätigkeit als Teamerin hilfreich für Ihre jetzige Lehrtätigkeit?**

**Franziska Deuschle** | Sehr! Ich bin mit viel Erfahrung im Umgang mit Schüler:innen ins Referendariat gekommen, das hat mir den Start auf jeden Fall erleichtert. Während der Politischen Tage durfte ich das Interesse von Jugendlichen für Politik und ihre Kreativität und Handlungsbereitschaft erleben. Das hilft mir auch jetzt noch, aktivierenden und motivierenden Unterricht zu gestalten.

ves Planspiel ab und lernte verschiedene Perspektiven und Argumentationsweisen kennen.

Als ein Angebot an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren wird das „Inselspiel zur Demokratie“ umgesetzt. Darin geht es um das Zusammenleben in Staat und Gesellschaft. Die Teilnehmenden erfahren, wie das Zusammenleben auf einer einsamen Insel demokratisch gestaltet werden kann und wie Prozesse der Entscheidungsfindung ablaufen.

Soziale Netzwerke sind aus dem Alltag – gerade auch von Schüler:innen – nicht mehr wegzudenken. Damit sie sich selbstbestimmt in den sozialen Medien bewegen, bieten die Außenstellen zur Vermittlung von Medienkompetenz entsprechende

Politische Tage an. Bei den Workshops wird zum Beispiel das Thema „Fake News“ vorgestellt. Zudem werden Beweggründe hinter der Verbreitung falscher Informationen betrachtet. Darüber hinaus vermitteln die Aktionstage Möglichkeiten zum Nachprüfen von Informationen und zum Erkennen von Falschmeldungen. Anhand verschiedener Methoden müssen die Teilnehmenden dazu Fake News selbst erkennen und eigene Antworten auf Falschinformationen entwickeln. Auch der jährliche Schülermedientag zu „Qualitätsjournalismus gegen Fake News und Desinformation“ im Mai setzt einen entsprechenden Fokus und bringt Schüler:innen ins Gespräch mit Journalist:innen.

Wie in jedem Jahr wurden auch 2023 wieder zahlreiche Qualifizie-

rungen für die freien Mitarbeitenden der Außenstellen durchgeführt, ohne die Politische Tage nicht möglich wären: mehrtägig im Haus auf der Alb, bei Abendveranstaltungen oder online im Rahmen von Methoden-Stammtischen mit herausragenden Referent:innen.

Die Arbeit der Außenstellen unterstreicht die große Bedeutung der schulischen Angebote, mit der es gelingt, in der Fläche der vier Regierungsbezirke politische Bildung für junge Menschen verschiedenster Schularten anzubieten. Mehr als 1000 schulische Veranstaltungen der Abteilung „Regionale Arbeit“ belegen eindrücklich, wie engagiert die Mitarbeiter:innen politische Bildung gestalten.

### Warum sollten Lehrkräfte Politische Tage buchen?

**Franziska Deuschle** | Um Schüler:innen Lerngelegenheiten zu bieten, die ansonsten in der Schule in 45 Minuten Gemeinschaftskundeunterricht kaum möglich sind. Bei Politischen Tagen setzen sich die Jugendlichen einen ganzen Vormittag mit einem Thema auseinander und können etwa bei Planspielen sehr viel Selbstwirksamkeit erleben. Das tut ihnen gut und kann neues Interesse und Motivation wecken.

### Was ist das Besondere daran und wie gut lässt sich ein solches Angebot im hektischen Schulalltag nutzen?

**Franziska Deuschle** | Die Schüler:innen werden aus ihrem Schulalltag geholt und haben die Möglichkeit, andere Lernformate und deutlich jüngere Lernbegleiter:innen zu erleben. Dadurch werden ihnen andere Zugänge geboten und festgefahrene Dynamiken aufgebrochen.

Ich habe schon mehrfach beobachtet, dass Schüler:innen, die im Unterricht sehr zurückhaltend und still sind, beispielsweise in Planspielen aktiv dabei sind, verhandeln und ihre Rolle mit viel Leben füllen. Rein organisatorisch hält sich der Aufwand in Grenzen. Da die Teamenden den gesamten Tag gestalten und durchführen, muss man als Lehrkraft nach der Buchung letztlich nur den Raum organisieren und die Klasse beaufsichtigen.

### Und was bringt Schülerinnen und Schülern ein Politischer Tag?

**Franziska Deuschle** | Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung können die Schüler:innen bei einem Politischen Tag auch sehr viel über Prozesse in der Politik lernen, wenn sie z.B. ein Gesetz im Bundestag spielerisch verabschieden oder eine Verhandlung im Europäischen Rat simulieren. Die Schüler:innen verstehen dadurch besser, dass am Ende eines demokratischen Entscheidungsprozesses immer ein

Kompromiss steht und politische Verhandlungen sehr anstrengend sein können. Dadurch entsteht ein besseres Verständnis für politische Prozesse. Auf dem Weg dorthin wird natürlich die Handlungskompetenz der Schüler:innen gefördert. Außerdem bietet zum Beispiel das Format „Schule trifft Rathaus“ als außerschulischer Lernort den Schüler:innen die Gelegenheit, sich mit Politik vor Ort auseinanderzusetzen und mit kommunalen Entscheidungsträger:innen ins Gespräch zu kommen.

### Was fehlt der LpB noch im Angebot der Politischen Tage?

**Franziska Deuschle** | Spannend fände ich mehr Angebote, bei denen die Schüler:innen über die kommunale Ebene hinaus in direkten Kontakt mit Politikschaffenden kommen, beispielsweise im Landtag.

### Was würden Sie sich wünschen?

**Franziska Deuschle** | Mehr Zeit für Demokratiebildung.

# Stärkung von Ehrenamt und Vernetzung Gedenkstättenarbeit im Land

**Die Gedenkstättenlandschaft in Baden-Württemberg ist weithin von ehrenamtlichem Engagement geprägt. Hier bestehen aber auch Herausforderungen. Die Erhöhung der Fördermittel der Gedenkstättenförderung des Landes für das Jahr 2023 legte einen Schwerpunkt auf die Unterstützung und den Erhalt des Ehrenamts sowie auf den Ausbau von Netzwerkstrukturen.**



Die Teilnehmenden der Fortbildungsexkursion nach Polen beim Besuch des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau in Oświęcim.

## Ehrenamtliche Gedenkstättenarbeit

Die baden-württembergischen Gedenkstätten leisten mit ihrer Arbeit einen wesentlichen Beitrag für die historisch-politische Bildung im Land. Sie tragen zur Schaffung und Stärkung eines kritischen Geschichtsbewusstseins und zum Erhalt einer lebendigen Demokratie bei. Diese wichtige Arbeit erbringen sie in weiten Teilen ehrenamtlich. Viele Gedenkstätten befinden sich in der Trägerschaft von Vereinen, ihre Mitglieder haben die Orte aufgebaut und gestaltet, machen Führungen, Workshops und andere pädagogische Angebote und halten mit regionalgeschichtlicher Forschung

und Gedenkveranstaltungen die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus wach.

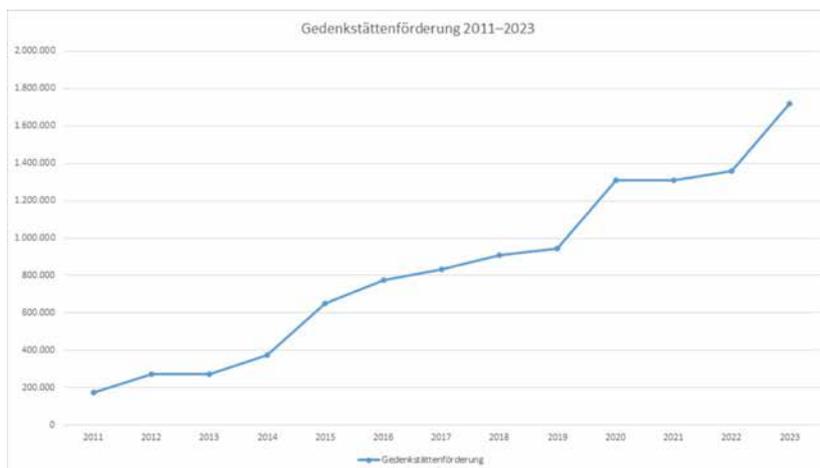
Zunehmend stehen die Gedenkstätten dabei allerdings vor der Herausforderung des Generationswechsels. Wie für andere Vereine auch ist es schwierig, Nachwuchs für die ehrenamtliche Arbeit zu finden und dauerhaft zu binden. Um junge Menschen an die Gedenkstättenarbeit heranzuführen, bieten die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg (LAGG) und die LpB seit 2018/19 eine Ausbildung zu Jugendguides an Gedenkstätten an. Dabei lernen die Teilnehmenden zwischen 16 und

27 Jahren Inhalte und Methoden der Geschichtsvermittlung kennen mit dem Ziel, eigene Bildungsformate an den Gedenkstätten durchführen zu können.

Zur Unterstützung und Entlastung der Ehrenamtlichen bietet die Gedenkstättenförderung des Landes außerdem seit 2016 für kleine und mittlere Gedenkstätten eine Personalförderung, die 2023 durch das Land deutlich aufgestockt wurde. So kann eine Gedenkstätte nun bis zu 12.000 Euro im Jahr für Personalkosten beantragen.

## Gedenkstättenverbünde

Zur gegenseitigen Unterstützung und Nutzung von Synergien haben sich seit 2010 mehrere Gedenkstättenverbünde im Land gegründet. Dem ersten Verbund, dem Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e. V. (GNA), folgte 2016 ein thematischer Zusammenschluss von Gedenkstätten an Standorten ehemaliger Außenlager des KZ Natzweiler im Elsass: der Verbund der Gedenkstätten im ehemaligen KZ-Komplex Natzweiler e. V. (VGKN). Regional entwickelten sich in den vergangenen Jahren außerdem das Denkstättenkuratorium NS-Dokumentation Oberschwaben und der Verbund Gedenkstätten Südlicher Oberrhein. 2023 hat sich der Gedenkstättenverbund im Neckar-Odenwald-Kreis e. V. gegründet. Diese Vernetzungsstrukturen werden ebenfalls mit Landesmitteln unterstützt. Seit dem Doppelhaushalt 2023/2024 werden alle bestehenden Gedenkstättenverbünde institutionell gefördert.



2023 erfuhren die Fördermittel der Gedenkstättenförderung des Landes einen weiteren Aufwuchs. Neben der Basisförderung wurden auch die institutionelle und die Projektförderung erhöht und drei weitere Verbünde in die institutionelle Förderung aufgenommen.

### 1933 – 2023

2023 jährte sich der Beginn der NS-Herrschaft zum 90. Mal. Viele Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen haben Veranstaltungen zu den Ereignissen des Jahres 1933 angeboten. Am 28. Februar, dem Datum, an dem 1933 die Reichstagsbrandverordnung erlassen wurde, fand die bundesweite Eröffnung der Ausstellung „Auftakt des Terrors – Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus“ mit Kulturstatsministerin Claudia Roth im Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (DZOK) in Ulm statt. Zeitgleich wurde die Ausstellung, die ein Gemeinschaftsprojekt der bundesweiten AG „Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager“ ist, auch in Karlsruhe durch das Team des Lernorts Kislau e. V. eröffnet.

Bei mehreren Veranstaltungen war die LpB Kooperationspartnerin, z. B. bei einer Stadtführung der Stadt Mössingen auf den Spuren des Mössinger Generalstreiks. Im Rahmen der LpB-Veranstaltungsreihe „Erinnerungskonflikte – Erinnerungskulturen“ wurde im Januar mit PD Dr. Martin Cüppers (Forschungsstelle Ludwigsburg) und Dr. Nicola Wenge (DZOK) über Gegenwart und Zukunft der Erinnerung an die NS-Verbrechen diskutiert. Im Oktober fand ein Besuch des DZOK statt, der zugleich Auftakt der neuen Reihe „Im

Gedenken unterwegs: Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus“ war. Diese Reihe bieten die LpB, das Evangelische Bildungszentrum Hospitalhof und die Referentin für die Themen Rassismus und Antisemitismus/Fach- und Beratungsstelle für Weltanschauungsfragen der Evangelischen Landeskirche in Württemberg gemeinsam an.

Auch die Gedenkstättenreise der Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL 2023 hatte den Mössinger Generalstreik zum Thema. So besuchte sie in Mössingen die Ausstellung „Vor 90 Jahren – Generalstreik in Mössingen“ und den Erinnerungskubus zum Mössinger Generalstreik im Rathaus. Weitere Stationen der Reise waren die Forschungs- und Archivstelle Artur und Felix Löwenstein des Löwenstein-Forschungsvereins e. V. in Mössingen, die ehemalige Synagoge und der jüdische Friedhof in Horb-Rexingen sowie die KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen mit dem Mahnmal am ehemaligen Flugplatz.

### Jugendarbeit und Schule

Die Ausbildung zu Jugendguides an Gedenkstätten von LAGG und LpB haben 2023 13 junge Menschen absolviert. Das Instagram-Projekt „Geschichte nebenan“, bei dem sich Schüler:innen auf fotografische

Spurensuche der NS-Zeit in ihrer Stadt begeben, fand zweimal mit dem Lernort Geschichte Stuttgart zu den Themen Zwangsarbeit und jüdisches Leben statt. Gemeinsam mit dem Kultusministerium hat die LpB außerdem die Ausstellung „Gegen das Vergessen“ mit Porträts von Holocaustüberlebenden des Mannheimer Fotografen Luigi Toscano als Schulhof-Ausstellung in zehn Schulen in Baden-Württemberg gezeigt. Bei den Lehrkräftefortbildungen standen diejenigen zur Handreichung „Das Konzentrationslager Natzweiler im Elsass“, die in Kooperation mit dem VGKN und dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) mehrmals im Jahr angeboten werden, im Fokus.

### Veranstaltungen, Fortbildungen und Exkursionen

Im ersten Quartal 2023 fand in Zusammenarbeit mit dem „Hotel Silber“, der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber und der Gedenkstätte Grafeneck eine Reihe zum Thema NS-„Euthanasie“-Verbrechen statt. Im November gab es im „Hotel Silber“ außerdem einen Abend zu Georg Elser in Kooperation mit der Georg-Elser-Gedenkstätte Königsbrunn. Vom 6. bis 8. Oktober wurde in Kooperation mit dem VGKN ein Seminar für Gedenkstättenmitarbeitende zum Thema „Gedenkstättenarbeit und Inklusion“ angeboten. Bei den Vorträgen, Gesprächsrunden und Workshops zu Diversität, Partizipation und Möglichkeiten inklusiver Gedenkstättenarbeit war vor allem der Austausch mit Vertreter:innen der Behindertenverbände und Inkluzer:innen zu diesen Fragen wichtig und wertvoll. Eine mehrtägige Fortbildungsexkursion nach Polen führte Mitarbeitende von Gedenkstätten im August 2023 ins Staatliche Museum Auschwitz-Birkenau in Oświęcim und nach Krakau, um sich mit der Geschichte des nationalsozialistischen Vernichtungslagers und des jüdischen Lebens in Krakau auseinanderzusetzen.

# Zwischen Bestandsaufnahme und Neustart Außerschulische Jugendbildung

**Neben den traditionellen Angeboten des Fachbereichs „Jugend und Politik“ wurde 2023 die Studie „Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung“ neu aufgelegt und eine neue Publikationsreihe gestartet: der „Beteiligungs-Dings Lightfaden“ für Fachkräfte der Jugendbeteiligung. Zu den Zielgruppen des Fachbereichs gehören regelmäßig auch chancenarme Jugendliche und Menschen in prekären Lebenslagen. Daher gab es eine Kooperation mit der Straßenuниверситät und ein Praktikumsangebot für Demokratiebegleiter:innen – beides Projekte der Neuen Arbeit.**

Nach mehreren Jahren intensiver Arbeit rund um das Thema „Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung“ war es an der Zeit, diese Erfahrungen gebündelt zur Verfügung zu stellen. Daher hat der Fachbe-

reich „Jugend und Politik“ Anfang 2023 eine neue Publikationsreihe gestartet: „Beteiligungs-Dings. Der Light-faden“. Der Light-faden fokussiert unterschiedlichste Aspekte und Herausforderungen der Kinder- und Jugendbeteiligung, gibt Empfehlungen und Tipps, verlinkt und verweist auf weiterführende Angebote. Kleinteilig und leicht verständlich aufbereitet erscheint der Light-faden zwei bis dreimal pro Jahr, wird als PDF verschickt und die bisherigen Ausgaben werden auf der Webseite der LpB hinterlegt.

## Die Lightfaden-Themen der Jahre 2023/2024:

- Kinder und Jugendliche entscheiden mit. Wie ist die Rechtslage?
- Jugend und Gemeinderat. Wir müssen reden!
- Absenkung des passiven Wahlalters. Chancen, Hürden, Zielkonflikte
- Absenkung des passiven Wahlalters. Obacht! Die Jungen kommen
- Wahlrecht für alle! Anspruch und Wirklichkeit

Das Thema Wahlen war bereits 2023 nachgefragt. Ob im Vorfeld von Bürgermeister:innenwahlen oder im Hinblick auf die Absenkung des passiven Wahlalters bei den Kommunal- und Europawahlen: Der Fachbereich „Jugend und Politik“ hat zum Beispiel Workshops für die Jugendfeuerwehr und Moderations-Coachings für Jugendliche angeboten. Damit konnten sich junge Menschen darauf vorbereiten, Podiumsdiskussionen unter anderem im Vorfeld von Wahlen selbst zu moderieren.

2023 stand überdies eine neuerliche Bestandsaufnahme auf dem Plan: die Neuauflage der Studie „Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg 2023“.

Nach 2018 hat die LpB zum zweiten Mal alle Kommunen befragt, ob und wie die neuen Vorschriften in der Gemeindeordnung (§ 41a GemO BW) umgesetzt werden. Diesmal ging es auch darum, die Veränderungen abzubilden, die drei Jahre Pandemie in diesem Arbeitsfeld mit sich gebracht haben: von verlängerten oder ausgesetzten Amtszeiten der Jugendgemeinderäte über den verstärkten Einsatz digitaler Methoden bis hin zu der Erkenntnis, dass Jugendliche immer schwerer zu erreichen sind. Die Studie liefert Daten zur Ressourcenausstattung dieses Arbeitsfelds (Stellenanteile, Budget, Förderprogramme), sie stellt Zusammenhänge her, inwiefern zum Beispiel die Kommunengröße oder die Personalausstattung Einfluss darauf haben, welche Formate genutzt werden und welche Bedeutung der Jugendbeteiligung in der Gemeinde zukommt.

Jeder Landkreis wird gesondert auf einer Doppelseite beschrieben; das erlaubt einen direkten Vergleich der 35 Landkreise und 9 Stadtkreise in Baden-Württemberg. Und der Ver-



gleich zeigt deutliche Unterschiede: An der Spitze liegen die Landkreise Böblingen und Tübingen mit einer bemerkenswert hohen Dichte an Jugendbeteiligungsangeboten. Die meisten Kinderbeteiligungsmöglichkeiten gibt es in den Landkreisen Heidenheim, Emmendingen, Esslingen und Waldshut.

Corona hat eine erwartbare Digitalisierung der Methoden in der Jugendbeteiligung mit sich gebracht. Viele Tools und Programme waren aber auf die Hochphase der Pandemie beschränkt. Das zeigt, dass die Jugendbeteiligung nach wie vor von der persönlichen Begegnung und Beziehungsarbeit in der analogen Welt lebt. Trotzdem gehören Besprechungen über Videokonferenzen und die Nutzung digitaler Umfragen mittlerweile zum Repertoire vieler Kommunen, wenn sie mit Jugendlichen ins Gespräch kommen.

Auch wenn die Bewertungsfragen in der Studie ein eher kritisches Bild zeichnen, belegen die Daten doch einen deutlichen Zuwachs und höheren Stellenwert der Kinder- und Jugendbeteiligung als noch vor fünf oder zehn Jahren.

Darüber hinaus fand 2023 erneut in Kooperation zwischen Landtag, Landesjugendring, Ring politischer Jugend und Landeszentrale der baden-württembergische Jugendlandtag statt. 190 Jugendliche haben an zwei Tagen in zehn Workshop 30 Forderungen erarbeitet und der Landtagspräsidentin in einem „Hausaufgabenheft“ übergeben.



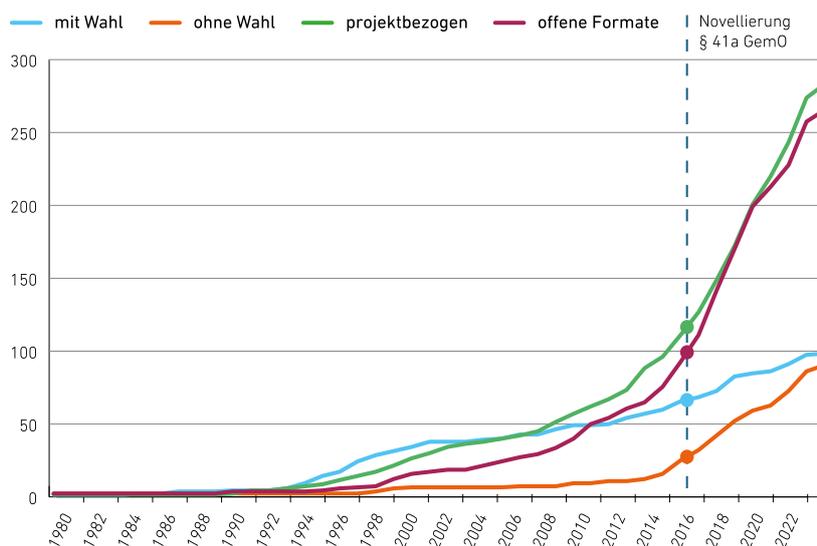
**Hausaufgabenheft  
Jugendlandtag  
BW 2023**

Zu den Themen des Jugendlandtags zählten Klima und Nachhaltigkeit, Mobilität, Digitalisierung, Bildung, politische Bildung und Demokratiebildung, Jugendbeteiligung und jun-



Im Februar 2024 präsentierte Angelika Barth zentrale Ergebnisse der Studie bei einer Hybridveranstaltung vor rund 120 (Online-)Teilnehmenden.

#### ZEITVERLAUF GRÜNDUNGSJAHRE DER JUGENDBETEILIGUNG IN DEN KOMMUNEN



Deutlicher Anstieg der Jugendbeteiligungsangebote. Projektbezogene Beteiligung liegt vorn.

ges Engagement, gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit, queeres Baden-Württemberg, (mentale) Gesundheit und als offener Bereich „Mein Thema für Baden-Württemberg“. Moderiert wurden die Workshops von den Jugendlichen selbst.

Im Rahmen der Straßenuniversität hat die LpB Bildungsangebote für Menschen in prekären Lebenslagen gemacht. Die Stadtteilrundgänge in

Stuttgart-Süd und -Mitte haben Orte und Möglichkeiten des niederschweligen Engagements sichtbar gemacht – vom Bürgerbeteiligungsprojekt „Schöttle-Areal“ über die Ehrenamtsbörse der Stadt bis zu den vielfältigen Beteiligungsformen im Mehrgenerationenhaus. Hier konnten die Teilnehmenden mit den Engagierten ins Gespräch kommen und erleben, wie zivilgesellschaftliches Engagement das Zusammenleben bereichert.



## Bewährtes neu gedacht Der Schülerwettbewerb im Wandel

**Der Schülerwettbewerb des Landtags befindet sich weiterhin im Wandel: 2023 hat er unter anderem einen neuen Anstrich erhalten und das Jury-Verfahren des Wettbewerbs wurde angepasst. Im Jahr 2024 stehen weitere Veränderungen an – und gleichzeitig gilt es, das Bewährte zu erhalten.**

Optisch ansprechender und zielgruppengerechter sollte der Wettbewerb werden, darüber waren sich der Fachbereich Schülerwettbewerb und der Beirat Ende 2022 einig. Daraufhin hat sich das Team des Fachbereichs gemeinsam mit seinem langjährigen Grafiker an die Arbeit gemacht, dem Wettbewerb ein neues Corporate Design zu verpassen. Das Ergebnis: Der Wettbewerb tritt nun in knalligeren Farben auf, kommt frisch und zeitgemäß daher.

Den ersten Praxistest musste das neue Design zusammen mit einer neuen Publikation bestehen: Im Aufgabenheft hat das Team des Fachbereichs nun alle relevanten Informationen zur Teilnahme am

Wettbewerb gebündelt: Schülerinnen und Schüler sowie die betreuenden Lehrkräfte finden hier alles rund um die Themen, Formate und Teilnahmebedingungen. Das Heft bietet nützliche Tipps zur Recherche und macht Lust auf die Preise, die es jährlich zu gewinnen gibt.

Design und Aufgabenheft scheinen sich bewährt zu haben: In kurzen Umfragen, die unter Lehrkräften und Teilnehmenden des 66. Schülerwettbewerbs durchgeführt wurden, hat der Fachbereich durchweg positive Bewertungen für die neue Publikation erhalten. Gleichzeitig haben die Umfragen gezeigt: Es gibt noch viel zu tun. So wurde in zahlreichen Rückmeldungen der Wunsch geäußert, die Beiträge künftig digital einreichen zu können. Auch hier befindet sich der Fachbereich intern bereits seit Ende 2022 auf dem Weg. Beim 67. Schülerwettbewerb im Jahr 2024 wird es erstmals möglich sein, Beiträge auch digital einzureichen.

Die Jury befindet sich ebenfalls im Wandel und erfuhr einen „Zuwachs“: So kam im Schuljahr 2023/24 zum

ersten Mal eine Zweitjury im „Haus auf der Alb“ zusammen und bewertete an einem Wochenende rund 900 Arbeiten (mit Ausnahme der Plakate). Dabei hatten die Teilnehmenden ausreichend Zeit und Gelegenheit, sich ausführlich über die einzelnen Beiträge auszutauschen und am Ende des Wochenendes die rund 40 besten Arbeiten mit einem Ersten Preis bzw. einem Förderpreis auszuzeichnen. Die endgültige Entscheidung über die Förderpreise oblag schließlich wie gewohnt dem Förderpreisgremium.

Mit der Einführung der Zweitjury, dem neuen Design und der digitalen Wettbewerbsverwaltung sind drei große Meilensteine erreicht. Die Arbeit im Fachbereich indes geht nicht aus: Zum 67. Wettbewerb 2024 wird erstmalig ein landeskundlicher Schwerpunkt als mögliches zu bearbeitendes Thema eingeführt. Er soll Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit bieten, sich vor der eigenen Haustür mit politischen und gesellschaftlichen Themen auseinanderzusetzen. Zudem steht 2024 die Anpassung der Website an das neue Design an.

# Frauen verändern ihre Stadt Planungsprozesse geschlechtergerecht gestalten

**Die Gestaltung des öffentlichen Raums ist Sache von Verwaltung und Kommunalpolitik, aber auch der Bewohnerinnen und Bewohner. Gleiches gilt für den digitalen Wandel. Kommunen müssen sich der Planung und Digitalisierung stellen, engagierte Bürger:innen mit Interesse an Verbesserungen in ihrem Lebensumfeld wollen dies tun. Menschen zur Beteiligung an solchen Prozessen und zur Vertretung ihrer Belange zu ermutigen und sie zu gendersensiblen Perspektiven zu befähigen, ist Teil der Arbeit im Fachbereich „Frauen und Politik“.**

Neben Workshops zum Thema Kommunalpolitik standen 2023 geschlechtergerechte Stadtgestaltung und Digitalisierung im Fokus der Angebote des Frauen-Fachbereichs, sei es in Veranstaltungen mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten oder im Vorfeld der Internationalen Bauausstellung IBA'27 in Stuttgart. Im Kontext des mehrmonatigen Festivals „FemPalais“ im StadtPalais – Museum für Stuttgart organisierte die LpB die Podiumsdiskussion „Eine Stadt für uns alle – Warum (mehr) Frauen Städte planen sollten“ mit Expertinnen aus Planung, Architektur und Kommunalpolitik. Alle Angebote thematisierten Fragen der Sicherheit in der Stadt, geschlechtergerechten Wohnungsbau, smarte Mobilität, Freiraumgestaltung, Partizipationsformate oder die Frage, wie unterschiedliche Personengruppen zur Beteiligung zu motivieren sind.

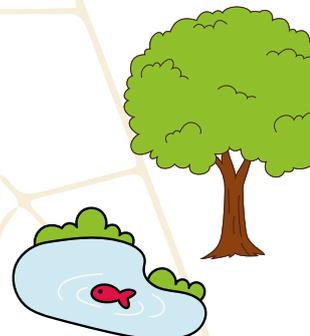
In Städten und Dörfern leben Männer, Frauen und Kinder verschiedener Generation, Herkunft und sozialer Situation sowie mit unter-

schiedlichen Ansprüchen an den öffentlichen Raum. Geplant werden Kommunen in der Regel aber von Männern mittleren Alters mit ihrer Lebensrealität vor Augen. Die Notwendigkeit einer geschlechtergerechten Stadtplanung steht seit den 1980er Jahren auf der Agenda. Das Thema hat seitdem nicht an Aktualität verloren, werden Stadtplanung wie auch digitale Smart City-Planungen doch immer noch buchstäblich für „jedermann“ gemacht – für Frauen und andere in der Planung unterrepräsentierte Gruppen halten Städte dagegen viele Hindernisse und Einschränkungen bereit: gefährliche Fahrradwege, dunkle Unterführungen, autozentrierte Mobilität und Wegstrecken, die mit Kinderwagen oder Rollator kaum zu bewältigen sind.

Die Podiumsdiskussion illustrierte dies anhand von „geschlechterblind“ geplanten Stuttgarter Orten, bei deren Gestaltung nur wenige der Gruppen, die den öffentlichen Raum nutzen, berücksichtigt wurden. Dass städtische Orte geschlechter- und menschengerechter geplant und gebaut werden können, zeigte eine Wiener Expertin. Die österreichische Hauptstadt gilt als Vorreiterin für gendersensible Wohn- und Mobilitätskonzepte. So werden bei der Neugestaltung öffentlicher Parks etwa die Bewegungs- und Sportinteressen von Mädchen und jungen Frauen berücksichtigt, tragen (z.B. im neuen Stadtviertel Aspern) Verkehrsberuhigung und Quartiersmanagement dazu bei, dass Stationen, die Menschen täglich ansteuern, näher zueinanderkommen. Die Orientierung an den Bedürfnissen verschiedener Bevölkerungsgruppen erhöht auch die Lebensqualität von

Frauen, Kindern und Menschen mit Beeinträchtigung: Sie sind in diesen Quartieren sichtbarer und aktiver unterwegs als anderswo.

Alle Veranstaltungen zu Stadtplanung und Digitalisierungskonzepten setzten den Fokus auf die Notwendigkeit, Planung gender- und vielfaltsgerecht zu denken und umzusetzen. Dazu zählt auch die Forderung, dass Planungskonzepte sich an den Belangen der Gesamtbevölkerung orientieren und nicht nur die Perspektiven bestimmter Personengruppen widerspiegeln. Es geht bei der Stadt- und Mobilitätsplanung auch um Hierarchien in Politik und Beteiligungsprozessen: Gefragt ist die Einbeziehung einer echten Vielfalt an Akteur:innen mit mehr Frauen und mehr Vertreter:innen unterrepräsentierter Gruppen. Ein gleichberechtigtes Zusammenleben vor Ort braucht die Teilhabe möglichst diverser Bevölkerungsgruppen. Dies dient keineswegs ‚nur‘ der Geschlechtergerechtigkeit, sondern kann weitere Impulse setzen: für Inklusion, Nachhaltigkeit und Klimaresilienz und damit für eine demokratische und überlebensfähige Gestaltung der Zukunft.



# Kommunalpolitik so bunt wie das Leben

Dr. Ulrike Baumgärtner über Frauen in der Kommunalpolitik

**Dr. Ulrike Baumgärtner ist Ortsvorsteherin in Tübingen-Weilheim und kandidierte für Bündnis 90/Die Grünen um das Amt der Oberbürgermeisterin von Tübingen. Mit der LpB hat die Politikwissenschaftlerin darüber gesprochen, warum es mehr Frauen in der Kommunalpolitik braucht.**

**Frau Dr. Baumgärtner, warum engagieren Sie sich in der Kommunalpolitik?**

**Ulrike Baumgärtner** | Das Spannende an Kommunalpolitik ist die Vielfalt. Man kommt mit Themen und Menschen in Berührung, mit denen man sonst nichts zu tun hätte. Die Hauptversammlung der Feuerwehr oder die kontroversen Diskussionen zu einem Bauprojekt waren für mich als frisch gewählte Tübinger Gemeinderätin sehr eindrücklich. Das faire Ringen um gute Lösungen über Partei- und Listen Grenzen hinweg ist aus meiner Sicht die größte Herausforderung und zugleich die stärkste Motivation und der Ansporn für mein Engagement. Demokratie leben! – eine immer wichtigere Aufgabe, auch um unseren Kindern eine Gesellschaft zu hinterlassen, in der wir selbst nochmal gerne leben würden.

**Warum ist es wichtig, dass mehr Frauen in die Kommunalpolitik gehen? Machen sie Politik anders als Männer und profitieren die Kommunen davon?**

**Ulrike Baumgärtner** | Die Hälfte der Menschen in Baden-Württemberg sind Frauen, das Durchschnittsalter liegt bei Anfang 40, viele Menschen

mit Migrationsgeschichte haben das aktive und passive Wahlrecht. Kommunale Gremien bilden diese Wirklichkeit jedoch nicht ab. Hier liegen wir hinter unserem Anspruch, eine repräsentative Demokratie zu sein.

Der Politikstil ist nicht grundsätzlich an ein Geschlecht gebunden. Doch in jedem Fall gilt: Alle bringen ihre Lebenserfahrungen in die Kommunalpolitik ein. Wenn ich kleine Kinder habe, ist mir die Dringlichkeit von Lösungen für den Personalmangel in Kitas sehr präsent. Wenn ich in meiner Mobilität eingeschränkt bin, kenne ich die Schwierigkeiten bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs. Und wenn ich bei der Feuerwehr, im Sportverein oder bei einer Kulturinitiative aktiv bin, sind mit deren Anliegen sehr geläufig. Das Leben ist bunt und so sollten die Gremien sein, die unsere kommunale Welt gestalten.

**Was muss verändert werden, damit sich mehr Frauen in ihrer Gemeinde politisch engagieren?**

**Ulrike Baumgärtner** | Frauen werden deutlich weniger selbst aktiv als Männer, um sich politisch zu engagieren. Auch sind häufig deren Selbstzweifel höher, ob sie der Aufgabe gerecht werden können. Daher ist es wichtig, Frauen anzusprechen, ihnen Mut zu machen, sie auf dem Weg zu einer Kandidatur, im Wahlkampf und in der Ratsarbeit stetig zu unterstützen und zu fördern. Netzwerke von Frauen, aber auch die gute Teamarbeit von Männern und Frauen bei der Listenaufstellung und in den künftigen Fraktio-



Dr. Ulrike Baumgärtner

Foto: Maximilian Kamps/Agentur Blumberg

nen sind für mich entscheidende Stellschrauben, damit mehr Frauen Lust auf Kommunalpolitik haben und wirken können.

**Sie moderieren den LpB-Podcast „Trockene Regeln, pralles Leben. Der kommunalpolitische Podcast für Baden-Württemberg“. Dafür haben Sie mit Mandatsträgerinnen aus verschiedenen Orten und mit unterschiedlicher politischer Couleur gesprochen. Warum sollte man unbedingt in die Podcast-Episoden reinhören?**

**Ulrike Baumgärtner** | Die Podcasts machen deutlich, wie viele Menschen unglaublich viele Ideen für ihre Städte und Gemeinden haben. Das macht Spaß, inspiriert und motiviert, selbst bei sich vor Ort loszulegen. Und ganz nebenbei geht es bei den Podcasts um rechtliche Möglichkeiten zur Gestaltung von Kommunalpolitik. Wenn die eine oder der andere einen Tipp mitnimmt, ein Projekt anzugehen oder durchzubringen, dann hätten wir den Bildungsauftrag der Landeszentrale bereits erfüllt.



Hier geht's zum Podcast.



## Beständigkeit im Wandel Das „Haus auf der Alb“ nach der Pandemie

**In seiner langen Geschichte ist das „Haus auf der Alb“ einmal mehr gefordert, sich mit aktuellen und gesellschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen. Kostensteigerungen, insbesondere bei Energie, Personal und Nahrungsmitteln, machen sich bemerkbar. Für den Betrieb des Tagungszentrums der LpB bedeutet das, nach der Pandemie zu einer „neuen Normalität“ zu finden, die langjährigen Strukturen zu überprüfen und – wo geboten – anzupassen.**

2023 konnten knapp 200 Veranstaltungen endlich wieder ohne Abstands- und Hygienevorschriften stattfinden. Das wussten die rund 4.400 Gäste zu schätzen und sie genossen die besondere Atmosphäre des Hauses für intensiven Austausch und Geselligkeit. Die Nachfrage nach Präsenzveranstaltungen stieg wieder spürbar an, wenngleich

die Auslastung noch nicht an die Jahre vor der Pandemie anschließen konnte. Doch das Tagungszentrum wird weiter durch die Seminare der LpB – neben externen Gruppen beispielsweise von Universitäten, Vereinen und Firmen – mit Leben erfüllt.

Dabei profitiert das „Haus auf der Alb“ von seinem besonderen Charakter. Seit der Eröffnung im Sommer 1930 besticht das vom Stil des „Neuen Bauens“ geprägte ehemalige Erholungsheim durch seine Sachlichkeit und klare Formensprache. Das konnte das Haus beim Tag des offenen Denkmals unter dem Jahresmotto „Talent Monument“ für 2023 unter Beweis stellen. Denn das „Haus auf der Alb“ hebt sich

durch seine Funktionsgerechtigkeit und Ästhetik ab, es war und ist ein Inbegriff für Modernität und bietet seinen Gästen die einmalige Möglichkeit, sich in besonderer Atmosphäre konzentriert inhaltlichen Themen zu widmen.

Die geradlinige, funktionale Bauweise wird auch im 2023 neu entwickelten Logo für das „Haus auf der Alb“ mit seiner kubischen Form aufgegriffen. Die Schriftart im Logo orientiert sich am originalen Schriftzug an der Hausfassade; die vier Farben der Stockwerke des Gästezimmerflügels finden sich im Logo ebenfalls wieder. So entsteht ein zeitloses grafisches Zeichen, das den besonderen Charakter des Hauses widerspiegelt.





Foto: Bildarchiv Foto Marburg/Foto: Rose Hajdu



Fotoausstellung mit Bildern des ukrainischen Fotokünstlers Maxim Dondyuk.

Sich an das bedeutende historische Erbe des heutigen Tagungszentrums zu erinnern – dazu bot sich der LpB im Juni 2023 eine besondere Gelegenheit, als Martin Schweiger, der in Großbritannien lebt, gemeinsam mit seiner Frau Angelika das Haus seines Großvaters, des Bauherren Dr. Georg Goldstein, besuchte. Mit einem Actionbound und einem digitalen KunstGuide werden Geschichte, Kunst und Architektur des Hauses auch in der Gegenwart erleb- und nahbar gemacht.

„Neue Normalität“ nach der Pandemie bedeutet aber auch ein Gewöh-

nen der Welt und der politischen Bildung an einen vermeintlich dauerhaften Krisenmodus. Dabei wird es zunehmend wichtiger, Möglichkeiten und Anlässe zu schaffen, diese Normalität zu durchbrechen und aus unterschiedlichen Perspektiven auf sie zu blicken. Das Tagungszentrum als lebendiges Monument mit all seinen Facetten bietet sich dafür bestens an.

So waren 2023 gleich drei Ausstellungen im „Haus auf der Alb“ zu besichtigen: Unter dem Titel „UKRAINE 2014/22“ zeigte das Haus eine Trilogie aus Bildern der Jahre 2014, 2017

und 2022 des international bekannten ukrainischen Fotokünstlers Maxim Dondyuk, die den Krieg in der Ukraine dokumentieren. Zudem machte die Wanderausstellung „Man wird doch wohl noch sagen dürfen...“ der Ulmer KZ-Gedenkstätte Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (DZOK) Begriffe aus der NS-Geschichte zum Thema, die auch unsere Gegenwart betreffen. Darüber hinaus war der 75. Jahrestag der UN-Menschenrechtserklärung Anlass für eine Ausstellung mit Visualisierungen von Jochen Stankowski zu den 30 Artikeln der UN-Charta.

Schließlich feierte das „Haus auf der Alb“ in der Reihe der Feierabendkonzerte mit einem Geburtstagsständchen für das Grundgesetz am 23. Mai und einem Sommerkonzert mit Bauhausklängen mit Susanne Götz die Demokratie. Der Blick zurück in die deutsche Geschichte zeigt, dass Demokratie manchmal mehrere Anläufe braucht und vor allem Menschen, die an sie glauben, sie verteidigen und etwas für sie riskieren. Das Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ bleibt dafür ein Ort der Begegnung und der zuversichtlichen Auseinandersetzung mit aktuellen Themen.



Foto: Privat

## LpB trauert um Hellmut August Kuby

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg trauert um den am 16. April 2023 im Alter von 97 Jahren verstorbenen Architekten Hellmut August Kuby. Er verantwortete von 1989 bis 1992 die Grundsanie rung des „Haus auf der Alb“. Trotz zahlreicher Bauten, die Hellmut Kuby als Architekt gestaltet hat, bezeichnete er das „Haus auf der Alb“ immer als sein Meisterstück, in das besonders viel Herzblut geflossen sei. Es war nicht nur eine bauliche Sanierung

für ihn. Er ist in die Geschichte des Hauses eingetaucht, hat helle wie dunkle Epochen recherchiert und die bis heute bestehenden Kontakte zu Nachfahren des Bauherren Dr. Georg Goldstein hergestellt. Dr. Goldstein und seine Frau wurden, weil sie Juden waren, in Auschwitz ermordet. Mit seinem Engagement für Frieden und Demokratie hat Hellmut Kuby dem Haus bei seiner Sanierung einen Geist eingehaucht, den wir als Landeszentrale mit unserer Arbeit weitertragen. Und dies auch in großer Dankbarkeit und im Gedenken an Hellmut August Kuby.

# 6

## Schlaglichter

Werben für Demokratie – dieses Ziel wird in der Bildungsarbeit unterschiedlich umgesetzt. Die „Schlaglichter“ richten den Blick auf herausragende Angebote der LpB im Jahr 2023.

## Zwei Institutionen im Austausch Was treibt die politische Bildung in Sachsen und Baden-Württemberg um?

Seit ihrer Gründung im Jahr 1991 steht die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) in enger Verbindung mit der LpB in Baden-Württemberg. Aus dem deutschen Südwesten erfolgte kollegiale

Unterstützung in Zeiten des Aufbaus nach dem Fall der Mauer. Beide Institutionen stellen sich ihrem Auftrag, politische Bildung auf überparteilicher Grundlage zu fördern und zu vertiefen. Doch was heißt das in

der Praxis? Welche Schwerpunkte werden gesetzt? Was verbindet, was unterscheidet die Partnerorganisationen aus Sachsen und Baden-Württemberg in ihrer Bildungsarbeit, auch mit Blick auf das politische und gesellschaftliche Umfeld? Referentinnen und Referenten aus beiden Landeszentralen trafen sich am 22./23. Juni 2023 im LpB-Taugungszentrum „Haus auf der Alb“ in Bad Urach, um sich zu Didaktik und Methoden und ganz allgemein zu Erfahrungen in der Bildungspraxis auszutauschen. Dabei wurde insbesondere ein gemeinsamer Blick auf Extremismusprävention, Demokratiebildung und Online-Angebote geworfen. Der Austausch, darin waren sich alle Beteiligten einig, soll fortgesetzt werden – dann in Sachsen.



Referentinnen und Referenten beider Landeszentralen vor dem „Haus auf der Alb“.

## Fotoset „Augenblick Geschichte“

Ein Passant grüßt 1914 in Berlin einen Schutzmann und zieht seinen Hut vor dem Vertreter der Staatsmacht. Hitler reicht nach einer Rede begeisterten Frauen die Hand. Der Chef eines westdeutschen Unternehmens erteilt 1955 seinen Sekretärinnen Aufgaben. Eine junge Schweißerin der VEB Warnowwerft Warnemünde ruht sich in ihrer Arbeitspause aus. Ein Punk sitzt 1986 in Ostberlin neben einem Volkspolizisten in der U-Bahn. Diese einzigartigen Bilder sind neben vielen bekannten Fotos wie dem des zerstörten Dresdens nach seiner Bombardierung oder des von der Roten Armee Fraktion entführten Hanns Martin Schleyer im Fotoset

„Augenblick Geschichte“ zu sehen, das 2023 überarbeitet und neu aufgelegt worden ist.



Die 100 Fotos illustrieren die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen für das Leben im Nationalsozialismus, in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung. Sie er-

möglichen damit eine klare politische Einordnung des Nationalsozialismus und beider deutscher Staaten. Sie machen unmissverständlich deutlich, was Diktaturen von einer Demokratie unterscheidet und werfen eine differenzierte Perspektive auf das gesellschaftliche Zusammenleben in der deutschen Geschichte von 1933 bis 1990. Das Fotoset und die dazugehörigen digitalen Übungen machen den Unterricht anschaulicher und ermöglichen nicht nur über Geschichte, sondern auch über Herrschaftsformen, Geschlechterrollen und Grundrechte zu sprechen.

## 75 Jahre Grundgesetz Freiburg feiert früher

Zwar hat unsere Verfassung erst am 23. Mai 2024 ihren 75. Geburtstag, doch die Außenstelle Freiburg feierte etwas früher und begann den Jubiläumsreigen für das Grundgesetz bereits im Wintersemester 2023/2024 mit einer Vortragsreihe „75 Jahre Grundgesetz: ein Glücksfall?! Eine kritische Bilanz nach einem Dreivierteljahrhundert Demokratieggeschichte“ im Rahmen des Colloquium Politicum an der Universität Freiburg. Prominente Wissenschaftler:innen beschäftigten sich in ihren Vorträgen mit den Fragen, ob wir in einer „guten Verfassung“ sind, wie es Richard von Weizsäcker einmal formuliert hat. Sind unsere Institutionen in der Lage, die derzeitigen nationalen und globalen Krisen zu bewältigen? Und wie steht es mit der Gleichstellung von Bürger:innen und Menschen, die in Deutschland leben? Wie belastbar und widerstandsfähig sind Demokratien in Zeiten der Pandemie, des Populismus und der „Politikverdrossenheit“?

„Machen wir was draus!“ Mit dieser optimistischen Aufforderung beendete Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts, seinen Vortrag vor über 300 Zuhörenden über die Geschichte des Grundgesetzes, auch wenn er sich der besonderen Gefährdung unserer Demokratie bewusst war. „Es ist keineswegs selbstverständlich, dass die westliche Demokratie überlebt“, so der Grundgesetzexperte. Ob in Zu-



Prof. Dr. Andreas Voßkuhle (dritte Person v. r.) mit Mitarbeitenden der LpB und Uni Freiburg beim Colloquium Politicum zum Grundgesetzjubiläum.

kunft die Bürger:innen eine größere Rolle in der politischen Willensbildung haben sollten, damit befasste sich der Vortrag von Prof. Dr. Brigitte Geißel, Leiterin der Forschungsstelle „Demokratische Innovationen“, Goethe-Universität Frankfurt. In ihrem Beitrag betonte Dr. Heike Specht, Publizistin aus Zürich, welche Bedeutung dem Grundgesetz bis heute für eine geschlechtergerechte Gesellschaft zukommt und welche Rolle die „Mütter des Grundgesetzes“ dabei gespielt haben. Dr. Frank Bräutigam, Leiter der ARD-Rechtsredaktion, hat sich schließlich im Januar 2024 mit der Frage beschäftigt, zu welchen Fragen und in welchem Umfang sich öffentlich-rechtliche Medien mit den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes auseinandersetzen.

## Schulfördervereine engagieren sich für Demokratie

### Auch Schulfördervereine werben für Demokratie.

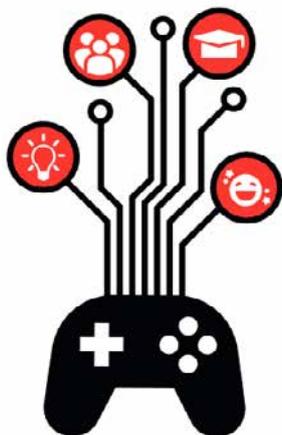
Ihr großes, vielfältiges Engagement für politische Bildung hat der Landesverband der Schulfördervereine Baden-Württemberg (LSFV BW) mit seinem Wettbewerb „Ehrenamt macht Schule“ sichtbar gemacht. 2023, im zwanzigsten Jahr seines Bestehens, suchte der Dachverband nach

Projekten, die Werte wie Respekt, Loyalität und Gerechtigkeit vermitteln, die Verantwortung lehren und für Frieden und Demokratie eintreten. Rund siebzig Vereine, die an Grundschulen, weiterführenden Schulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren aktiv sind, reichten Projektbeschreibungen ein. Die siebenköpfige Jury, darunter LpB-

Direktorin Sibylle Thelen, sichtete die Bewerbungen, die zeigen, wie vielfältig Elternengagement für eine frühzeitige Wertevermittlung sein kann. Demokratie setzt Einmischung voraus – auch dabei sind Eltern wichtige Vorbilder. Es bieten sich weitere Anknüpfungspunkte für die politische Bildung.

## Gaming bildet?!

### 45. Stuttgarter Tage der Medienpädagogik



Die 45. Stuttgarter Tage der Medienpädagogik im März 2023 informierten über Hintergründe rund um das Thema „Gaming bildet?! Vor(ur)teile von digitalen Spielen in der Bildung“. Ziel der Tagung war es, Grenzen aufzubrechen, Vorurteile zu überwinden und anhand von wissenschaftlichen Hintergründen und Praxisprojekten die Bildungspotenziale digitaler Spiele aufzuzei-

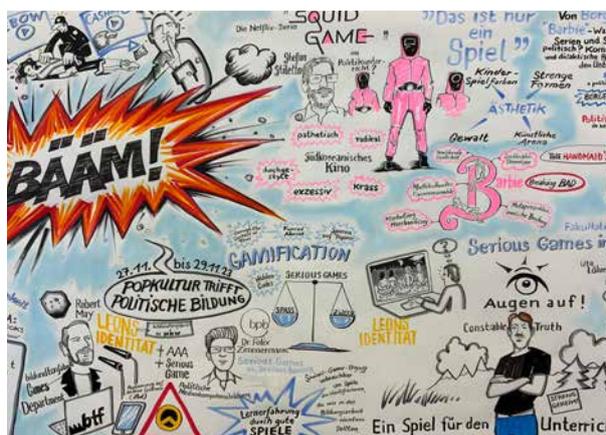
gen. Der Nachmittag stand ganz im Zeichen medienpädagogischer Ansätze und Angebote, die aufzeigen, wie ein reflektierter Umgang und Zugang zum Thema „Gaming“ gewonnen werden können. In unterschiedlichen Formaten vermittelten Referent:innen, wie digitale Alltagsgames in der Bildungs- und Jugendarbeit dazu eingesetzt werden können, neben Action und

Abenteuer beispielsweise Politik, Englischvokabeln, Geschichtswissen und Sozialverhalten zu vermitteln. Besonders im Blickpunkt stand dabei die Frage: Wie können Schulen medienpädagogisch erreicht werden? Das Feedback der Teilnehmenden fiel sehr positiv aus, etwas weniger als die Hälfte hatte an der abschließenden Evaluation teilgenommen.

## Mit Popkultur politische Bildung machen Eine Tagung mit der Akademie für politische Bildung in Tutzing

Filme, Serien, Comics, Computerspiele oder Musik gehören zu unserem Alltag und sind Teil des Massenphänomens Popkultur. Politische und gesellschaftliche Themen in den verschiedenen popkulturellen Formen können deshalb ein guter Ansatz sein, Menschen leichter für die Themen der politischen Bildung zu erreichen. Dabei ist Popkultur sehr vielschichtig und nicht immer frei von Ambivalenzen. Im Rahmen einer gemeinsamen Tagung der LpB und der Akademie für Politische Bildung in Tutzing im November 2023 haben Expertinnen und Experten mit politischen Bildnerinnen und Bildern über die Potenziale von popkulturellen Erscheinungsformen für die politische Bildung diskutiert.

So werden zum Beispiel im Rap unter anderem Zuwanderung und Rassismuserfahrungen verarbeitet, allerdings finden sich im Deutschrap auch Künstler, die eine vermeintliche Deutschfeindlichkeit und eine angebliche migrantische Übermacht thematisieren. Serien und Filme, in denen Superheldinnen und Superhelden vorkommen, eignen sich gut für Gesellschaftsanalyse und Empowerment. Zugleich sollte aber der kommerzielle Charakter der jeweiligen Unternehmen nicht ausgeblendet werden.



Graphic Recording zur Tagung  
Zeichnung und Foto: Andreas Hoffmann

Die Film- und Songanalyse gehört schon lange zum Repertoire der politischen Bildungsarbeit, gleichwohl müssen neue Entwicklungen und Phänomene in der Popkultur inhaltlich erschlossen und didaktisch-methodisch aufbereitet werden. Solche Tagungen sind daher wichtig, damit die Popkultur sinnvoll und auf der Höhe der Zeit für die politische Bildung genutzt werden kann.

## Reichweite erhöhen mit Collab-Posts



Seit Anfang 2023 besteht beim sozialen Netzwerk Instagram die Möglichkeit, Beiträge auf mehreren Kanälen gleichzeitig zu veröffentlichen. Gleich im ersten Jahr nutzte die Social-Media-Redaktion solche Collab-Posts intensiv: Als beispielsweise im Juli die neue Außenstelle in Ludwigsburg eröffnete, konzipierten der Fachbereich und die Außen-

stelle dazu einen Eröffnungspost, der sowohl auf dem Hauptkanal @lpb.bw als auch auf dem neu eingerichteten Kanal @lpb.ludwigsburg geteilt wurde. Das „Carousel“ stellte unter dem Titel „Fünf fantastische Dinge, die aus Ludwigsburg kommen“ den Ludwigsburger Aspirin-Erfinder, den Leitz-Ordner, Streichhölzer, mit Zucker ummantelte Medikamente sowie die neue Außenstelle vor. Der Post erreichte mehr als 2.000 Follower:innen und präsentierte den neuen Ludwigsburger Social-Media-Kanal der Öffentlichkeit. Etwa 60 neue Follower:innen konnte der neue Kanal so auf Anhieb gewinnen.

Auch ein Bingo-Spiel zur Nutzung von Militärsprache im Alltag, das die Servicestelle Friedensbildung entwickelt hat, stellten der Hauptkanal

und der Kanal @servicestelle.friedensbildung in einem Kooperationspost vor und erreichten damit mehr als 3.300 Follower:innen. Und im Rahmen der LpB-Tagung „Frauen, Flucht, Migration“ führte die Social-Media-Redaktion ein Video-Interview mit Jihan Alomar, einer bekannten Überlebenden des Genozids an den Jesid:innen. Dieses Reel veröffentlichte nicht nur die LpB, sondern auch Jihan Alomar auf ihrem eigenen Kanal, so dass das Video knapp 20.000 Mal aufgerufen wurde. Ganze 77.000 Mal wurden gar zwei Kooperations-Reels angeschaut, die vom Kanal @swrkultur produziert und auf dem LpB-Kanal geteilt wurden. An diese Erfolge möchte die Social-Media-Redaktion mit weiteren Collab-Posts auch in 2024 anknüpfen.

## LpB auf der didacta



Nach fünf erfolgreichen Tagen ist Europas größte Bildungsmesse am 11. März 2023 zu Ende gegangen. Mit 730 ausstellenden Unternehmen, 1.500 Programmpunkten auf 60.000 Quadratmetern und mit über 56.000 Besucher:innen war die Messe ein lebendiger Marktplatz für Bildungs-

themen und zeigte aktuelle Trends der Bildung wie Künstliche Intelligenz, Bildung für nachhaltige Entwicklung oder Demokratiebildung auf. Auf knapp 80 Quadratmetern präsentierte die LpB gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung ihr umfangreiches Angebot

und informierte über Veranstaltungen, Publikationen und Aktionen. Über die gesamte Woche entstanden am Messestand interessante Gespräche mit pädagogischen Fachkräften, Schüler:innen und interessierten Personen. Besonders oft ist die LpB auf das Kursbuch „miteinander leben“ und Angebote für Grundschulen angesprochen worden. Aber auch über die Themen Digitalisierung und Extremismusprävention wurde am Stand diskutiert. Darüber hinaus präsentierte die LpB den Escape Room „Hacker Attack“ für Berufsschüler:innen sowie die Angebote der Servicestelle Friedensbildung in entsprechenden Vorträgen. Die nächste „didacta“ in Stuttgart findet im Februar 2025 statt.

## 175 Jahre Badische Revolution

Zusammen mit unterschiedlichen Kooperationspartnern wie der Badischen Zeitung, der Universität Freiburg, dem Schwarzwaldverein oder der Buchhandlung Rombach bot die Außenstelle Freiburg verschiedene Veranstaltungsformate zu den „48ern“ an: In Vorträgen, Lesungen, Podiumsdiskussionen, Wanderungen und Stadtrundgängen ging es auf Spurensuche, um zu zeigen, welche Rolle Baden in der deutschen Demokratiegeschichte bis heute hat und was das für unsere Gegenwart bedeutet.

Mit dem Schwarzwaldverein wurde bei fünf Wanderungen an historischen Schauplätzen mit sachkundiger Führung an die Demokratiebewegung von 1848/49 erinnert. Der Weg der „Post-Revolutionär:innen“ führte dabei von Konstanz über Pfohren und Stühlingen zur Scheideck. Bei einer Gedenkveranstaltung auf der Passhöhe zwischen Kandern und Wiesental wurde der Kampf der Revolutionäre mit dem badischen Militär in historischen Kostümen nachinszeniert. Die Journalisten Heinz Siebold und Klaus Gülker machten die Ereignisse von 1848/49 lebendig. Neben den Geschichtsexperten begleitete der Sänger und Schauspieler Olaf Creutzburg die Teilnehmenden und trug Lieder aus der damaligen Zeit vor. Gekommen waren auch die Heckergruppe aus Singen und die Kanoniere aus Bad Krozingen und dem Klettgau.



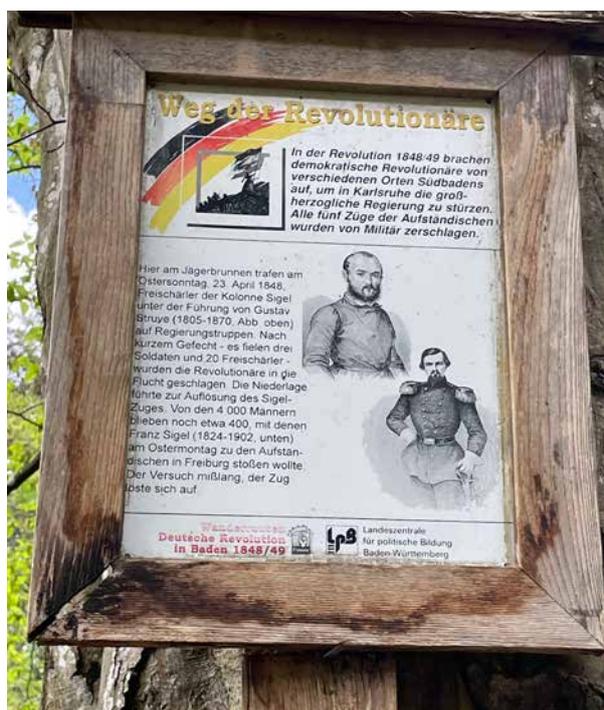
Klaus Gülker und Heinz Siebold bei der Wanderung auf dem Weg der Revolutionäre von Horben nach Günterstal im April 2023.

Ein Highlight im Veranstaltungsreigen zu 1848 war die Lesung „Die Flamme der Freiheit“ mit dem prominenten Literaturwissenschaftler Jörg Bong, der einem größeren Publikum als Autor der „Dupin“-Krimis bekannt ist. Genauso packend und spannend waren seine Dialoge zu den Ereignissen von 1848, so dass man glaubte, selbst bei den Debatten und Kämpfen dabei gewesen zu sein. Auch die Außenstelle Heidelberg widmete sich den de-

mokratiegeschichtlichen Ereignissen des Jahres 1848 und konnte den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Stephan Harbarth für eine Festrede sowie Lansing Hecker, den Ururenkel Friedrich Heckers, als digitalen Teilnehmer für eine Liveschaltte gewinnen. Welche Bedeutung das historische Ereignis heute noch hat – diese Frage warf schließlich eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „175 Jahre Revolution von 1848/1849: Erinnern – Gedenken – Bedenken“ an der Universität Freiburg auf. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass Demokratie keine Zumutung, sondern ein Geschenk ist, das wir zu pflegen und bewahren haben.



Stephan Harbarth (rechts) mit „Heckerhut“.  
Foto: Diethelm Brecht, Gemeinde Angelbachtal



Gedenktafel 1848 Freiburg-Wiehre.

## Das Sprecher:innen-System im FÖJ Praktische politische Bildung und Ausdruck gelebter Demokratie

Für die eigenen Belange eintreten, sich innerhalb der Gesellschaft Gehör verschaffen und eigene Interessen gegenüber der Politik vertreten ist seit Beginn des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) fester Bestandteil des in den 1990er-Jahren eingeführten ökologischen Freiwilligendienstes. Von den Seminargruppensprecher:innen bis zu den trägerübergreifenden Landes- und Bundessprecher:innen wird eine basisdemokratische Interessenvertretung auf allen Ebenen umgesetzt, in dieser Form ein Alleinstellungsmerkmal unter den Freiwilligendiensten. Die gewählten Sprecher:innen haben in ihrem Amt die Möglichkeit, ganz praktische Erfahrungen in Bezug auf Repräsentanz und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse zu sammeln. Ihrem Einsatz und Engagement – teilweise über mehrere Jahrgänge hinweg – ist es zu verdanken, dass bspw. die Platzzahlen im FÖJ über die Jahre ausgeweitet werden konnten und die Arbeit der Freiwilligen durch Taschengelderhöhungen die notwendige Wertschätzung erhält.



Gruppensprecher:innen der FÖJ-Gruppe Neckar-Tauber auf einem Seminar.

## Politik vor meiner Tür Kommunalpolitik in einfacherer Sprache für SBBZ

Wer entscheidet in Deutschland was? Was ist die Kommune und was ist Kommunalpolitik? Was sind eigentlich Wahlen und wie kann ich mich sonst noch einbringen? Diese und ähnliche Fragen werden beim Politischen Tag „Politik vor meiner Tür“ behandelt. Der Workshop ist in einfacherer Sprache formuliert und vor allem für Schülerinnen und Schüler an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) Schwerpunkt „Lernen“ ab Klasse 8 geeignet. Er enthält viele haptische und visuelle Elemente, die zum Mitmachen einladen, zum Beispiel ein eigens angefertigtes Holzpuzzle, eine Domino-Aufgabe und viele Bilder. Das Angebot findet seit März 2023 im Regierungsbezirk Tübingen statt und war dort der Auftakt für weitere Formate dieser Art. In der Zwischenzeit haben neben Klassen der SBBZ auch Werkrealschul- und Gemeinschaftsschulklassen an diesem Workshopformat teilgenommen.



## 500 Jahre Bauernkrieg

2024/25 jährt sich der Bauernkrieg zum 500. Mal. Die größte Massenerhebung der Geschichte brachte die Herrschaftsordnung für kurze Zeit ins Wanken. Der deutsche Südwesten, das heutige Baden-Württemberg, war ein Hotspot des Aufstandes. Wie ein Lauffeuer breitete sich ab dem Frühsommer 1524 die „Uff-rur“ von der Schweiz über den Hegau bis nach Oberschwaben und Württemberg aus und erfasste nahezu jedes Dorf und jede Stadt.

Die „Empörer“, wie sie genannt wurden, fanden sich zu „Haufen“ zusammen und protestierten gegen die Obrigkeit, gegen ständig steigende Belastungen und die Unfreiheit der Leibeigenschaft. Die Bauern bezogen ihre Legitimation für ihre Forderungen aus den Ideen der Reformation. Das Manifest der „Zwölf Artikel“ – für Freiheit, Gerechtigkeit, gegen

die herrschaftliche Willkür und vor allem für die Abschaffung der Leibeigenschaft – wird heute als erste Menschenrechtserklärung betrachtet. Die Obrigkeit schlug, wie in der Schlacht bei Böblingen, den Aufstand mithilfe des gut gerüsteten Schwäbischen Bundes gewaltvoll nieder und stellte die alte Ordnung wieder her.

Historisch gesehen markiert der Bauernkrieg den ersten großen Aufstand für Freiheit und gegen Unterdrückung und wird deshalb zusehends als Teil der deutschen Demokratiegeschichte eingeordnet. Als „Orte der Demokratie“ verstehen sich auch die Bauernkriegsmuseen in Baden-Württemberg in Baltringen, Beutelsbach, Böblingen und Hilzingen. In Zusammenarbeit mit deren Arbeitsgemeinschaft entsteht im Fachbereich „Politische Landes-

kunde“ ein Flyer zu Hintergründen, Verlauf und Bedeutung des Bauernkriegs. Die Exkursion zum Bauernkriegsmuseum Böblingen wird als Offenes Seminar angeboten.



## Wie geht Leben und Wirtschaften in Anbetracht der Klimakrise? WERTSACHEN in Konstanz

Das Bundesverfassungsgericht hat im April 2021 in seinem Beschluss zum Klimaschutzgesetz den Begriff „Freiheit“ neu definiert – und zwar die der künftigen Generationen. Wenn heute zu wenig gegen die Klimakrise gemacht wird, schränkt dies die junge Generation in ihren Freiheitsrechten ein. Denn sie muss die Folgen tragen. Es geht also um Gerechtigkeit: um ein CO<sub>2</sub>-Budget, das es fair zwischen den Generationen aufzuteilen gilt. In Konstanz setzte der Landtag von Baden-Württemberg am 22. März 2023 die

von Landtagspräsidentin Muhterem Aras initiierte und in Kooperation mit der LpB durchgeführte Gesprächsreihe „WERTSACHEN – Was uns zusammenhält“ fort. Nach einem Impulsvortrag von Dr. Frank Bräutigam, Leiter der ARD-Rechtsredaktion in Karlsruhe, diskutierten der Hauptgeschäftsführer der IHK Hochrhein-Bodensee, Prof. Dr. Claudius Marx, und Isabelle Lindenfelser von der Ortsgruppe Fridays for Future Konstanz.

**Mehr Informationen:**  
[www.landtag-bw.de](http://www.landtag-bw.de)



Der Hauptgeschäftsführer der IHK Hochrhein-Bodensee, Prof. Dr. Claudius Marx, und Isabelle Lindenfelser von Fridays for Future Konstanz diskutieren auf dem WERTSACHEN-Podium, moderiert von Nicole Köster (SWR).

Foto: Landtag Baden-Württemberg

## Frauen, Flucht und Migration Eine Tagung des MIF Baden-Württemberg

Lange Zeit fanden die vielen Frauen, die durch Flucht, Vertreibung oder im Rahmen der „Gastarbeiter“-Ära nach Deutschland gekommen sind, in der öffentlichen Wahrnehmung wenig Beachtung. Erst in jüngster Zeit hat sich dies geändert, ausgelöst nicht zuletzt durch die hohe Zahl an geflüchteten Frauen aus der Ukraine.

Welchen Gefahren sind Frauen auf ihrer Flucht ausgesetzt? Welche Herausforderungen sind für die Aufnahmeländer mit geflüchteten Frauen verbunden? Welche Chancen und Möglichkeiten der selbstbestimmten Teilhabe haben sie in Deutschland? Diese und viele weitere Fragen wurden am 12. Oktober 2023 bei einer von rund 350 Gästen besuchten Tagung des Migrations- und Integrationsforums Baden-Württemberg (MIF) thematisiert.

**Eine Dokumentation der Tagung findet sich unter [www.mif-bw.de](http://www.mif-bw.de)**



Sie freuten sich über hochkarätige Podiumsgäste und rund 350 Teilnehmende (v. l. n. r.): der Stellvertretende Direktor der LpB Baden-Württemberg Prof. Dr. Reinhold Weber, Ministerialdirigentin Prof.in Dr. Birgit Locher-Finke und Staatssekretärin Dr. Ute Leidig MdL (beide Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration), Moderatorin Susanne Babila (SWR) sowie der Landesvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun. Foto: Clarissa Haenn

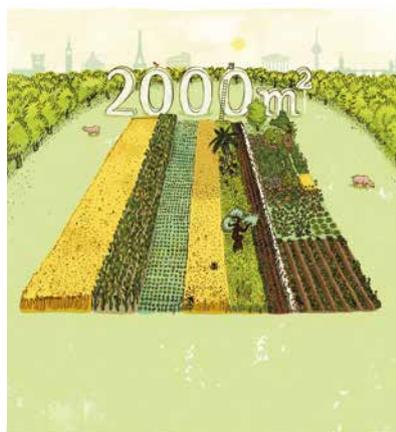


Foto: annikahuskamp.com

## Workshop auf der Bundesgartenschau 2023 in Mannheim

Wie viel CO<sub>2</sub> steckt eigentlich in unserem Essen? Wie groß sind die Ackerflächen, die wir für den Anbau von Tierfutter brauchen? Und was hat ein Schnitzel mit der Abholzung des Regenwalds zu tun? Mit diesen und anderen Fragen rund um die Zukunft unserer Ernährung setzten sich die Schülerinnen und Schüler auseinander, die den Workshop „Szenarien auf dem Weltacker“ auf der Bundesgartenschau 2023 in Mannheim besuchten. Eigens für die BUGA entwickelte die Außen-

stelle Heidelberg das dreistündige Format, das gemeinsam mit dem „Eine Welt Forum Mannheim“ auf dem Weltacker durchgeführt wurde. Im Workshop entwickelten die Teilnehmenden Zukunftsalternativen zur weltweiten Ernährungssicherheit. Hierbei wurden unterschiedliche Einflussfaktoren und ihre gegenseitigen Wechselwirkungen identifiziert und mögliche Zukunftsszenarien durchgespielt und präsentiert.

## OB-Wahlen 2023

### Kandidat-O-Mat und Diskussionsveranstaltungen



Gleich in zwei baden-württembergischen Großstädten wurde im Jahr 2023 das Stadtoberhaupt gewählt, im Juni in Mannheim und im Dezember in Ulm. Für beide Wahlen bot die Landeszentrale vielfältige Informationsangebote und Begleitmaterialien an. Und auch der inzwischen landesweit bekannte Kandidat-O-Mat (KOM) der LpB kam in beiden Städten zum Einsatz. Das digitale Tool umfasst einen Thesenkatalog mit politischen Positionen zu unterschiedlichen Themen, der auf die jeweilige Kommune zugeschnitten ist. Die Nutzerinnen und Nutzer können damit ihre Positionen mit denen der Kandidierenden vergleichen. Partner der LpB waren die jeweiligen SWR-Studios Mannheim und Ulm sowie die regionalen Tageszeitungen „Mannheimer Morgen“ bzw. „Südwest Presse“. Der KOM wurde bis zum abschließenden Wahlausgang in Mannheim über 90.000 Mal und etwa 45.000 Mal in Ulm angeklickt. Weit über ein Drittel der Nutzerinnen und Nutzer positionierten sich zu allen Thesen und erhielten ein Ergebnis.



Podiumsdiskussion zur OB-Wahl in Mannheim.  
Foto: Stadt Mannheim

Ulmmer Schulklassen konnten außerdem am begleitenden Workshop „Kandidat-O-Mat Spezial“ teilnehmen. In Mannheim waren – wie vor jeder Wahl – alle weiterführenden Schulen zur Podiumsdiskussion „Bock auf Wahl“ in das Zelt des Kinder- und Jugendzirkus Paletti eingeladen. Moderiert von den Leistungskursen Gemeinschaftskunde des Johann-Sebastian-Bach-Gymnasiums stellten sich die Kandidierenden den Fragen der Jugendlichen zu den wichtigsten Mannheimer Wahlkampfthemen. In zwei Podiumsdurchgängen konnten sich so rund 1.000 Erstwähler:innen ein Bild von den Kandidierenden machen. Im ersten Wahlgang am 18. Juni konnte keiner der Kandidierenden eine absolute Mehrheit erreichen. Bei der Neuwahl am 9. Juni setzte sich der CDU-Politiker Christian Specht mit hauchdünnem Vorsprung gegen Thorsten Riehle (SPD) durch: Specht erreichte 49,9 Prozent der abgegebenen Stimmen, für Riehle stimmten 48,7 Prozent der Wählerinnen und Wähler.

In Ulm waren die Kandidierenden am 28. November zum Schlagabtausch eingeladen. Etwa 250 Personen verfolgten das Podium von LpB und dem SWR-Studio Ulm „Wer kann OB? Das Podium zur Wahl in Ulm“ mit den fünf Kandidierenden. Keiner der Kandidierenden erreichte bei der Wahl am 3. Dezember die erforderliche Mehrheit von mehr als 50 Prozent der Stimmen. In der nachfolgenden Stichwahl setzte sich der Herausforderer Martin Ansbacher (SPD) gegenüber dem Amtsinhaber Gunter Czisch (CDU) durch.



Podiumsgespräch zur OB-Wahl in Ulm.  
Foto: SWR/Jannik Volz

## Populistischen Parolen Paroli bieten

Unser Klima verändert sich – darüber besteht unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern breiter Konsens. Dies gilt für das meteorologische Klima und zum Teil auch für das gesellschaftliche. Veränderungen rufen häufig Ängste, Sorgen und Verunsicherungen hervor und sind nicht selten fruchtbarer Nährboden für Gerüchte, Verschwörungen, Beschuldigungen und Verunglimpfungen. Das gleiche gilt für den Klimawandel und seine Folgen, sicher eines der brisantesten Themen unserer Zeit.

In geschichtlicher Kontinuität sind Umwelt- und Naturschutz und nun der Klimawandel Themen, die eine hohe Anschlussfähigkeit an rechtsextremes Gedankengut und Ideologien sowie antisemitische Verschwörungserzählungen besitzen. In wiederkehrenden Mustern werden die Themen von Extremisten gekapert und zu Zwecken der Polarisierung und Aufhetzung ins-

strumentalisiert. Wie kann auf Parolen reagiert werden? Woran lassen sich populistische Strategien erkennen? Wie gelingt die Abgrenzung? Und wie eine demokratische Debattenkultur? In Kooperation mit der LpB-Stabsstelle „Demokratie stärken!“ lud der Fachbereich „Nachhaltigkeit“ im Februar 2023 zu einem zweieinhalbtägigen Argumentationstraining ins Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ nach Bad Urach ein. Gemeinsam mit der Trainerin Ulrike Schnellbach wurde viel diskutiert, geübt und sich über Alltagssituationen ausgetauscht. Das notwendige Wissen über rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz trugen Yannick Passieck von der „Fachstelle Radi-

kalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)“ und Prof. Dr. Matthias Quent als Leiter des Instituts für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal bei.



Foto: Pixabay/Madartzgraphics

## Politische Bildung für die Bundeswehr

2023 organisierte der Fachbereich „Internationales“ in Zusammenarbeit mit einzelnen Bundeswehrstandorten in Baden-Württemberg verschiedene Bildungsveranstaltungen für Soldat:innen. Die Grundlage hierfür bildete zum einen der Beutelsbacher Konsens sowie die normativen Vorgaben des Konzeptes der Inneren Führung, dessen Ziel eine auf ein eigenständiges Urteil beruhende Bejahung des demokratischen Staates und dem Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist.

In der siebenteiligen Vortragsreihe „Weltpolitik im Wandel“ in der Kurt-Georg-Kiesinger-Kaserne in Laupheim wurden aktuelle außen- und sicherheitspolitische Themen angesprochen. Ein Beispiel war die Veranstaltung „China im Fokus“ im Juli, bei der der Referent Jun.-Prof. Dr.

Matthias Niedenführ die Teilnehmenden in das aktuelle politische System und die digitalen Technologien Chinas einführte und darüber diskutierte, wie Hochtechnologien für innen- und außenpolitische Zwecke instrumentalisiert werden.



Soldat:innen der Bundeswehr Stetten am kalten Markt während des Seminars „Zeitenwende für Europa“ im Oktober 2023 im „Haus auf der Alb“.

Im Lichte der vermehrten öffentlichen Wahrnehmung der Bundeswehr wurde im Kontext des dreitägigen Seminars „Zeitenwende für Europa“ mit Soldat:innen des Stand-

ortes Stetten a. k. M. unter anderem das Konzept des „zivil-militärischen Dialogs“ besprochen. Hierbei handelt es sich um ein geplantes Format mit dem Ziel, einen Austausch zwischen Soldat:innen und Bürger:innen für politische Fragen anzubieten, um durch gesellschaftliche Zusammenarbeit und politische Beteiligung die demokratische Resilienz auszubauen. Die Teilnehmenden schätzten die Veranstaltungen und betonten den Wert des „zivil-militärischen Dialogs“. Diese Initiative stärkt nicht nur die politische Bildung innerhalb der Bundeswehr, sondern fördert auch die Zusammenarbeit zwischen zivilen Expert:innen und Soldat:innen. Es ist beabsichtigt, solche Bildungsformate auch künftig anzubieten und die Kooperation mit den Bundeswehrstandorten in Baden-Württemberg zu vertiefen.

## „Qualis“ für die Qualität Qualifizierungen für Teamende

Zahlreiche Fachbereiche der Landeszentrale arbeiten mit freien Mitarbeitenden. Die Außenstelle Tübingen setzt diese vor allem für die Politischen Tage an Schulen ein – als Teamerinnen und Teamer. Sie führen die Formate der Außenstelle – Workshops oder Planspiele – vor Ort mit Schulklassen durch. Um die Angebote im Sinne eines Peer-Education-Ansatzes professionell durchführen zu können, nehmen die Teamenden – zumeist Studierende – regelmäßig an Qualifizierungen teil. Diese bieten einen geschützten Raum zum Austausch, zum Wissens- und zum Kompetenzerwerb. Die Teamenden lernen dort beispielsweise den Beutelsbacher Konsens und seine Implikationen in der Praxis kennen, eignen sich neue Formate an oder tauschen sich mithilfe von Expert:innen zu wiederkehrenden Herausforderungen der Theorie und Praxis der politischen Bildung aus.

Regelmäßige Qualifizierungen der Außenstelle finden zu Beginn jeden Schulhalbjahres mehrtägig im „Haus auf der Alb“ statt. Darüber hinaus gibt es weitere themenspezifische Angebote der Außenstelle oder Fortbildungen anderer Fachbereiche oder Partner. Im März 2023 fand die Qualifizierung unter dem Titel „Diskriminierungskritisches Handeln im Klassenzimmer“ statt. Neben zwei kommunalpolitischen Formaten und einem Workshop zum Thema Nachhaltigkeit lernten neue wie erfahrene Teamende, wie sie mit Abwertungen im Klas-

senzimmer umgehen können. Optional konnten die Teamenden dann im Juli am gemeinsamen Schuljahresabschluss mit Besuch der Dokumentationsstätte Goldbacher Stollen in Überlingen teilnehmen. Zum Schuljahresauftakt im Oktober konnten sich die Teamenden mit der anstehenden Kommunal- und Europawahl sowie einem Workshop zum Thema „Postkolonialismus“ auseinandersetzen und üben, wie sie konstruktiv Feedback geben und empfangen können. Für das Thema Europawahl war der Tübinger Politikwissenschaftler Dr. Martin Große Hüttmann zu Gast. Qualifizierungen sind damit eine tragende Säule für die Zusammenarbeit zwischen der Außenstelle und dem Team der über 40 Teamenden.



Teamende bei einem Qualifizierungsworkshop im „Haus auf der Alb“.

## Gemeinschaftskundepreis der LpB

Seit 2018 gibt es ihn – den Gemeinschaftskundepreis der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB). Schülerinnen und Schüler mit besonderen Fachleistungen und gesellschaftlichem Engagement erhalten die Auszeichnung, die mit Unterstützung des Kultusministeriums und der Schulverwaltungen in den Regierungspräsidien jährlich verliehen wird.

Der Preis hebt die besondere Bedeutung der politischen Bildung als Teil der schulischen Bildung

an Gymnasien und beruflichen Vollzeitschulen hervor. Mit der Auszeichnung sollen Schülerinnen und Schüler in ihrem demokratischen Denken und Handeln ermutigt und ihre aktive Teilhabe in Politik und Gesellschaft unterstützt werden.

290 Absolventinnen und Absolventen konnten zum Ende des Schuljahres 2022/2023 eine Urkunde mit Buchpreis in Empfang nehmen. Unter ihnen hatten 134 mit Abitur abgeschlossen. 156 Preisträgerinnen und Preisträger

kamen aus den beruflichen Vollzeitschulen, an die sich die Anerkennung seit 2019 ebenso richtet. Berufliche Gymnasien und Berufsoberschulen schließt die Auszeichnung als „Geschichte-mit-Gemeinschaftskunde-Preis“ seither ausdrücklich mit ein.

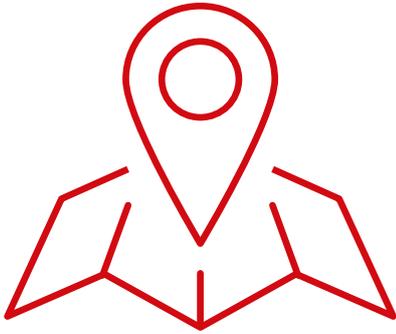
Bewerben können sich somit die allgemein bildenden Gymnasien, die Beruflichen Gymnasium und die Berufsoberschulen in Baden-Württemberg mit je einem Vorschlag aus ihren Abschlussjahrgängen.



7

## Die LpB in Zahlen

Ob bei Veranstaltungen, Infoständen, im Internet, in Sozialen Medien oder über Publikationen – die LpB macht politische Bildung auf vielen Kanälen: das Jahr 2023 im statistischen Rückblick.



## Standorte

Sechs Standorte hat die LpB. Neben der Zentrale in Stuttgart gibt es vier Außenstellen – eine in jedem Regierungsbezirk. Diese befinden sich in Freiburg, Heidelberg, Ludwigsburg und ab Herbst 2024 in Tübingen. In Bad Urach ist außerdem das LpB-Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ zu finden. 130 Beschäftigte (Tarifbeschäftigte, Beamt:innen, FSJ-Kräfte) arbeiteten im Dezember 2023 bei der LpB.



# 4.411 Gäste

beherbergte das LpB-Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ bei insgesamt **194** Veranstaltungen. Davon organisierte die LpB **132** Seminare, Workshops, Tagungen und sonstige Veranstaltungen mit **3.374** Teilnehmenden, **62** Veranstaltungen mit **1.037** Personen waren von externen Anbietern.

# 1.773 Veranstaltungen

wurden 2023 im Seminarmanager, der Veranstaltungssoftware der LpB, verbucht. Davon fanden **116** nur online statt, **12** als Hybridveranstaltungen. Insgesamt nahmen **73.214** Personen an den Veranstaltungen teil.

Von den 1.773 Veranstaltungen waren **944** Politische Tage an Schulen, **244** Workshops und **221** Seminare oder Tagungen. Weitere Veranstaltungsarten waren etwa Vorträge, Exkursionen oder E-Learning-Kurse.

## TOP 5 „Thematischer Schwerpunkt bei Veranstaltungen“:

<b>Europa</b>	Extremismus und Gewalt	Frieden und Sicherheit	Kommunalpolitik	Medien & Kommunikation
<b>215</b>	<b>211</b>	<b>162</b>	<b>147</b>	<b>147</b>

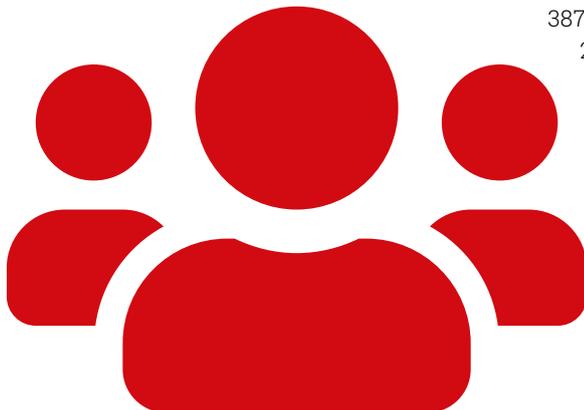
### Immer mehr Menschen melden sich **online** zu den Veranstaltungen an:

Während es 2022 noch **1.796** Personen waren, waren es 2023 bereits **3.065** Personen, ein neuer Höchstwert.

### Hinzu kommen Veranstaltungen und Teilnehmende der Projekte „Safe!“ und „Läuft bei dir!“:

Das neue Projekt „Safe!“ startete zum Schuljahr 2023/2024 mit seinem mehrtägigen Format „Get reel!“, einem Angebot der Demokratie- und Medienbildung für fünfte und sechste Klassen. Bis Ende 2023 hatten neun Klassen mit insgesamt 221 Schüler:innen das Format „Get reel!“ begonnen oder sogar vollständig absolviert.

Das Projekt „Läuft bei dir!“ bietet Formate für Berufsschüler:innen und deren Fach-/Lehrkräfte an. So nahmen am Demokratietraining, das aus drei Blöcken à zwei Tagen besteht, bei 26 Trainings 387 Personen teil. Den „Escape Room“ spielten 2.203 Schüler:innen in Präsenz, 1.980 Personen digital. Für Fachkräfte wurden 47 Veranstaltungen angeboten.





# 70.000 Mal

wurden 2023 die Beiträge auf dem Instagram-Kanal der LpB angesehen. Monatlich erreichte die LpB auf Instagram durchschnittlich **5.800** Personen. Erfolgreichster Beitrag mit **7.233** Follower:innen war der Post „Drei Mythen über den Beutelsbacher Konsens, den (angehende) Lehrkräfte kennen sollten“. Den Thread zur Definition über zivilen Ungehorsam mit Pro- und Contra-Argumenten sahen im Januar 2023 auf X knapp **19.000** Personen – ein neuer Rekordwert.



Insgesamt verzeichneten die LpB-Internetportale im Jahr 2023 mehr als **12 Millionen Besuche** mit insgesamt über **28 Millionen Seitenaufrufen**. Seit 2018 haben sich Besuchszahlen und Seitenzugriffe mehr als verdoppelt.

Die drei erfolgreichsten Portale waren:

- 01** das Hauptportal lpb-bw.de (6,9 Mio. Besuche)
- 02** das Osteuropaportal osteuropa.lpb-bw.de (1,7 Mio. Besuche)
- 03** das Portal europaimunterricht.de (848.000 Besuche).

Kräftig zulegen konnte auch die Webseite der Servicestelle Friedensbildung unter friedensbildung-bw.de mit 313.000 Besuchen (2022: 58.000). Hier schlugen insbesondere die Analysen zu verschiedenen Konflikten auf der Welt zu Buche. Diese wurden 2023 knapp 417.000 Mal aufgerufen.

Seit den gegen Israel gerichteten Terrorattacken der Hamas ab dem 7. Oktober 2023 gehören die Dossiers rund um den Nahostkonflikt zu den am meisten gelesenen Dossiers. Das Dossier über die Geschichte Palästinas wurde 2023 insgesamt 1,7 Millionen Mal aufgerufen. Kein anderes Dossier wurde 2023 häufiger gelesen. Die beiden Dossiers über den Nahostkonflikt und die Geschichte Israels wurden jeweils rund eine Million Mal aufgerufen.

2023 wurden  
insgesamt  
**36 Aktions- und  
Infostände**  
zentral organisiert.

2023 gingen im  
LpB-Online-Shop unter  
www.lpb-bw.de/shop  
**5.807**  
Bestellungen ein.

2023 wurden  
insgesamt  
**45 Presse-  
mitteilungen**  
veröffentlicht.

## HÄTTEN SIE'S GEDACHT?

Die LpB bietet auf ihren mehr als **30** Internetportalen auch Informationen in Leichter Sprache an. Auf dem Hauptportal **lpb-bw.de** wurden die Angebote in Leichter Sprache insgesamt über **42.000** Mal aufgerufen.

Mehr als **35.000** Seitenaufrufe erreichten die Informationen in Leichter Sprache zu den unterschiedlichen Wahlen (Kommunal- und OB-Wahlen, Landtags-, Bundestags- und Europawahl). Außerdem veröffentlicht die LpB Publikationen und Podcasts in Leichter Sprache.

# 8

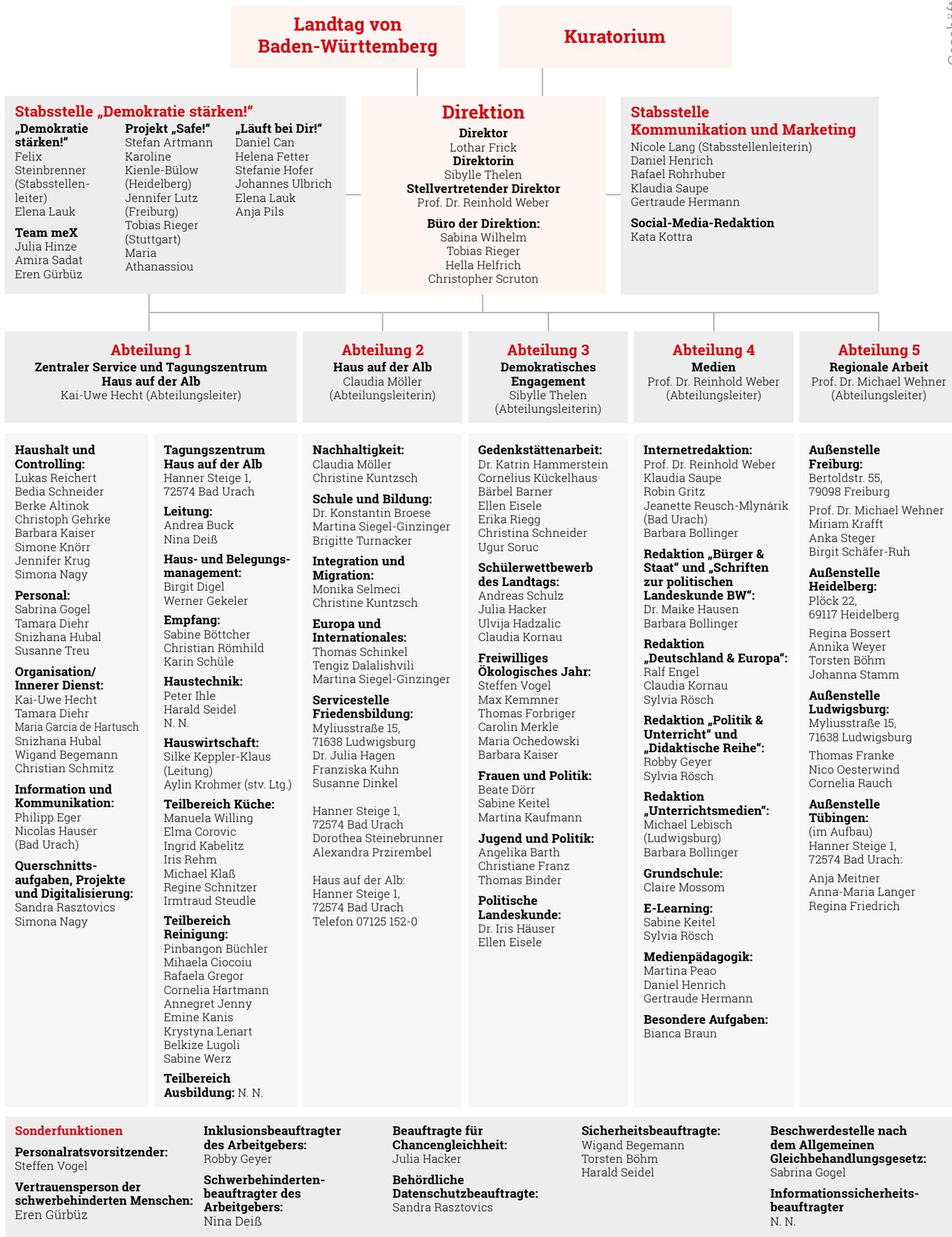
## Anhang

Wer sind wir? Was tun wir? Und mit wem stehen wir in Verbindung? Der Anhang klärt auf.

# Organigramm

## der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Stand: 1. Januar 2024



# Mitglieder des Kuratoriums

## Kuratorium 17. Legislaturperiode 2021 – 2026

Stand: Dezember 2023

### Stimmberechtigte Mitglieder

#### Abgeordnete des Landtags von Baden-Württemberg

- Dr. Susanne Aschhoff MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- Dr. Alexander Becker MdL, CDU  
(Stellvertretender Vorsitzender)
- Andrea Bogner-Unden MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- Daniel Born MdL, SPD
- Ayla Cataltepe MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- Daniela Evers MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- Alena Fink-Trauschel MdL, FDP/DVP
- Michael Joukov MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- Dr. Timm Kern MdL, FDP/DVP
- Christine Neumann-Martin MdL, CDU
- Thomas Poreski MdL, Bündnis 90/Die Grünen  
(Vorsitzender)
- Dr. Albrecht Schütte MdL, CDU
- Christiane Staab MdL, CDU
- Katrin Steinhülb-Joos MdL, SPD
- Andreas Sturm MdL, CDU

#### Sachverständige Persönlichkeiten

- Nicolas Alt,  
Mitglied des Vorstands, Landesjugendring  
Baden-Württemberg e. V., Stuttgart
- Dr. Tobias Diemer,  
Verbandsdirektor, Volkshochschulverband  
Baden-Württemberg e. V., Leinfelden-Echterdingen
- Prof. Dr. Havva Engin,  
Leiterin des Heidelberger Zentrums für Migrations-  
forschung und Transkulturelle Pädagogik (Hei-MaT);  
Institut für Erziehungswissenschaft, Pädagogische  
Hochschule Heidelberg
- Dr. Sebastian Friese,  
Stellvertretender Direktor, Bildungswerk  
der Erzdiözese Freiburg, Freiburg
- Stefan Küpper,  
Geschäftsführer Politik, Bildung und  
Arbeitsmarkt, Verband Unternehmer  
Baden-Württemberg (UBW) e. V., Stuttgart
- Monika Stein,  
Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und  
Wissenschaft, Landesverband Baden-Württemberg,  
Stuttgart
- Friedhelm Werner,  
Bildungsleiter, Bildungswerk für Kommunalpolitik  
Baden-Württemberg e. V., Stuttgart

### Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme

#### Landtag von Baden-Württemberg

- Ministerialrätin Christina Arendt,  
Leiterin des Referats „Protokoll, Besucherdienst“
- Landtagsdirektorin Christine Werner

#### Staatsministerium

- Regierungsdirektorin Stéphanie Barth,  
Referat „Wissenschaft, Forschung und Kunst,  
Erinnerungskultur“
- Leitender Ministerialrat Tilo Berner,  
Leiter des Referats „Grundsatz und Strategie“

#### Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

- Ministerialrat Dr. Carsten Rabe,  
Leiter des Referats „Jugend und kulturelle  
Angelegenheiten“

#### Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB)

- Lothar Frick, Direktor
- Sibylle Thelen, Direktorin
- Prof. Dr. Reinhold Weber, Stellvertretender Direktor

## Weitere Gremien der Landeszentrale

### Redaktion Zeitschrift „Deutschland & Europa“

Stand: Dezember 2023

- Dr. Gerhard Altmann,  
Studiendirektor, Fachberater für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am Regierungspräsidium Stuttgart, Gymnasium Friedrich II., Lorch
- Georg Arnold,  
Studiendirektor, Abteilungsleiter am Carl-Laemmle-Gymnasium Laupheim
- Florian Benz,  
Studiendirektor, Fachberater für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am ZSL, Lehrbeauftragter am Seminar Esslingen, Remstalgymnasium Weinstadt
- Jana Deiß,  
Studiendirektorin, Abteilungsleiterin am Gymnasium Friedrich II., Lorch
- Tobias Gerber,  
Studiendirektor, Fachberater für Wirtschaft/WBS am ZSL, Lehrbeauftragter am Seminar Karlsruhe, Fichte-Gymnasium Karlsruhe
- Antje Kaz,  
Professorin, Fachberaterin für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am ZSL, Fachleiterin am Seminar Rottweil, Ellenrieder-Gymnasium Konstanz
- Andrea Rall,  
Studienrätin, Lehrbeauftragte für Wirtschaft/WBS am Seminar Esslingen, Gymnasium Plochingen
- Jonas Rau,  
Studiendirektor, Abteilungsleiter am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Filderstadt
- Dr. Inan Yesilgül,  
Studiendirektor, Fachberater für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am Regierungspräsidium Freiburg, Gymnasium Achern
- Ralf Engel,  
Studiendirektor, Fachberater für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am ZSL, Mörike-Gymnasium Göppingen, Landeszentrale für politische Bildung (Chefredakteur)
- Sylvia Rösch,  
Landeszentrale für politische Bildung (Redaktionsassistentin)
- Claudia Kornau, Landeszentrale für politische Bildung (Redaktionsassistentin)

### Redaktion Zeitschrift „Politik & Unterricht“

Stand: Dezember 2023

- Anja Binder,  
Lehrerin für Gemeinschaftskunde und Mathematik, München
- Dipl.-Päd. Martin Mai,  
Besucherdienst des Landtags von Baden-Württemberg, Stuttgart, Wilhelm-Lorenz-Realschule, Ettlingen
- Dipl.-Päd. Holger Meeh,  
Akademischer Rat, Pädagogische Hochschule, Heidelberg
- Dr. Wibke Renner-Kasper,  
Konrektorin der Schule am Stromberg, Gemeinschaftsschule Illingen-Maulbronn
- Angelika Schober-Penz,  
Oberstudienrätin, Erich-Bracher-Schule (Kaufmännische Schule), Kornwestheim
- Inga Schlenker,  
Studienrätin am Schickhardt-Gymnasium, Herrenberg
- Robby Geyer,  
Landeszentrale für politische Bildung (Chefredakteur)
- Sylvia Rösch,  
Landeszentrale für politische Bildung (Redaktionsassistentin)

## Förderbeirat Gedenkstättenarbeit

Stand: Dezember 2023

- Thomas Stöckle,  
Gedenkstätte Grafeneck, Gomadingen
- Dr. Martin Ulmer,  
Geschichtswerkstatt Tübingen, Geschäftsführer  
des Gedenkstättenverbunds Gäu-Neckar-Alb
- Dr. Nicola Wenge,  
Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg, Ulm
- Dr. Katrin Hammerstein,  
Landeszentrale für politische Bildung
- Sibylle Thelen,  
Landeszentrale für politische Bildung
- Prof. Dr. Reinhold Weber,  
Landeszentrale für politische Bildung

## Beirat Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung

Stand: Dezember 2023

### Abgeordnete

- Dennis Birnstock MdL, FDP/DVP
- Andrea Bogner-Unden MdL,  
Bündnis 90/Die Grünen, Vorsitzende des Beirates
- Ralf Nentwich MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- Christine Neumann-Martin MdL, CDU,  
Stellvertretende Vorsitzende des Beirates
- Daniel Lindenschmid MdL, AfD
- Barbara Saebel MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- Peter Seimer MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- Christiane Staab MdL, CDU
- Katrin Steinhülb-Joos MdL, SPD
- Andreas Sturm MdL, CDU

### Externe Sachverständige

- Ulrike Hagenbuch
- Dr. Nils Hirsch
- Anke Kiefert
- Vanessa Kieser
- Hartmut Majer
- Volker Philippin
- Ralf Michael Röckel
- Martina Schiller
- Sibylle Thelen
- Lisa Welzhofer

### Beratende Mitglieder

- Theresa Ritzer,  
Landtag von Baden-Württemberg
- Julia Hacker,  
Landeszentrale für politische Bildung
- Andreas Schulz,  
Landeszentrale für politische Bildung

### Gremium zur Auswahl der Förderpreise

- Andrea Bogner-Unden MdL,  
Bündnis 90/Die Grünen (Vorsitzende)
- Dr. Nils Hirsch,  
Studienrat, Remstal-Gymnasium Weinstadt
- Christine Neumann-Martin MdL,  
CDU (Stellvertretende Vorsitzende)
- Theresa Ritzer,  
Landtag von Baden-Württemberg
- Julia Hacker,  
Landeszentrale für politische Bildung
- Andreas Schulz,  
Landeszentrale für politische Bildung
- Sibylle Thelen,  
Landeszentrale für politische Bildung

## Steuerungsgruppe der Servicestelle Friedensbildung

Stand: Dezember 2023

- Sibylle Thelen,  
Direktorin und Leiterin der Abteilung  
„Demokratisches Engagement“ der Landeszentrale  
für politische Bildung Baden-Württemberg
- Prof. Uli Jäger,  
Head of Department „Global Learning for Conflict  
Transformation“, Berghof Foundation
- Robert Feil,  
Referent für Demokratiebildung, Referat 21  
„Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten der  
Lehrerausbildung, Landeslehrerprüfungsamt,  
schulische Querschnittsthemen“, Ministerium  
für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
- Dr. Thomas Nielebock,  
AkadOR a. D., ehemals am Institut für Politikwissen-  
schaft im Bereich Friedensforschung/Internationale  
Beziehungen, Eberhard Karls Universität Tübingen
- Dr. Richard Bösch,  
Geschäftsführer und Bildungsreferent,  
pax christi Rottenburg-Stuttgart
- Klaus Pfisterer,  
Deutsche Friedensgesellschaft –  
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK),  
Landesverband Baden-Württemberg

## Mitgliedschaften in externen Gremien

Stand: Dezember 2023

### Mitarbeitende der Landeszentrale sind in folgenden externen Gremien vertreten:

- Begleitausschuss Aktionsprogramm für Demokratie  
und Toleranz im Landkreis Esslingen (Tobias Rieger)
- Begleitausschuss des „Kompetenznetzes Plurales  
Heidelberg“ (Regina Bossert)
- Beirat Demokratiezentrum Baden-Württemberg  
(Felix Steinbrenner)
- Beirat der Salmengespräche, Kultur- und  
Erinnerungszentrum „Salmen“, Offenburg  
(Sibylle Thelen und Prof. Dr. Reinhold Weber)
- Beirat der Servicestelle Kinder- und  
Jugendbeteiligung (Angelika Barth)
- Beirat der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg  
(Dr. Iris Häuser)
- Beirat des Europa Zentrums Baden-Württemberg  
(Sibylle Thelen)
- Beirat des Württembergischen Geschichts-  
und Altertumsvereins (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- Beirat Dokumentationszentrum National-  
sozialismus Freiburg (Dr. Katrin Hammerstein)
- Beirat für die Große Landesausstellung 2024/2025  
zum Bauernkrieg, Landesmuseum Württemberg  
(Sibylle Thelen)
- Beirat SCORA – yes, we care! Schools opposing  
Racism and Antisemitism (Felix Steinbrenner)
- Beirat teamGLOBAL (Robby Geyer)
- Beraterkreis der Muslimischen Akademie  
Heidelberg i. G. (Sibylle Thelen)
- Bundesarbeitsgemeinschaft „Aufsuchende  
politische Bildung“ (Daniel Can)
- Bundesarbeitsgemeinschaft „Politische Bildung  
Online“ der Landeszentralen für politische Bildung  
(Prof. Dr. Reinhold Weber)
- Bund-Länder-Austausch Erinnerungskultur  
(Dr. Katrin Hammerstein)
- Bündnis für Lebenslanges Lernen  
Baden-Württemberg (Sabine Keitel)
- Fachbeirat DeRex – Demokratieförderung und  
Rechtsextremismusprävention im Rems-Murr-Kreis  
(Felix Steinbrenner)
- Fachbeirat Kompetenzzentrum gegen Extremismus  
in Baden-Württemberg, konex (Felix Steinbrenner)
- Fachbeirat Zentrum für Kulturelle Teilhabe,  
Baden-Württemberg, Ministerium für Wissenschaft,  
Forschung und Kunst (Sibylle Thelen)
- Fachkommission „Geraubte Kinder im Südwesten“  
der Landesregierung Baden-Württemberg  
(Dr. Katrin Hammerstein)
- Förderbeirat Lernort Kislau  
(Dr. Katrin Hammerstein)
- Förderverein ökologische Freiwilligendienste  
(Steffen Vogel)
- Initiative Allianz für Beteiligung (Sibylle Thelen)
- Kommission für geschichtliche Landeskunde  
in Baden-Württemberg (Prof. Dr. Reinhold Weber,  
ordentliches Mitglied)
- Kuratorium der Akademie der Diözese Rottenburg-  
Stuttgart (Prof. Dr. Reinhold Weber, ordentliches  
Mitglied)
- Kuratorium der Evangelischen Akademie Bad Boll  
(Lothar Frick)
- Kuratorium des Deutsch-Türkischen Forums  
Stuttgart e. V. (Sibylle Thelen)
- Landesnetzwerk für Menschenrechte und  
Demokratieentwicklung – gegen Rechts-  
extremismus und Menschenfeindlichkeit  
(Julia Hinze, Felix Steinbrenner)

- Landesnetzwerk für politische Bildung für und von Menschen in prekären Lebenslagen (Felix Steinbrenner)
- Landesnetzwerk Politische Bildung Baden-Württemberg, koordinierende Funktion (Lothar Frick, Sibylle Thelen, Prof. Dr. Reinhold Weber)
- Lenkungsausschuss konex (Sibylle Thelen)
- Mitgliederversammlung Landeskomitee der Europäischen Bewegungen in Deutschland (Sibylle Thelen, Thomas Schinkel)
- Museumsbeirat Museum zur Geschichte von Christen und Juden Laupheim (Dr. Katrin Hammerstein)
- Programmbeirat „Hotel Silber“ Stuttgart (Dr. Katrin Hammerstein)
- Projektbeirat (Post-)Migrationsbewusste Ansätze für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit (Felix Steinbrenner)
- Rat für Migration, bundesweiter Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur kritischen Begleitung der Politik in Fragen von Migration und Integration (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- Ressortkreis des Beauftragten gegen Antisemitismus des Landes Baden-Württemberg (Dr. Katrin Hammerstein, Felix Steinbrenner)
- Runder Tisch „Hotel Silber“ Stuttgart (Dr. Katrin Hammerstein)
- Steuergruppe zur Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung zur Förderung historisch-politischer Bildung an außerschulischen Geschichtsorten (Cornelius Kückelhaus)
- Stiftungskomitee Archiv der deutschen Frauenbewegung Kassel (Beate Dörr)
- Stiftungsrat der Stiftung Hospitalhof, Stuttgart (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- Taskforce gegen Hass und Hetze (Felix Steinbrenner)
- Vertretung der Landeszentrale beim Partnerprojekt LEO-BW (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- Vertretung des Landes Baden-Württemberg in der Stiftungsversammlung des DDR-Museums Pforzheim (Lothar Frick)
- Vorbereitungsgruppe Gedenkstunde des Landtags zum 27. Januar (Dr. Katrin Hammerstein)
- Wissenschaftlicher Beirat der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte Heidelberg (Sibylle Thelen)
- Wissenschaftlicher Beirat der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg und Arbeitskreis zur Zukunft der Zentralen Stelle (Sibylle Thelen)
- Wissenschaftlicher Beirat des Mannheimer NS-Dokumentationszentrums im „Marchivum“ (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- Wissenschaftlicher Beirat des Projektes „Auf!“. Aufarbeitung und Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch in Einrichtungen der Evangelischen Landeskirche in Württemberg (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- Wissenschaftlicher Beirat Lernort Kislau (Dr. Katrin Hammerstein)
- Württembergische Bibliotheksgesellschaft (Sibylle Thelen, Mitglied im Vorstand)

# Adressen der Zentralen für politische Bildung

- **Bundeszentrale für politische Bildung**  
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)
- **Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit**  
Englschalkinger Straße 12, 81925 München, [www.blz.bayern.de](http://www.blz.bayern.de)
- **Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung**  
Heinrich-Mann-Allee 107, Haus 17, 14473 Potsdam, [www.politische-bildung-brandenburg.de](http://www.politische-bildung-brandenburg.de)
- **Berliner Landeszentrale für politische Bildung**  
Hardenbergstraße 22-24, 10623 Berlin, [www.berlin.de/politische-bildung](http://www.berlin.de/politische-bildung)
- **Landeszentrale für politische Bildung Bremen**  
Birkenstraße 20/21, 28195 Bremen, [www.lzpb-bremen.de](http://www.lzpb-bremen.de)
- **Landeszentrale für politische Bildung Hamburg**  
Dammtorstraße 14, 20354 Hamburg, [www.hamburg.de/politische-bildung](http://www.hamburg.de/politische-bildung)
- **Hessische Landeszentrale für politische Bildung**  
Mainzer Straße 98-102, 65189 Wiesbaden, [www.hlz.hessen.de](http://www.hlz.hessen.de)
- **Landeszentrale für politische Bildung des Landes Mecklenburg-Vorpommern**  
Jägerweg 2, 19053 Schwerin, [www.lpb-mv.de](http://www.lpb-mv.de)
- **Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung**  
Georgsplatz 18/19, 30159 Hannover, [www.demokratie.niedersachsen.de](http://www.demokratie.niedersachsen.de)
- **Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen**  
Völklinger Straße 4, 40219 Düsseldorf, [www.politische-bildung.nrw.de](http://www.politische-bildung.nrw.de)
- **Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz**  
Kaiserstraße 22, 55116 Mainz, [www.lpb.rlp.de](http://www.lpb.rlp.de)
- **Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes**  
Beethovenstraße 26/Pavillon, 66125 Saarbrücken-Dudweiler, [www.saarland.de/lpb/DE/Home](http://www.saarland.de/lpb/DE/Home)
- **Sächsische Landeszentrale für politische Bildung**  
Schützenhofstraße 36, 01129 Dresden, [www.slpb.de](http://www.slpb.de)
- **Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt**  
Leiterstraße 2, 39104 Magdeburg, [www.lpb.sachsen-anhalt.de](http://www.lpb.sachsen-anhalt.de)
- **Amt des Landesbeauftragten für politische Bildung Schleswig-Holstein**  
Karolinenweg 1, 24105 Kiel, [www.politische-bildung.sh](http://www.politische-bildung.sh)
- **Landeszentrale für politische Bildung Thüringen**  
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt, [www.lztthueringen.de](http://www.lztthueringen.de)

**Impressum**

Herausgegeben von der  
Landeszentrale für politische Bildung  
Baden-Württemberg (LpB)

Direktion:  
Sibylle Thelen

Redaktionsleitung:  
Nicole Lang

Redaktionsteam:  
Nicole Lang, Klaudia Saupe,  
Sibylle Thelen, Prof. Dr. Reinhold Weber

Anschrift:  
Landeszentrale für politische Bildung  
Baden-Württemberg  
Lautenschlagerstraße 20  
70173 Stuttgart

Kontakt:  
Telefon: 0711/164099-0  
E-Mail: [lpb@lpb-bw.de](mailto:lpb@lpb-bw.de)  
Internet: [www.lpb-bw.de](http://www.lpb-bw.de)



Gestaltung:  
VH-7 Medienküche GmbH  
Kreuznacher Straße 62  
70372 Stuttgart  
[www.vh7.de](http://www.vh7.de)

Druck:  
Wahl-Druck GmbH  
Carl-Zeiss-Straße 26  
73431 Aalen  
[www.wahl-druck.de](http://www.wahl-druck.de)

Auflage:  
1.000 Exemplare  
Klimaneutraler Druck durch Kompensation von CO<sub>2</sub>-Emissionen.  
Gedruckt auf FSC®-zertifiziertem Papier.

Bilder:  
LpB, soweit nicht anders angegeben.  
Steffen Roller: Titelbild und Seite 1  
Roberto Bulgrin: Seiten 16 und 20  
Kristijan Matic Fotografie: Seite 42  
Olivier Sternberg: Gestaltung Aufgabenheft Seite 42  
Adobe Stock: Seiten 6, 13, 19, 24, 28, 31, 33, 34, 36, 48, 60, 64

Alle in diesem Geschäftsbericht enthaltenen externen Links begründen keine inhaltliche Verantwortung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB), sondern sind allein vom jeweiligen Dienstleister zu verantworten. Die LpB hat die verlinkten externen Seiten zum Zeitpunkt dieser Publikationsveröffentlichung sorgfältig überprüft. Mögliche Rechtsverstöße waren dabei nicht zu erkennen. Auf spätere Veränderungen haben wir keinen Einfluss. Eine Haftung der LpB ist daher ausgeschlossen.

Stuttgart, Juli 2024





[www.lpb-bw.de](http://www.lpb-bw.de)



**lpb**

Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg